OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

KONJUNKTUR AKTUELL

Berichte und Analysen zur wirtschaftlichen Lage

September 2023

Sicherheit durch Stabilität.

Die Publikation gibt eine kompakte aktuelle Einschätzung zur Konjunktur der Weltwirtschaft, des Euroraums, der CESEE-Staaten und Österreichs und berichtet über Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Die Quartalsausgaben (März, Juni, September und Dezember) sind um Kurzanalysen zu wirtschafts- und geldpolitischen Themen erweitert.

Medieninhaberin und Herausgeberin	*Oesterreichische Nationalbank* *Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien* *Postfach 61, 1011 Wien* *www.oenb.at* *oenb.info@oenb.at* *Tel. (+43-1) 40420-6666*
Schriftleitung	*Birgit Niessner, Johannes Turner*
Koordination und Redaktion	*Manfred Fluch*

© Oesterreichische Nationalbank, 2023

ISSN 2310-5216

Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Redaktionsschluss: 20. September 2023

Inhalt

Bericht über die wirtschaftliche Lage 4

Überblick 5

Schwache globale Wachstumsdynamik 6

EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Schwache wirtschaftliche Dynamik unterstützt Disinflation 11

Österreich: Gefahr einer Rezession in Österreich Jahr 2023 gestiegen 14

Entwicklungen aus der Finanzstatistik 20

Steigende Zinsen für Sparguthaben in Österreich 21

Spezielle Kurzanalysen 23

Ausgeprägte Zweitrundeneffekte in Österreich – Gewinne und Löhne lösen Importe als Inflationstreiber ab 24

Inflationseffekte des August-Maßnahmenpaketes der Regierung 28

BRICS Gipfel 2023 – Eine geopolitische Betrachtung 32

Annex 38

Chronik der geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats der Jahre 2022 und 2023 39

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 3. Juni bis 13. September 2023 46

Wirtschaftsindikatoren – Grafiken und Tabellen 50

Bericht über die wirtschaftliche Lage

Überblick[1]

Die Aussichten für das Wachstum der Weltwirtschaft sind weiterhin unterdurchschnittlich. Die EZB wie auch die Europäische Kommission gehen in ihren jüngst veröffentlichen Prognosen von einem Wachstum von knapp über 3% aus – im langjährigen Durchschnitt seit 1999 lag das Weltwirtschaftswachstum bei rund 3 ½ %. Während sich die Wirtschaft in den USA robuster zeigt als erwartet und die Prognosen für 2023 und 2024 nach oben revidiert wurden, zeigen die Wachstumsaussichten für China deutlich nach unten. Wachstumshemmend wirken vor allem das geringe Konsumentenvertrauen, sowie die anhaltenden Probleme im Immobiliensektor. Die Inflation hat sich angesichts deutlicher Erhöhungen der Leitzinsen und nachlassendem Druck auf den Energie- und Nahrungsmittelmärkten zwar verringert, liegt aber in vielen Ländern weiterhin über den Zielen der jeweiligen Notenbanken. Vor allem die Fortschritte beim Rückgang der Kerninflation sind vielerorts noch enttäuschend.

Die Wirtschaftsentwicklung im Aggregat der EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE) bleibt weiterhin sehr volatil. Einem markanten Rückgang Ende 2022 (-0,6%) folgte eine starke Expansion (+0,7%) zu Jahresbeginn 2023. Hingegen sank das reale Wirtschaftswachstum im zweiten Quartal 2023 erneut um 0,5%. Verantwortlich für diese Volatilität ist die polnische Wirtschaft. Im Gegensatz dazu expandieren die Wirtschaften von Bulgarien, Kroatien, Rumänien, Slowenien und der Slowakei; die tschechische Wirtschaft stagniert, jene von Ungarn befindet sich in einer Rezession. Der Inflationshöhepunkt wurde in den Ländern überschritten, Ungarn und Polen haben bereits begonnen ihre Leitzinsen zu senken.

Die EZB hat in ihrer September Prognose die Wachstumserwartungen für das zweite Halbjahr 2023 deutlich reduziert und rechnet mit einer anhaltenden Stagnation. Betroffen sind dabei alle Nachfragekomponenten. Die EZB erwartet für 2023 ein BIP-Wachstum von 0,7 %. Für die Jahre 2024 und 2025 wird nur mit einer moderaten Wachstumsbeschleunigung auf 1,0 % bzw. 1,5 % gerechnet. Dies stellt eine Revision gegenüber der Juni-Prognose um -0,2, -0,5 und -0,1 Prozentpunkte für die Jahre 2023 bis 2025 dar. Die Inflation ist aufgrund sinkender Energiepreise, nachlassender Lieferengpässe sowie den Auswirkungen der Straffung der Geldpolitik weiter zurückgegangen. Da die Energieinflation bis Ende 2023 immer negativer werden dürfte und sich die Nahrungsmittelinflation abschwächt, wird die HVPI-Inflation 2023 auf 5,6 % sinken und damit spürbar unter dem Wert von 2022 (8,4 %) liegen. Für die Jahre 2024 und 2025 rechnet die EZB mit einem weiteren Inflationsrückgang auf 3,2 % bzw. 2,1 %. Auf Basis dieser Prognose hat der EZB-Rat am 14. September eine Zinserhöhung um 25 Basispunkte beschlossen. Auf Grundlage der aktuellen Beurteilung ist er der Auffassung, dass die EZB-Leitzinsen ein Niveau erreicht haben, das – wenn es lange genug aufrechterhalten wird – einen erheblichen Beitrag zu einer zeitnahen Rückkehr der Inflation auf den Zielwert leisten wird. Die zukünftigen Beschlüsse des EZB-Rats werden dafür sorgen, dass die EZB-Leitzinsen so lange wie erforderlich auf ein ausreichend restriktives Niveau festgelegt werden. Bei der Festlegung der angemessenen Höhe und Dauer des restriktiven Niveaus wird der EZB-Rat auch künftig einen datengestützten Ansatz verfolgen.

In Österreich verzeichnete das reale BIP laut der von Statistik Austria berechneten vollständigen VGR im zweiten Quartal 2023 einen Rückgang um 0,7 % (gegenüber dem Vorquartal; real, saison- und arbeitstägig bereinigt). Der Rückgang ist damit stärker als in der VGR-Schnellschätzung des WIFO vom 28.7.2023 (-0,4 %) und auch stärker als in der OeNB-Prognose vom Juni 2023 erwartet wurde (-0,2%) ausgefallen. Die HVPI-Inflation ist in Österreich im Gegensatz zum grundsätzlichen Abwärtstrend im August auf 7,5% angestiegen (Juli 7,0%); der Anstieg ist auf höhere Treibstoffpreise zurückzuführen. In den kommenden Monaten sollte sich laut OeNB-Prognose die HVPI-Inflation aber weiter und zwar deutlich zurückbilden.

[1] Autor: Klaus Vondra (Referat Konjunktur)

Schwache globale Wachstumsdynamik[2]

Weltwirtschaft: Wirtschaftswachstum weiterhin fragil und schwach

Die Aussichten für das Wachstum der Weltwirtschaft sind weiterhin schwach, wobei sich die USA im zweiten Quartal als überraschend resilient herausgestellt haben, während vor allem die Entwicklung in China enttäuschte. Die globale Wirtschaft wird weiterhin durch den Krieg in der Ukraine und dessen Folgen, vor allem gestiegene Energiepreise und Nahrungsmittelpreise und hohe Inflation, beeinträchtigt. Die hohe Inflation führte einerseits zu erheblichen Zinssteigerungen vieler Notenbanken, und erodierte andererseits die Kaufkraft vieler Haushalte, was den Konsum einbremst. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat im Juli seine Prognose für das Wachstum im Jahr 2023 auf 3% revidiert. Das ist zwar etwas mehr als bei der letzten Prognose im April 2023 (2,8%), im historischen Verlauf dennoch sehr gering. Auch für 2024 erwartet der IWF 3% Wachstum. Die Risiken sieht der IWF vor allem abwärtsgerichtet. Eine Verschärfung des Krieges in der Ukraine, ein Wiederanstieg der Inflation und weitere geopolitische Spannungen sind dabei die wichtigsten Risiken. Der IWF liegt mit seinen Prognosen nahe an denen anderer internationaler Institutionen. Die EZB z.B. erwartet gemäß ihrer Septemberprognose für 2023 ein Wachstum von 3,2% und für 2024 ebenfalls ein Wachstum von 3%.

Prognosen zum Wirtschaftswachstum

Wachstum des realen BIP in Prozent

	Europäische Kommission		IWF WEO	
	September 2023		Juli 2023	
	2023	2024	2023	2024
Euroraum	0,8	1,3	0,9	1,5
Ver. Königreich	−0,2	1,0	0,4	1,0
Japan	1,1	1,0	1,4	1,0
China	5,5	4,7	5,2	4,5
USA	1,4	1,0	1,8	1,0
Welt gesamt	3,2	3,2	3,0	3,0

Die Inflation hat sich angesichts deutlicher Erhöhungen der Leitzinsen und nachlassendem Druck auf den Energie- und Nahrungsmittelmärkten zwar verringert, liegt aber in vielen Ländern weiterhin über den Zielen der jeweiligen Notenbanken. Vor allem die Fortschritte beim Rückgang der Kerninflation sind vielerorts noch enttäuschend. Dennoch rechnet der IWF mit einer Abschwächung der globalen Inflation von 8,7% im Jahr 2022 auf 6,8% für 2023 und 5,2% für 2024. Die oben genannten Risiken die zu geringerem Wachstum führen könnten, würden gleichzeitig die Inflation wieder antreiben.

[2] Autor: Wolfgang Lechthaler (Referat International Economics).

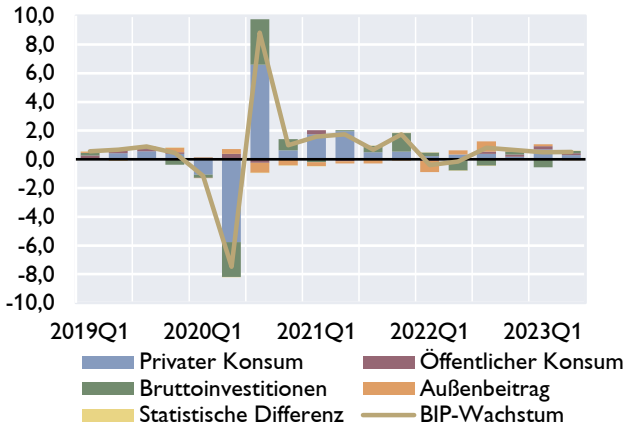
USA: Leichter Anstieg der Inflation

In den USA kam es zuletzt zu einem leichten Anstieg in der Inflationsrate, nachdem diese in den vergangenen Monaten teils deutlich zurückgegangen war. Im August lag die Inflationsrate gemessen am Konsumentenpreisindex CPI bei 3,7%, nach 3,2% im Juli und 3% im Juni. Anfang des Jahres lag die Inflationsrate noch bei 6,3%, im Juni 2022 bei 8,9%. Weniger rasch ist der Fortschritt bei der Kerninflationsrate, welche die volatilen Komponenten Energie und Nahrungsmittel exkludiert. Die Kerninflationsrate lag im August mit 4,4% deutlich über der allgemeinen Inflationsrate. Anfang des Jahres lag sie bei 5,5%, im Juli bei 4,7%.

Das BIP-Wachstum lag im zweiten Quartal 2023 bei 0,5% gegenüber dem Vorquartal (annualisiert 2,1%), nach 0,5% im ersten Quartal. Das Wachstum in den USA ist damit einerseits zwar gering, andererseits in Hinblick auf die jüngsten deutlichen Erhöhungen des Leitzinses doch überraschend resilient. Ebenso robust erscheint nach wie vor der Arbeitsmarkt, auch wenn dieser weiterhin leicht abkühlt. Die Arbeitslosenquote ist im August leicht auf 3,8% gestiegen, nachdem sie im Juli bei 3,5% lag. Außerdem wurden im August den dritten Monat in Folge weniger als 200.000 neue Jobs geschaffen (187.000). Die offenen Stellen erreichten im Juli mit 8,8 Millionen den niedrigsten Wert seit März 2021.

USA: Beiträge zum BIP-Wachstum

%-Veränderung gegenüber VQ, SA *letzter Wert: 2023Q2*

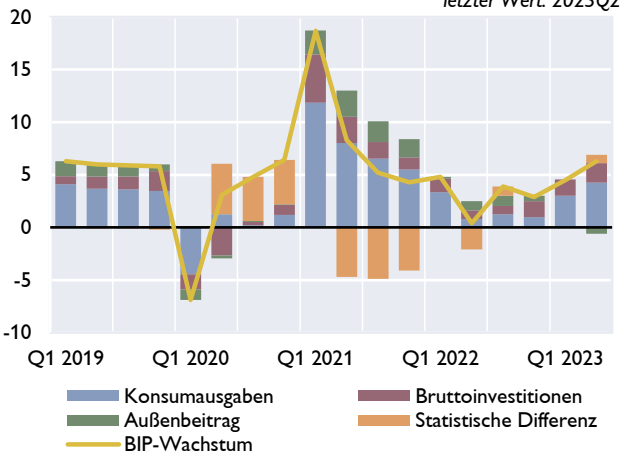


Quelle: Macrobond/Bureau of Economic Analysis.

China: Probleme im Immobiliensektor

CHINA: Beiträge zum BIP-Wachstum

%-Veränderung gegenüber VJQ, SA *letzter Wert: 2023Q2*



Quelle: Macrobond.

Die wirtschaftliche Entwicklung in China verläuft weiterhin enttäuschend. Im zweiten Quartal wuchs die Wirtschaft gegenüber dem ersten Quartal um 0,8%. Im Rahmen der Abkehr von der Null-Covid-Politik Anfang des Jahres war eine stärkere Erholung erwartet worden. Im ersten Quartal dieses Jahres war die Wirtschaft noch um 2,2% gewachsen. Im Vergleich mit dem Vorjahresquartal sieht das Wachstum deutlich beeindruckender aus (6,3%). Dieser Vergleich ist jedoch durch Basiseffekte getrieben und verzerrt durch die damaligen Lockdowns in Shanghai und weiteren großen Städten.

Wachstumshemmend wirken vor allem das geringe Konsumentenvertrauen, sowie die anhaltenden Probleme im Immobiliensektor. So musste der chinesische Immobilienkonzern Evergrande im August in den USA Insolvenz anmelden, während weitere Konzerne in Schieflage gerieten. Die Hausverkäufe lagen im August noch um 40% unter den Werten von vor der Corona-pandemie, während die Baubeginne im Juni auf den niedrigsten Wert seit dem August 2006 fielen.

Euroraum: Wachstumsaussichten verschlechtern sich spürbar[3]

Die Wirtschaftsleistung im Euroraum ist zuletzt quasi stagniert. Nach einem leichten Rückgang zum Jahresabschluss 2022 (-0,1%; zum Vorquartal, saison- und arbeitstägig bereinigt), wuchs das reale BIP in den ersten beiden Quartalen 2023 jeweils um 0,1%[4]. Die konjunkturelle Erholung nach der Pandemie wurde in den letzten Quartalen durch eine Reihe von Faktoren gebremst. Neben den Lieferengpässen führte die Energiekrise zu einem starken Anstieg der Inflation. Der Ukrainekrieg hat neben seinen Auswirkungen auf die Inflation auch die Unsicherheit erhöht. Die geldpolitische Straffung hat die Konjunktur im Euroraum weiter gedämpft. Die mittlerweile wieder fallenden Energiepreise und die Auflösung der Lieferengpässe konnten der Euroraumkonjunktur bislang nur unzureichende Impulse verleihen. Die Frühindikatoren verschlechtern sich derzeit auf breiter Front. Besonders deutlich sichtbar ist dies in der Industrie und den Dienstleistungen, aber auch im Bau und Einzelhandel. Der Arbeitsmarkt entwickelte sich im ersten Halbjahr ungeachtet der schwachen Konjunktur hingegen weiterhin robust.

Die aktuellen Prognosen der EZB und der Europäischen Kommission zeigen die Verschlechterung der Wachstumsaussichten. Die EZB hat ihre Prognose für das Jahr 2024 gegenüber dem Frühjahr um einen halben Prozentpunkt zurückgenommen. Dies ist vor allem auf eine pessimistischere Einschätzung für das zweite Halbjahr 2023 zurückzuführen. Die EZB erwartet nunmehr eine Stagnation, während in der Juni-Prognose noch von einer Erholung der Wirtschaft ausgegangen wurde. Betroffen sind dabei alle Nachfragekomponenten. Die Aussichten für die Exporte haben sich aufgrund der Eintrübung der internationalen Konjunktur, den höheren Erdölpreisen und aufgrund der Euroaufwertung verschlechtert. Der private Konsum wird aufgrund zunehmender Lohnanstiege bei gleichzeitig rückläufiger Inflation zwar wachsen, jedoch schwächer als im Frühjahr erwartet. Die Investitionen werden aufgrund der Zinserhöhungen im zweiten Halbjahr 2023 nur schwach wachsen und im Jahr 2024 sogar sinken.

Als Summe dieser Entwicklungen erwartet die EZB für 2023 ein BIP-Wachstum von 0,7 %. Für die Jahre 2024 und 2025 wird nur mit einer moderaten Wachstumsbeschleunigung auf 1,0 % bzw. 1,5 % gerechnet. Dies stellt eine Revision gegenüber der Juniprognose um -0,2, -0,5 und -0,1 Prozentpunkte für die Jahre 2023 bis 2025 dar. Abwärtsrisiken für die Konjunkturprognose ergeben sich vor allem aus einer stärkeren Wachstumsabschwächung in China und stärkeren Effekten der geldpolitischen Straffung als in der Prognose unterstellt. Die Europäische Kommission erwartet für das Jahr 2023 ein ähnlich starkes Wachstum (+0,8 %) wie die EZB (+0,7 %). Für das Jahr 2024 ist sie hingegen etwas pessimistischer (+1,3 %, EZB: +1,5 %).

Euroraum: Verlangsamung des Abwärtstrends der Gesamtinflation erkennbar; Kerninflation und Dienstleistungsinflation bleiben stabil[5]

Die jährliche Inflationsrate im Euroraum blieb im August 2023 mit 5,3 % stabil gegenüber dem Vormonat. Dies zeigt eine leichte Abflachung des Abwärtstrends, der nach der Inflationsspitze im Oktober letzten Jahres einsetzte. Der seit März 2023 anhaltende Rückgang der

[3] Autoren: Martin Schneider und Klaus Vondra (Referat Konjunktur)

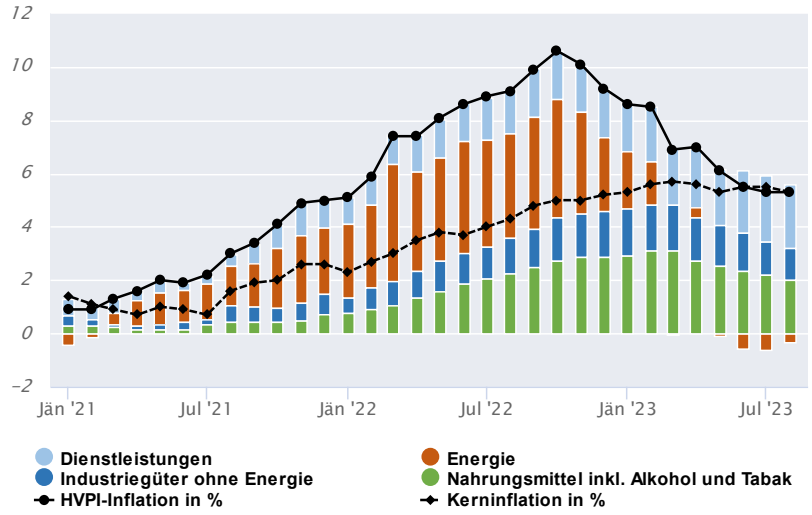
[4] Eurostat revidierte am 7. September die erste Veröffentlichung für das 2. Quartal von ursprünglich +0,3% auf +0,1% aufgrund von starken Revisionen in Irland.

[5] Autorin: Karin Klieber (Referat Geldpolitik)

Nahrungsmittelinflation wurde von einem leichten Anstieg in der Energiekomponente ausgeglichen, wobei der Beitrag der Energie zur Gesamtinflation mit -0,3 Prozentpunkten im August nach wie vor leicht negativ ausfiel. Den größten Beitrag zur HVPI-Gesamtinflation lieferten, wie bereits im Vormonat, die Dienstleistungen. Die Dienstleistungsinflation lag im August bei 5,5 % und blieb somit auf annähernd gleichem Niveau wie bereits seit Beginn des Sommers. Während die Inflationsrate der Industriegüter ohne Energie ihren Abwärtstrend weiter fortsetzte (von 6,8 % im Februar auf 4,8 % im August 2023), kam es bei der Energieinflation zu einem Abflachen des Rückgangs von -6,1 % im Juli auf -3,3 % im August. Dies kann auf ein leichtes Ansteigen der Rohölpreise sowie der Strompreise in Frankreich aufgrund regulatorischer Maßnahmen zurückgeführt werden. Die Kerninflationsrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) zeigte im August 2023 mit 5,3 % einen leichten Abwärtstrend gegenüber Juli, wo sie 5,5 % betrug.

Komponenten des HVPI

Beitrag zur HVPI-Inflation in Prozentpunkten



Quelle: Eurostat. Letzte Beobachtung: 08/2023 (Schnellschätzung).

EZB-Prognose vom September 2023

in %

	2022	2023	2024	2025
HVPI	8,4	5,6	3,2	2,1
HVPI ohne Energie, Nahrungsmittel	3,9	5,1	2,9	2,2

Quelle: EZB.

Die aktuelle Euroraum-Prognose der EZB vom September 2023 erwartet mit 5,6 % für das Jahr 2023 und 3,2 % für 2024 eine leicht höhere HVPI-Inflationsrate als noch im Juni. Dies ist vor allem auf einen höheren Inflationsdruck von Seiten der Energiekomponente zurückzuführen als noch im Juni angenommen. Schwächere Wachstumsprognosen führten zu einer leichten Abwärtsrevision der HVPI-Gesamtinflation auf 2,1 % für 2025. Im Vergleich dazu prognostiziert die Europäische Kommission in der aktuellen September-Prognose für 2023 ebenfalls eine HVPI-Inflationsrate von 5,6 % sowie einen schnelleren Rückgang auf 2,9 % für 2024. Die Prognose für die Kerninflationsrate liegt für 2023 unverändert bei 5,1 %. Für die Jahre 2024 und 2025 wurde diese gegenüber der Juniprognose nach unten revidiert und liegt nun bei 2,9 % und 2,2 %. Dieser Rückgang wird unter anderem durch die Entspannung in der Inflationsrate der Industriegüter ohne Energie erklärt, welche ihren Abwärtstrend aufgrund der Auflösung der Lieferkettenengpässe fortsetzen wird. In der mittleren Frist wird eine Annäherung an das Inflationsziel mit 2,1 % für die Gesamtinflationsrate und 2,2 % für die Kerninflationsrate erwartet, welche sich auch in umfragebasierten Inflationserwartungen widerspiegelt. Obwohl die kurzfristigen Inflationserwartungen der Survey of Professional Forecasters (Umfragerunde 2023

Q3) mit 5,5 % für 2023 deutlich erhöht bleiben, liegen die langfristigen Inflationserwartungen nach wie vor stabil nahe dem 2 %-Ziel bei 2,1 %.

Der EZB-Rat hat in seiner Sitzung am 14. September 2023 festgehalten, dass die Inflation weiter zurückgeht. Es wird jedoch nach wie vor erwartet, dass die Inflation zu lange zu hoch bleiben wird. Der EZB-Rat ist entschlossen, für eine zeitnahe Rückkehr der Inflation zum mittelfristigen Ziel von 2 % zu sorgen. Um den Fortschritt in Richtung dieses Ziels zu verstärken, hat der EZB-Rat die drei Leitzinssätze der EZB um jeweils 25 Basispunkte angehoben. Diese Zinserhöhung spiegelt die Beurteilung der Inflationsaussichten durch den EZB-Rat vor dem Hintergrund der verfügbaren Wirtschafts- und Finanzdaten, der Entwicklung der zugrunde liegenden Inflation sowie der Stärke der geldpolitischen Transmission wider. Auf Grundlage der aktuellen Beurteilung ist der EZB-Rat der Auffassung, dass die EZB-Leitzinsen ein Niveau erreicht haben, das – wenn es lange genug aufrechterhalten wird – einen erheblichen Beitrag zu einer zeitnahen Rückkehr der Inflation auf den Zielwert leisten wird. Die zukünftigen Beschlüsse des EZB-Rats werden dafür sorgen, dass die EZB-Leitzinsen so lange wie erforderlich auf ein ausreichend restriktives Niveau festgelegt werden. Bei der Festlegung der angemessenen Höhe und Dauer des restriktiven Niveaus wird der EZB-Rat auch künftig einen datengestützten Ansatz verfolgen. Die Zinsbeschlüsse des EZB-Rats werden vor allem auf seiner Beurteilung der Inflationsaussichten vor dem Hintergrund aktueller Wirtschafts- und Finanzdaten, der Entwicklung der zugrunde liegenden Inflation sowie der Stärke der geldpolitischen Transmission basieren.

EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Schwache wirtschaftliche Dynamik unterstützt Disinflation[6]

Wirtschaftsleistung nimmt im zweiten Quartal um 0,5% ab

Die Wirtschaftsleistung in den EU-Mitgliedstaaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas (CESEE) nahm im zweiten Quartal 2023 im Durchschnitt um 0,5% im Vergleich zum Vorquartal ab. Die in den letzten Quartalen zu beobachtende Volatilität bei gleichzeitig schwacher Grunddynamik beim Wirtschaftswachstum setzte sich damit fort. Vor allem in Polen fiel das Wachstum deutlich schwächer als noch zu Jahresbeginn aus. Ungarn und Estland befinden sich bereits seit vier Quartalen in der Rezession. Gleichzeitig dürfte Tschechien im zweiten Quartal den Weg aus der Rezession herausgefunden haben und Kroatien, Rumänien und Slowenien berichteten stabile und vergleichsweise gute Wachstumszahlen.

BIP-Wirtschaftswachstum in CESEE

Reales Wachstum in % gegenüber dem Vorquartal

	2022q3	2022q4	2023q1	2023q2
Bulgarien	0.5	0.5	0.4	0.4
Estland	−0.7	−1.4	−0.7	−0.2
Kroatien	−0.5	0.5	1.3	1.1
Lettland	−1.3	1.1	0.5	−0.3
Litauen	0.7	−0.5	−2.1	2.9
Polen	1.2	−2.0	1.6	−2.2
Rumänien	0.4	0.9	0.5	0.9
Slowakei	0.4	0.3	0.3	0.4
Slowenien	−1.3	0.8	0.7	1.4
Tschechien	−0.2	−0.4	0.0	0.1
Ungarn	−1.0	−0.6	−0.4	−0.3
Gesamte Region	**0.4**	**−0.6**	**0.7**	**−0.5**

Quelle: Eurostat.

Die Konjunktur ruhte zuletzt vor allem auf dem positiven Wachstumsbeitrag der Außenwirtschaft und auf den Investitionen. Ersterer wurde von der sehr schwachen Importnachfrage – bei gleichzeitig oft auch moderat rückläufigen Exporten – angetrieben. Die Investitionen profitierten unter anderem von noch bis Ende 2023 möglichen Auszahlungen aus dem abgelaufenen EU-Finanzrahmen sowie von der Ausschüttung von Mitteln aus dem europäischen Wiederaufbaufonds (NGEU). Negativ auf das Wachstum wirkten sich hingegen der anhaltend schwache Konsum sowie der starke Lagerabbau aus.

Für die zweite Hälfte des Jahres 2023 ist mit weiterhin hohen Auszahlungen aus EU-Mitteln und einer damit verbundenen robusten Investitionstätigkeit sowie mit einer von höheren Realeinkommen getriebenen Erholung beim Konsum zu rechnen. Gleichzeitig könnte sich aber das allgemein verhaltene Wachstum in Europa, insbesondere in der für die CESEE-Region zentralen deutschen Volkswirtschaft, negativ auf den Außenbeitrag zum BIP auswirken. Die Produktion in der stark exportorientierten Industrie der CESEE-Region ist bereits seit Jänner rückläufig (–2,2% im regionalen Durchschnitt im Juni). Die für Tschechien und Polen verfügbaren Einkaufsmanagerindizes liegen deutlich unter der eine Expansion anzeigenden Schwelle von 50 Punkten und spiegeln nicht zuletzt die Schwäche bei den Auftragseingängen – sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland – wider. Alles in allem dürfte die Wirtschaftsleistung damit im dritten Quartal in der Region gedämpft bleiben und die erwartete Erholung in der zweiten Jahreshälfte könnte sich als eher schleppend erweisen.

Inflation weiter rückläufig; Zinswende wird eingeleitet

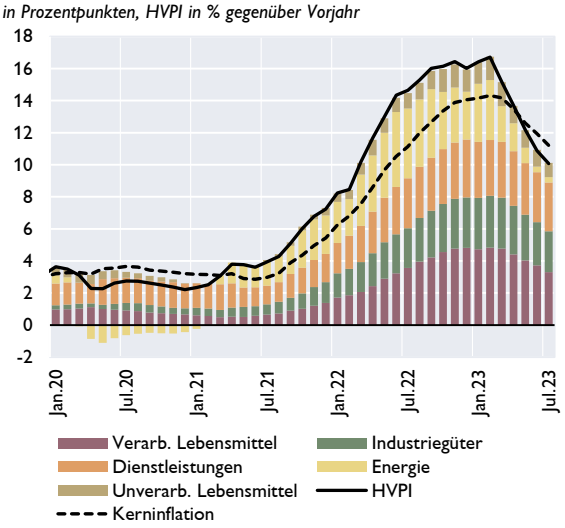
Die durchschnittliche Inflationsrate in den CESEE EU-Mitgliedstaaten sank im Juli 2023 auf 10,1% und erreichte damit den niedrigsten Wert seit Februar 2022. Zu Jahresbeginn hatte sie noch bei über 16% gelegen. Die beobachtete Abwärtsbewegung war stark von einem positiven

[6] Autor: Josef Schreiner (Referat Zentral-, Ost- und Südosteuropa)

Basiseffekt beeinflusst, welcher für einen breit basierten Rückgang des Preisdrucks sorgte. So ging im Juli 2023 etwa auch die Kerninflation merklich zurück (auf durchschnittlich 11,2%) und der Anteil von Positionen mit steigenden Inflationsraten am gesamten Warenkorb sank auf nur noch 22% (von mehr als 50% Anfang 2023). Die Disinflation in der Region hat sich allerdings zuletzt etwas verlangsamt, vor allem weil Energieträger wieder teurer wurden.

Inflationsentwicklung in den CESEE EU-Mitgliedstaaten

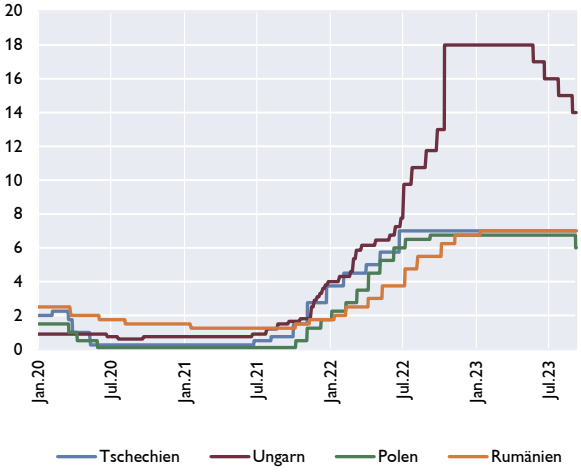
in Prozentpunkten, HVPI in % gegenüber Vorjahr



Quelle: Eurostat.

Leitzinssatzentwicklung in CESEE EU-Mitgliedstaaten

in %



Quelle: Macrobond.

Trotzdem ist mit weiter fallenden Teuerungsraten in der Region zu rechnen. Der konjunkturelle Nachfragedruck auf die Preise hat sich bereits deutlich abgeschwächt und die Inflationserwartungen tragen zu einer stärker restriktiven Wirkung der Geldpolitik bei. Laut Europäischer Kommission sind die Preiserwartungen bei den Konsumenten derzeit auf einem deutlich niedrigeren Niveau als vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie und dem damit einhergehenden Beginn der aktuellen Inflationswelle. Ein weiteres Argument ist die Entspannung im Bereich der Erzeugerpreise. Die Erzeugerpreisinflation betrug im Juli 2023 durchschnittlich nur noch 1%; die Preise für Zwischenprodukte waren über die letzten drei Monate sogar rückläufig. Dies bestätigt das Abklingen der externen Angebotsschocks und eine generelle Verringerung des vorgelagerten Kostendrucks.

Vor diesem Hintergrund gehören die CESEE-Länder zu denjenigen Ländern, die bereits damit begonnen haben, erste Zinserhöhungen wieder rückgängig zu machen. Die ungarische Notenbank senkte ihren effektiven Leitzinssatz seit Mai in vier Schritten von 18% auf zuletzt 14%. Der Zinssatz wurde im Oktober 2022 unter anderem als Reaktion auf die Schwäche des Forints um 500 Basispunkte angehoben. Eine Verbesserung des Risikoumfelds und der Leistungsbilanz und eine damit einhergehende Stabilisierung des Forints dürften folgerichtig auch die jüngsten Zinssenkungen mitmotiviert haben.

Auch die polnische Notenbank senkte Anfang September ihren Leitzinssatz – für viele Marktteilnehmer überraschend stark – um 75 Basispunkte auf 6%. Zum Teil dürfte dafür der unerwartet schwache Nachfragedruck verantwortlich sein, der eine schnellere Rückkehr zum Inflationsziel ermöglichen könnte. Der polnische Złoti reagierte mit einer merklichen Abschwächung und verlor in den ersten Tagen nach der Entscheidung rund 3% an Wert gegenüber dem Euro.

Der rumänische Leu entwickelte sich in den letzten Monaten weitgehend stabil wobei sich dabei negative Faktoren für die Währungsentwicklung wie das hohe Leistungsbilanzdefizit oder das nur langsame Vorankommen der Haushaltskonsolidierung und positive Faktoren wie das ungebrochene Interesse internationaler Investoren an rumänischen Staatsanleihen die Waage hielten.

Die tschechische Krone wertete im Jahresverlauf leicht ab und büßte in etwa 4% an Wert gegenüber dem Euro innerhalb der letzten fünf Monate ein. Zum Teil dürfte dazu auch das offizielle Ende der Fremdwährungsinterventionen der tschechischen Notenbank im August 2023 beigetragen haben.

Österreich: Gefahr einer Rezession in Österreich Jahr 2023 gestiegen[7]

Reales BIP schrumpfte im zweiten Quartal 2023 um 0,7 %

Das reale BIP verzeichnete in Österreich laut der von Statistik Austria berechneten vollständigen VGR im **zweiten Quartal 2023 einen Rückgang um 0,7 %** (gegenüber dem Vorquartal; real, saison- und arbeitstägig bereinigt). Der Rückgang ist damit stärker als in der VGR-Schnellschätzung des WIFO vom 28.7.2023 (-0,4 %) und auch stärker als in der OeNB-Prognose vom Juni 2023 erwartet wurde (-0,2%) ausgefallen. Ein mechanisches Datenupdate der Juni-Prognose der OeNB ergibt für das Gesamtjahr 2023 ein Wachstum von 0,2 % (-0,3 PP) und für 2024 von 1,5 % (-0,2 PP). Berücksichtigt man zudem die sich seit Juni verschlechterten internationalen Rahmenbedingungen, so ergibt sich für 2023 eine Stagnation (-0,4 PP auf +0,1 %) und für 2024 ein Wachstum von 1,1 % (-0,6 PP). **Die Gefahr einer Rezession in Österreich im Jahr 2023 ist damit deutlich gestiegen.**

Nachfrageseitig ist der Rückgang im zweiten Quartal 2023 auf die **Inlandsnachfrage (-0,9 PP)** sowie die **statistische Differenz (-1,6 PP)** zurückzuführen. Die Exporte wuchsen mit 3,7 % deutlich stärker als die verfügbaren Vorlaufindikatoren und der OeNB-Exportindikator signalisiert haben. Durch dieses starke Wachstum kommt es auch trotz eines Einbruchs im privaten Konsum (-1,4 %) und bei den Investitionen (-2,1 %) zu einem Anstieg der Importe um 1 %. Insgesamt ergibt sich ein Außenbeitrag von 1,7 PP. Der Rückgang der Investitionen erscheint vor dem Hintergrund steigender Zinsen und des trüben wirtschaftlichen Ausblicks plausibel und deckt sich auch mit den Eindrücken des letzten Bank Lending Survey. Der Rückgang des privaten Konsums wirkt hinsichtlich der umfangreichen fiskalischen Unterstützungsmaßnahmen und den starken Lohnsteigerungen auffällig stark. Der stark negative Wachstumsbeitrag der statistischen Differenz **lässt zukünftige Revisionen erwarten**. Insbesondere eine Abwärtsrevision des unerklärlich starken Exportwachstums scheint wahrscheinlich.

Mit der VGR-Veröffentlichung wurden auch die **historischen Quartale zum Teil stark revidiert**. So wuchs das reale BIP, getrieben vor allem durch eine starke Aufwärtsrevision des privaten Konsums (+1,8 PP), im ersten Quartal um 0,3 PP stärker. Für den privaten Konsum ergibt sich dadurch ein sehr volatiles Quartalsprofil, was weitere Revisionen erwarten lässt.

Entstehungsseitig erstreckt sich der Rückgang über alle Wirtschaftszweige. Die Wertschöpfung sank gleichermaßen für die Industrie und Dienstleistungen um 0,7 %. Der wirtschaftliche Abschwung ist im zweiten Quartal auch im gesamten Bausektor angekommen, wo die Wertschöpfung mit -1,2 % überdurchschnittlich stark fällt. Die Wohnbauinvestitionen sinken schon seit der ersten Jahreshälfte 2022. Ebenfalls starke Rückgänge verzeichnen der Handel (-2 %), die wissenschaftlichen Dienstleistungen (-3,4 %) und die sonstigen Dienstleistungen (-4,9 %).

[7] Autoren: Richard Sellner, Christian Ragacs, Martin Schneider und Klaus Vondra (Referat Konjunktur)

Ergebnisse der VGR-Veröffentlichung vom 01.09.2023 (Q2)

	BIP	Privater Konsum	Öffentlicher Konsum	Bruttoanlageinvestitionen	Exporte	Importe	Inlandsnachfrage (o. Lager)	Nettoexporte	Lager + Stat. Diff
	Veränderung zur Vorperiode in %						*Wachstumsbeiträge in %-Punkten*		
Q2 22	+2,1	+0,6	–0,7	–0,3	+3,2	–0,6	0,1	2,2	–0,2
Q3 22	–0,4	–0,5	–0,7	–0,8	+0,6	+0,2	–0,6	0,2	–0,1
Q4 22	–0,2	–0,7	+3,3	+4,3	–0,7	–0,7	1,3	–0,1	–1,5
Q1 23	+0,4	+2,1	–2,6	+0,0	+1,3	+0,8	0,5	0,4	–0,5
Q2 23	**–0,7**	**–1,4**	**+1,9**	**–2,1**	**+3,7**	**+1,0**	**–0,9**	**1,7**	**–1,6**
2022	+4,9	+5,8	–0,6	–0,2	+9,9	+6,7	2,7	1,9	0,2

Revisionen gegenüber der Schnellschätzung vom 28.07.2023

	BIP	Privater Konsum	Öffentlicher Konsum	Bruttoanlageinvestitionen	Exporte	Importe	Inlandsnachfrage (o. Lager)	Nettoexporte	Lager + Stat. Diff
	in Prozentpunkten								
Q2 22	+0,4	+1,1	–1,5	+1,4	–1,1	–0,8	+0,6	–0,2	0,0
Q3 22	–0,5	+0,1	–0,9	–0,3	–0,8	–0,6	–0,2	–0,2	–0,1
Q4 22	–0,2	+0,8	+0,3	+0,5	–1,0	–0,6	+0,5	–0,3	–0,4
Q1 23	+0,3	+1,8	+0,1	+1,5	+0,4	–1,2	+1,3	+0,9	–1,9
Q2 23	–0,3	+0,1	+1,1	–0,0	+3,1	+2,0	+0,2	+0,7	–1,3
2022	–0,1	+0,9	–4,2	–0,6	–3,1	–1,1	–0,6	–1,1	0,0

Quelle: Statistik Austria.

Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vom 01.09.2023 - Entstehungsseite

	BIP	Industrie (B-E)	Bau (F)	Dienstleistungen, gesamt (G-U)	Handel (G)	Verkehr und Lagerei (H)	Gastronomie und Beherbergung (I)	IKT (J)	Finanzsektor (K)	Immobiliensektor (L)	wiss. techn. DL (M-N)	Dienstleistungen, öffentlich (O-U)	öff. Verwaltung (O-Q)	sonstige DL (R-U)
	Veränderung zur Vorperiode in %													
Q2 22	+2,1	+1,2	+1,2	+2,2	+0,2	+3,0	+18,6	+1,8	–0,8	+0,5	+3,7	+0,5	+0,2	+1,9
Q3 22	–0,4	–0,5	–0,4	–0,0	–0,8	–0,2	+0,8	+1,4	+0,7	+0,4	–1,7	+0,5	+0,4	+0,6
Q4 22	–0,2	–0,1	+0,7	–0,2	–1,2	–1,0	–0,5	+0,4	–0,1	+0,3	–0,8	+0,6	+0,8	–0,7
Q1 23	+0,4	–0,2	+0,1	+0,8	–1,1	–2,9	–0,4	+2,6	+0,9	+0,5	+2,6	+2,1	–0,4	+18,7
Q2 23	**–0,7**	**–0,7**	**–1,2**	**–0,7**	**–2,0**	**+0,6**	**+0,0**	**–0,3**	**+1,3**	**+0,4**	**–3,4**	**–0,2**	**+0,7**	**–4,9**
2021	+4,7	+7,7	+2,8	+3,2	+3,6	+2,7	–8,2	+3,6	+1,0	+1,0	+6,8	+4,8	+5,2	+2,3
2022	+4,9	+4,1	–1,1	+6,1	+2,3	+10,6	+47,2	+3,6	+0,4	+2,2	+4,7	+4,4	+2,7	+17,4

Quelle: Statistik Austria.

Tourismus trotzt weiterhin der Teuerung: OeNB erwartet Nächtigungsplus im August und somit in der gesamten Sommersaison

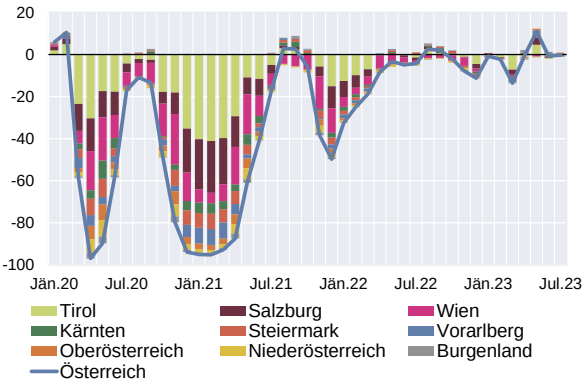
Im Juli setzte sich der gute Sommersaisonstart der österreichischen Tourismuswirtschaft fort. Die Nächtigungen lagen wie auch schon im Juni sowohl bei den inländischen als auch bei den ausländischen Gästen auf dem Niveau von 2019. Im Vergleich zum Juli des Vorjahres gab es ein Nächtigungsplus, da der Zuwachs von Nächtigungen aus dem Ausland den geringen Rückgang von

Nächtigungen aus dem Inland mehr als kompensieren konnte. Eine Verbesserung zeigte sich zuletzt bei Auslandstouristen aus Ferndestinationen (U.S.A, aber auch China, Japan). Vor allem die Nächtigungen aus den U.S.A. lagen zuletzt wieder beinahe auf dem Vorkrisenniveau, jene aus China und Japan hingegen noch immer deutlich (-60 bis -80 %) darunter. Sehr robust entwickeln sich Buchungen aus den Kernmärkten (Deutschland, Niederlande, Belgien) und Osteuropa (Tschechien, Polen, Ungarn, Slowenien, Slowakei). Aufholbedarf besteht noch bei Nächtigungen von Urlaubern aus Italien, der Schweiz und Frankreich. Insgesamt **stagnierten die Übernachtungen im Juli 2023 im Vorkrisenvergleich** (-0,3 %, zum Juli 2019). Verglichen mit dem Juli 2022 ergibt sich aber ein Anstieg um 4,2 %.

Auf Basis der Zahlungskartenumsätze bis inklusive 20. August 2023 erwartet die OeNB, dass sich die im Juni und Juli beobachtete Entwicklung fortsetzt: **Die Anzahl an Übernachtungen inländischer Gäste wird demnach im August um 0,3 % über dem Niveau vom August 2019 liegen**. Die Nächtigungen **ausländischer Gäste werden um 4,0 % das Niveau vom August 2019 übertreffen**. In Summe ergibt sich damit ein Zuwachs von 3,0% im Vergleich zum Jahr 2019. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies ein Plus im August von rund 0,4 %. Damit könnten in der Sommersaison 2023 bei den Nächtigungen sowohl das Vorkrisenjahr 2019 als auch das Vorjahr übertroffen werden. Somit bleibt der Tourismussektor auch in Zeiten hoher Inflation und einer insgesamt stagnierenden Wirtschaftsentwicklung eine Wachstumsstütze der österreichischen Wirtschaft.

Nächtigungen in Österreich nach Bundesländern

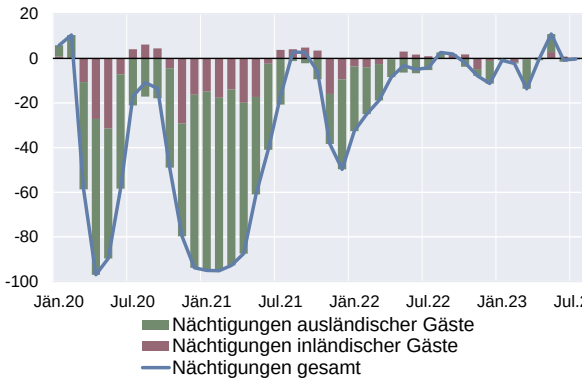
Veränderung zum Vorkrisenmonat in %



Quelle: Statistik Austria.

Nächtigungen in Österreich nach Herkunft

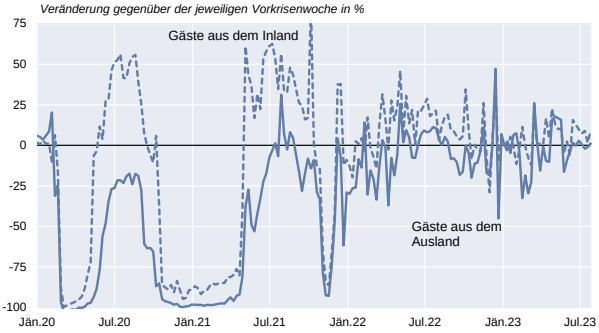
Veränderung zum Vorkrisenmonat in %



Quelle: Statistik Austria.

Zahlungskartenumsätze im Reiseverkehr in Österreich

Veränderung gegenüber der jeweiligen Vorkrisenwoche in %



Quelle: Zahlungsdiensteanbieter, eigene Berechnungen.

Übernachtungen in Österreich

	Inländische Touristen	Ausländische Touristen	Gesamt
	Vergleich zu 2019 in %		
Mai 23	7,1	13,3	10,9
Juni 23	2,7	−2,2	−0,7
Juli 23	0,8	−0,7	−0,3
August 23	**0,3**	**4,0**	**3,0**
	Vergleich zum Vorjahr in %		
Mai 23	−0,6	26,6	14,7
Juni 23	−2,8	8,1	4,4
Juli 23	−2,8	6,9	4,2
August 23	**−0,5**	**0,7**	**0,4**
	Vergleich zu 2019 in %		
2020	−20,9	−41,2	−35,9
2021	−25,9	−55,7	−47,9
2022	−2,7	−13,1	−10,3

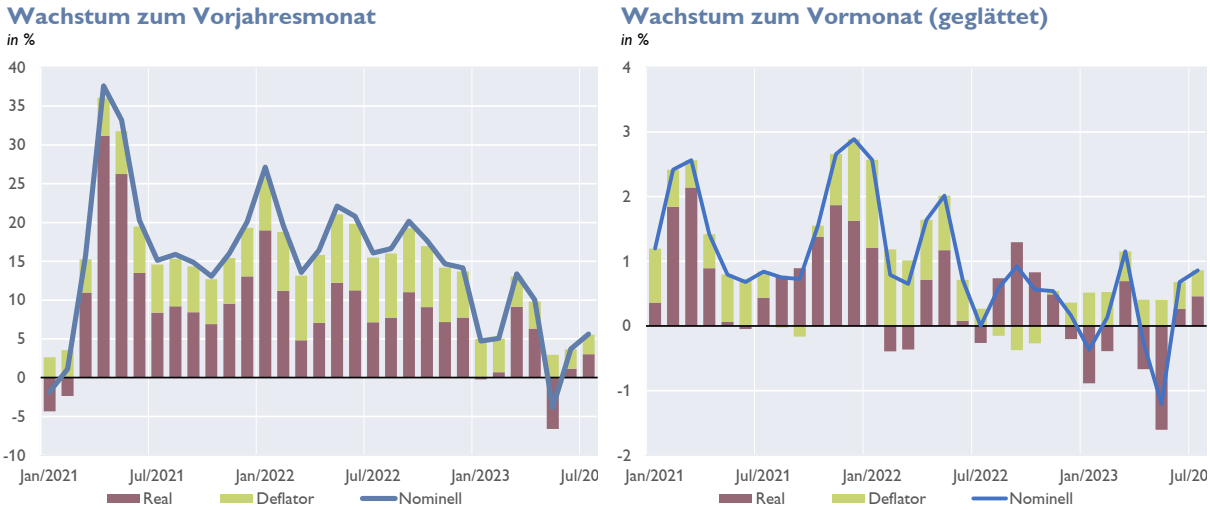
Quelle: Statistik Austria, Prognose der OeNB.

Sinkendes, jedoch weiterhin positives Wachstum der nominellen Güterexporte - Ergebnisse des OeNB-Exportindikators vom August 2023

Das **Wachstum der Güterexporte drehte im Mai vorübergehend ins Minus**. Laut aktueller Veröffentlichung von Statistik Austria erreichte das nominelle Wachstum der österreichischen Güterexporte im Mai 2023 -2,0 % (im Vergleich zum Vorjahresmonat). Im Rahmen der letzten Veröffentlichung des OeNB-Exportindikators wurde für Mai ein Rückgang von 3,3 % erwartet. In den **ersten fünf Monaten des Jahres 2023 betrug das Wachstum der Güterexporte 6,2 %.** Getrieben wurde es von den Gütergruppen Maschinen (+16,5 %), Fahrzeuge (+13,4 %), chemische Erzeugnisse (+12,6 %), Nahrungsmittel (+10,6 %) und sonstige Fertigwaren (+5,4 %) und. Dämpfend wirkten die Ausfuhren von Rohstoffen (-17,4 %), sonstigen Waren (-15,1 %) und Brennstoffen und Energie (-9,8 %).

Laut **Prognose der OeNB hält der leichte Abwärtstrend des Exportwachstums im Juni und Juli 2023 an.** Der Rückgang im Mai dürfte nur ein preisbedingter Ausreißer gewesen sein. Die LKW-Fahrleistung – die als Indikator für die realen Exporte dient – befindet sich seit geraumer Zeit auf einem leichten Abwärtstrend und signalisiert eine Abschwächung der Exportdynamik, aber keinen abrupten Einbruch. Gemäß den aktuellen Ergebnissen des auf LKW-Fahrleistungsdaten basierenden **OeNB-Exportindikators** sind die nominellen Güterexporte im Juni und Juli um 5,9 % bzw. 5,6 % gestiegen. Die **Vorlaufindikatoren** deuten auf eine anhaltend schwache Exportkonjunktur in den nächsten Monaten hin. Sowohl Exportauftragseingänge wie auch Exportauftragsbestände zeigen einen leicht nach unten gerichteten Trend.

Nominelles und reales Wachstum der Güterexporte (saison- und arbeitstägig bereinigt)



Quelle: Statistik Austria, OeNB. *Quelle: Statistik Austria, OeNB.*

LKW-Fahrleistung und Güterexporte

	LKW-Fahrleistung	Güterexporte, nominell	LKW-Fahrleistung	Güterexporte, nominell	LKW-Fahrleistung	Güterexporte, nominell
	Veränderung zum Vorjahr in %				*Veränderung zur Vorperiode in %*	
	Nicht bereinigt		*Saison- und arbeitstägig bereinigt*			
2023M01	1.4	8.7	−1.9	4.7	−2.9	−2.1
2023M02	−2.5	4.6	−2.7	5.1	−0.4	−2.3
2023M03	−2.4	13.4	−2.6	13.4	−0.4	7.2
2023M04	−5.2	6.2	−1.9	10.0	0.1	−0.8
2023M05	−5.0	−2.0	−6.4	−3.9	−0.9	−7.9
2023M06	−1.8	**5.9**	−2.7	**3.7**	−0.0	**7.1**
2023M07	−2.7	**5.6**	−2.4	**5.6**	−0.2	**−0.5**
2022Q3	−1.0	17.1	−0.5	17.6	−1.9	0.9
2022Q4	−1.6	13.8	−0.3	15.5	0.6	2.4
2023Q1	−1.3	9.1	−2.4	7.7	−1.5	−0.0
2023Q2	−4.0	**3.3**	−3.7	**3.2**	−0.9	**−0.1**
2021	8.8	16.1	8.5	16.0	8.5	16.0
2022	0.1	17.6	0.5	18.1	0.5	18.1

Anm: Fett markierte Werte sind Prognosewerte
Quelle: ASFINAG-Maut Service GmbH, Statistik Austria und OeNB

Inflationsrate seit Jahresbeginn 2023 deutlich gesunken

Die österreichische HVPI[8]-Inflationsrate betrug im August 2023 7,5%. Damit ist die Inflationsrate seit Jahresbeginn um 4,1 Prozentpunkte gesunken. Der Anstieg der Inflationsrate im August ist auf vergleichsweise hohe Treibstoffpreise zurückzuführen; im Vergleich zum Vormonat dämpfen diese die Inflationsrate in geringerem Ausmaß. Aufgrund der nach wie vor hohen Inflationsraten bei Gas (73,5%) und Fernwärme (59,2%) ist die Energieinflation im August wieder positiv. Nach der OeNB-Interimsprognose unterbricht dieser Anstieg allerdings nur kurzfristig den Trend sinkender Inflationsraten.

Im August fielen die Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln (inkl. Alkohol und Tabak) und Industriegütern ohne Energie deutlich geringer aus als in den Vormonaten (Nahrungsmittel 9,1%; Industriegüter: 5,9%). Zusätzlich sank die Inflationsrate bei Dienstleistungen geringfügig (Dienstleistungen: 8,0%). Die Energieinflation ist im August wieder positiv (Energieinflation: 5,9%). Damit leistet die Energiekomponente wieder einen positiven Beitrag zur HVPI-Inflationsrate, der allerdings deutlich geringer ist als bei den anderen Inflationskomponenten (siehe Grafik). Im bisherigen Jahresverlauf hatte die fallende Energieinflation den größten Anteil am Sinken der Gesamtinflationsrate (-2,8 Prozentpunkte), während die Dienstleistungsinflation die Inflationsrate noch leicht erhöhte (+0,5 Prozentpunkte).

Die Kerninflationsrate ohne Energie und Nahrungsmittel sank im August 2023 auf 7,4%.

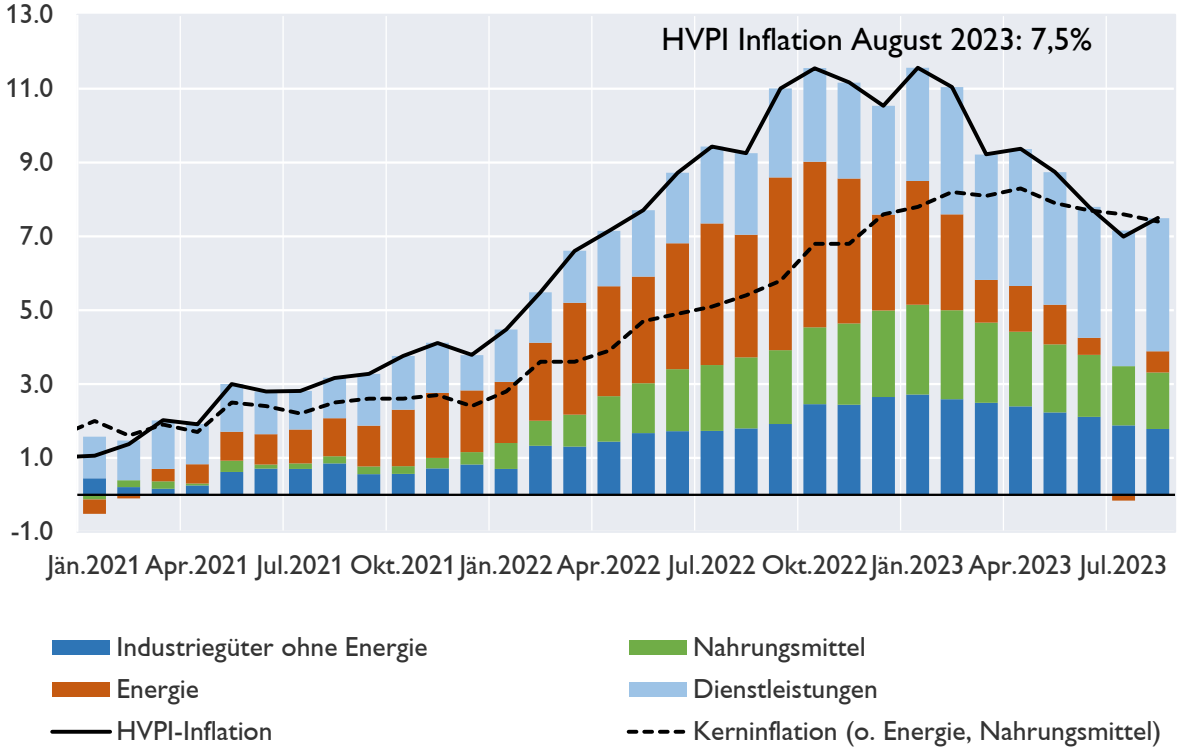
Der Anstieg der Inflationsrate im August war bereits in der OeNB-Interimsprognose von Mitte August erwartet worden – allerdings in geringerem Ausmaß. Im weiteren Jahresverlauf sollte sie – vor allem aufgrund der negativen Energieinflation – deutlich zurückgehen. Für das Gesamtjahr 2023 ermittelt die OeNB-Interimsprognose eine HVPI-Inflationsrate von 7,5%. Auch die Folgejahre sind von einem weiteren Rückgang der Inflationsrate gekennzeichnet (2024:4,3%; 2025:3,0%).

[8] Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

Österreich: Beiträge der Komponenten zur HVPI-Inflation

Jahresinflationsraten;
Inflationsbeiträge in Prozentpunkten

Letzte Beobachtung: August 2023.



Quelle: Statisitk Austria.

Entwicklungen aus der Finanzstatistik

Steigende Zinsen für Sparguthaben in Österreich[9]

Die Daten der EZB-Zinssatzstatistik zeigen einen zum Teil deutlichen Zinsanstieg für Sparguthaben in Österreich. Durchschnittlich waren neu abgeschlossene gebundene Einlagen privater Haushalte im Juli 2023 mit 2,85 % verzinst und lagen damit um 244 Basispunkte über dem Vorjahresniveau. Bereits eine kurze Bindungsfrist wies deutlich höhere Zinsniveaus im Vergleich zu nicht gebundenen Produkten auf. Damit wirkten sich die höheren Leit- bzw. Geldmarktzinssätze auf das Neugeschäft mit gebundenen Einlagen in vergleichbarem Ausmaß aus wie bei neu vergebenen Krediten (+283 Basispunkte). Bei täglich fälligen Einlagen (Juli 2023: 0,69 %) nahmen die Zinssätze hingegen in weitaus geringerem Ausmaß zu.

Im Umfeld der EZB-Leitzinserhöhungen seit Mitte des letzten Jahres stieg die durchschnittliche Verzinsung von neu abgeschlossenen gebundenen Einlagen privater Haushalte bei heimischen Banken in den vergangenen zwölf Monaten um 244 Basispunkte und lag im Juli 2023 bei 2,85 %. Bei den Einlagenkonditionen zeigte sich, dass Kund:innen bereits bei kurzer Bindung stark von höheren Zinssätzen profitieren konnten und mit längeren Zinsbindungen nur geringfügig höhere Zinsaufschläge zu lukrieren waren. Im Juli 2023 neu veranlagte, auf 3 bis 6 Monate gebundene Haushaltseinlagen wurden mit 2,72 % verzinst, eine Bindung von über 2 Jahren brachte im Vergleich mit durchschnittlich 2,96 % nur etwas mehr. Deutlich geringer fielen hingegen die Anstiege der Zinssätze täglich fälliger Einlagen aus. So lag der entsprechende Zinssatz im Juli 2023 bei 0,69 %, was einem Anstieg um 63 Basispunkte im Vorjahresvergleich entspricht.

Zinsentwicklung im Neugeschäft bei Einlagen und Krediten

Insgesamt stiegen die Zinssätze für neue gebundene Einlagen in vergleichbarem Ausmaß wie die durchschnittlichen Kreditzinssätze im Neugeschäft mit privaten Haushalten an. Diese lagen für alle Kreditverwendungszwecke in Summe im Juli 2023 bei 5,03 % und damit um 283 Basispunkte über dem Vorjahreswert. Im selben Zeitraum erhöhte sich der EZB-Hauptrefinanzierungssatz um 350 Basispunkte auf 4,0 %. Inzwischen hat der EZB-Rat im August 2023 sowie im September 2023 weitere Anhebungen auf 4,25 % bzw. 4,50 % beschlossen.

Haushalte passen ihre Anlageentscheidung an

Betrachtet man die Entwicklung des Einlagenvolumens privater Haushalte, so war der Einfluss der höheren Zinssätze auf die Anlageentscheidung der Haushalte bereits deutlich erkennbar. Während sich täglich fällige Einlagen im Vergleich zum Vorjahr mit –7,0 % rückläufig entwickelten, stiegen gebundene Einlagen privater Haushalte im Vorjahresvergleich um 18,6 % deutlich an. Trotzdem war das Volumen von täglich fälligen Einlagen privater Haushalte am aktuellen Rand mit rund 199 Mrd EUR noch immer mehr als doppelt so hoch wie jenes gebundener Einlagen (96,4 Mrd EUR). Auch bei Betrachtung des Neugeschäftsvolumens zeigt sich die aktuell starke Nachfrage nach gebundenen Einlagen. So wurden im Jahr 2023 bis einschließlich Juli mit insgesamt rund 27,8 Mrd EUR schon mehr als doppelt so viele Einlagen gebunden veranlagt als im gesamten Jahr 2022 (12,5 Mrd EUR).

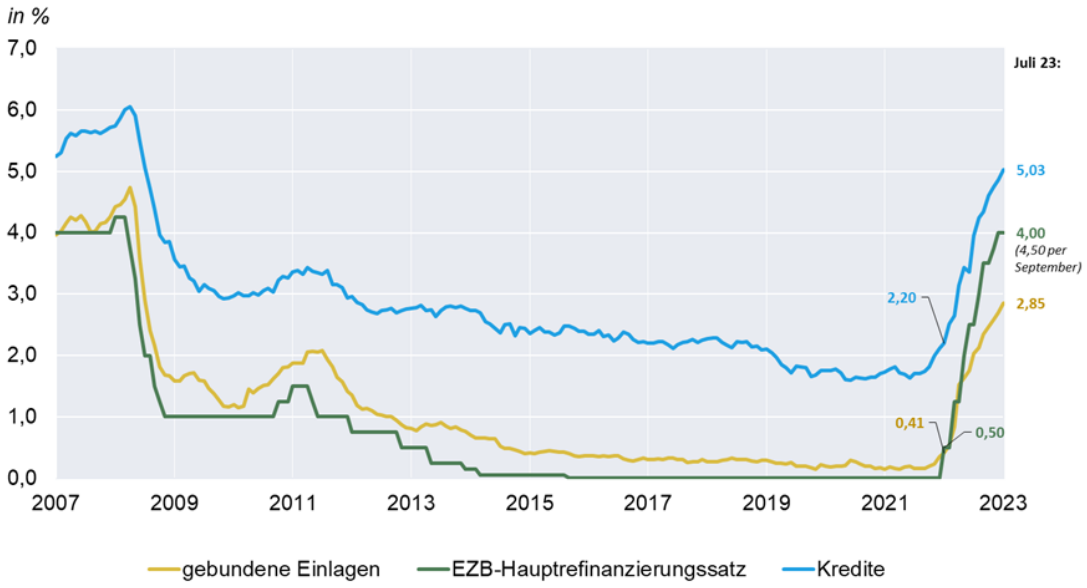
Durchschnittlich sind die Zinssätze für neu abgeschlossene gebundene Einlagen privater Haushalte in den letzten 12 Monaten um 2,44 Prozentpunkte gestiegen – somit in vergleichbarem Ausmaß wie die Kreditzinssätze in diesem Zeitraum mit 2,83 Prozentpunkten. Im aktuellen Finanzmarktumfeld mit wieder höheren Zinsniveaus ist es wichtig zu wissen, dass Girokonten

[9] Autor: Thomas Pöchel (Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken)

generell keine Veranlagungsprodukte sind, sondern dem Zahlungsverkehr dienen. Und bei Spareinlagen können derzeit schon relativ kurze Bindungsfristen von 3 bis 6 Monaten deutlich bessere Zinssätze bringen als täglich fällige Spareinlagen.

Grafik 1

Neugeschäftszinssätze privater Haushalte



Quelle: OeNB.

Spezielle Kurzanalysen

Ausgeprägte Zweitrundeneffekte in Österreich – Gewinne und Löhne lösen Importe als Inflationstreiber ab[10]

Die Frage nach den Ursachen der hohen Inflation in Österreich ist derzeit Gegenstand heftiger Diskussionen. Während die starken Preisanstiege von Energieimporten als Auslöser außer Streit stehen, scheiden sich die Geister bei der Frage, in welchem Ausmaß die Inflation zusätzlich durch Unternehmensgewinne und Lohnanstiege getrieben wurde. Wir beantworten diese Frage mit einer neuartigen in der OeNB entwickelten Zerlegung des Harmonisierten Verbraucherpreisindex bzw. seiner Teilindizes nach Kostenkomponenten. Unsere Ergebnisse zeigen, dass der ab Mitte 2021 zu beobachtende Inflationsanstieg zunächst durch stark gestiegene Importpreise – insbesondere für Energie und verarbeitete Güter – ausgelöst wurde. Seit Mitte des Jahres 2022 sind aber zunehmend „Zweitrundendeffekte" zu beobachten: Steigende Unternehmensgewinne verstärkten den Preisauftrieb – zuerst hauptsächlich im Energiesektor, später aber auch in anderen Wirtschaftsbereichen. Weitere Zweitrundeneffekte in Gestalt stärkerer Lohnzuwächse sind ab dem Jahreswechsel 2022/23 erkennbar. Im zweiten Quartal 2023 war die Lohnkomponente der bedeutendste Inflationstreiber. Bis Ende 2024 ist eine anhaltend hohe Rolle der Löhne für die Inflation zu erwarten.

Der Auslöser: Importpreise treiben Inflationsanstieg in den Jahren 2021 und 2022

Unsere Analyse[11] zeigt, dass der Inflationsanstieg im Jahr 2021 eindeutig auf Importe zurückzuführen ist. Zu den Importpreisanstiegen als Folge der internationalen Lieferengpässe gesellten sich ab Ende 2021 die Energieimporte als wichtigster Inflationstreiber hinzu. Im Jahr 2022 stieg die Inflation auf 8,6 %, mehr als ein Drittel ist auf Energieimporte zurückzuführen, ein weiteres Viertel auf sonstige Importe. Im ersten Halbjahr 2023 nahm der Inflationsbeitrag der Importe ab. Lediglich von den Importen von Lebensmitteln und verarbeiteten Gütern ging noch ein nennenswerter Inflationsdruck aus, Energieimporte wirkten in diesem Zeitraum leicht inflationsdämpfend.

Zweitrundeneffekte zum Ersten: Unternehmensgewinne verstärken den Preisauftrieb ab Mitte 2022

Im Laufe des Jahres 2022 sorgte der Anstieg der Unternehmensgewinne für zusätzlichen Preisdruck. Hierfür ist vor allem der Energiesektor verantwortlich. Dessen Gewinne folgten dabei den Anstiegen der Großhandelspreise für Energie mit einem Jahr Verzögerung, was sich durch die Bindungsfristen von Lieferverträgen für Strom, Gas und Fernwärme erklären lässt. Dadurch werden Preissteigerungen erst allmählich an die Konsumenten weitergegeben. Im vierten Quartal 2022 und im ersten Quartal 2023 waren zunehmende Gewinnbeiträge in anderen Sektoren (vor allem Gastronomie und Hotellerie, aber auch Finanz- und

[10] Autoren: Friedrich Fritzer, Lukas Reiss und Martin Schneider (Referat Konjunktur).

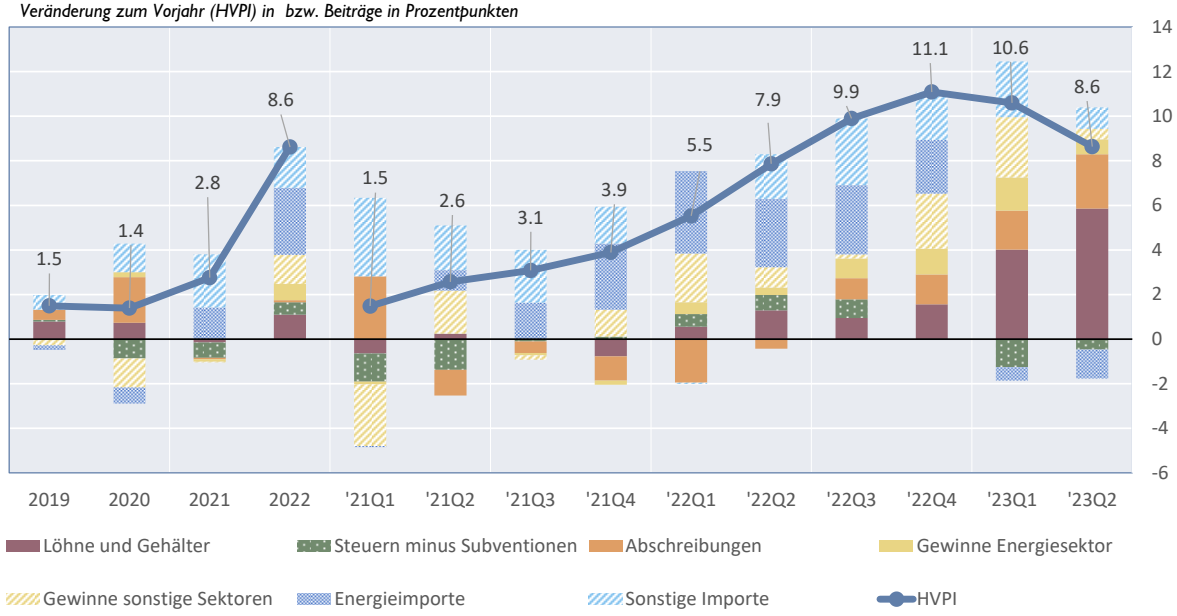
[11] In unserer Analyse wird das Wachstum des jeweiligen Preisindex durch das Wachstum der verschiedenen Einkommenskomponenten (Arbeitnehmerentgelte[11], Nettobetriebsüberschüsse bzw. Gewinne, Abschreibungen, Produktionsabgaben minus Subventionen sowie Importe) je realer Einheit des jeweiligen Konsumguts erklärt. Dazu werden Daten aus der quartalsweisen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der Außenhandelsstatistik mit detaillierten Daten über Vorleistungsverflechtungen aus Input-Output-Tabellen verknüpft. Mit dieser Methode kann die Inflation bis zur Ebene der COICOP-Dreisteller (45 Güter bzw. Dienstleistungskategorien) im Detail analysiert werden. (Schneider, M. What drives consumer price inflation? A novel decomposition framework with an application to Austria. Forthcoming in OeNB Working Papers.)

Versicherungsdienstleistungen) zu beobachten. So erklärten die Gewinne in der Gastronomie und Hotellerie im ersten Quartal 2023 ein Viertel des Verbraucherpreisanstiegs. Im Durchschnitt erklärten die Unternehmensgewinne knapp ein Viertel der Jahresinflation 2022, wobei dieser Anteil im zweiten Halbjahr 2022 anstieg. Im ersten Quartal 2023 erreichte der Inflationsbeitrag der Gewinne mit 40 % seinen Höchststand. Im zweiten Quartal 2023 ging dieser konjunkturbedingt stark zurück.

Inflation nach Importpreisschock zunehmend von Zweitrundeneffekten geprägt

Beiträge der Kostenkomponenten zur HVPI-Inflation in Österreich

Veränderung zum Vorjahr (HVPI) in bzw. Beiträge in Prozentpunkten



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen OeNB.

Zweitrundeneffekte zum Zweiten: Löhne im ersten Halbjahr 2023 wichtigster Preistreiber

Von den Löhnen ging im Jahr 2022 aufgrund des in Österreich üblichen verzögerten Lohnanpassungsprozesses kein nennenswerter Preisdruck aus. Die Lohnstückkosten erklärten lediglich 13 % der Inflation. Würden sich Löhne und Gewinne gleich entwickeln, dann wäre der Beitrag der Lohnkosten (genauer: der "Lohnstückkosten") an der Inflation knapp ein Viertel (27%). Da die Löhne aber erst im Nachhinein an die Inflation angepasst werden, gab es 2022 einen "Lag" und ihr Anteil war nur halb so hoch. Das änderte sich aber im ersten Halbjahr 2023: Die hohen Kollektivvertragsabschlüsse führten zu deutlich steigenden Lohnbeiträgen. Im ersten Quartal 2023 lag der Lohnbeitrag bei 38 %. Im zweiten Quartal waren die Löhne mit einem Beitrag von mehr als zwei Dritteln der bestimmende Inflationstreiber.

Auch relevant: Hilfsmaßnahmen der Regierung beeinflussen die Teuerung

Zusätzlicher Preisdruck kam im Jahr 2022 vom Auslaufen der im Zuge der Coronapandemie durchgeführten Mehrwertsteuersenkung für Gastronomie, Hotellerie und Kultur (grüne Balken in der ersten Grafik). Die Senkungen von energiebezogenen Abgaben glichen diesen preistreibenden Effekt in den ersten drei Quartalen von 2022 nicht aus. Die Strompreisbremse dämpft die Inflation erst seit Dezember 2022.

Inflation, quo vadis? Bis 2024 wichtige Rolle der Löhne für die Inflation zu erwarten

Für die zweite Jahreshälfte 2023 und das Jahr 2024 wird mit einer anhaltend hohen Rolle der Löhne für die Inflation gerechnet. Das Lohnwachstum wird sich aufgrund der verzögerten Anpassung der Löhne an die Inflation weiter beschleunigen. Das Tariflohnwachstum hat im ersten Halbjahr 2023 deutlich zugenommen und fiel mit 7,2 % doppelt so hoch aus wie im Jahr 2022 (3,5 %). Für das zweite Halbjahr 2023 ist auf Basis der bereits vorliegenden Lohnabschlüsse ein Tariflohnwachstum von 8,2 % erwarten. Auch für 2024 ist von im historischen Vergleich hohen Lohnabschlüssen auszugehen. Darüber hinaus kann aufgrund der aktuellen Arbeitskräfteknappheit erwartet werden, dass viele Unternehmen ihre Beschäftigung trotz der aktuell schwachen Geschäftslage halten werden, was die Lohnstückkosten weiter treibt.

Ein weiterer Kostenfaktor ist der Umstand, dass sich erforderliche Ersatzinvestitionen zur Erhaltung des Kapitalstocks (Abschreibungen) aufgrund der hohen Inflation empfindlich verteuern. Die Gewinne werden dadurch unter Druck kommen.

Der importseitige Preisdruck wird sich aufgrund der schwachen internationalen Konjunktur weiter abschwächen und die Inflation dämpfen. Das genaue Ausmaß der Inflationsentwicklung hängt jedoch entscheidend von der weiteren Entwicklung der Zweitrundeneffekte ab. Für einen schnellen Rückgang der Inflation sind sowohl Augenmaß bei den Lohnverhandlungen wie auch eine moderate Entwicklung der Gewinnspannen entscheidende Faktoren.

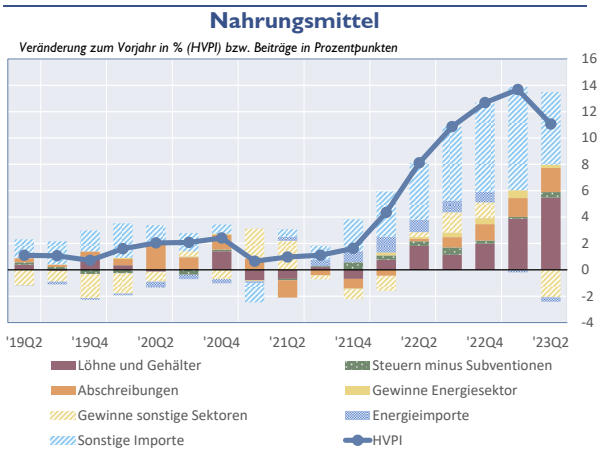
Etwas mehr Detail: Unterschiedliche Preisentwicklungen zwischen Konsumgruppen in erster Linie durch Importgehalt erklärbar

Grafik 2 zeigt die Inflationsbeträge der vier Sonderaggregate Nahrungsmittel, nicht-energetische Industriegüter, Energie und Dienstleistungen. Die überwiegend durch Energieimporte bestimmte *Energieinflation* hat zur Jahresmitte 2022 ihren Höhepunkt erreicht und ist seitdem stark rückläufig. Die im Dezember 2022 in Kraft getretene Strompreisbremse dämpft die Energieinflation um rund 15 Prozentpunkte.

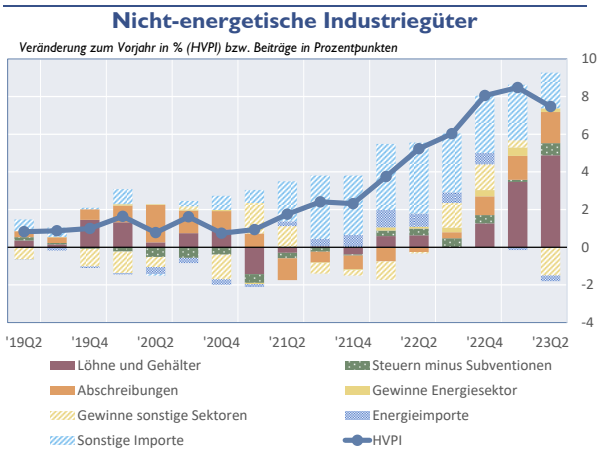
Die *Nahrungsmittelinflation* und die Inflation für *Industriegüter ohne Energie* wurden ebenfalls von den jeweiligen Importen getrieben. Der importseitige Preisdruck schwächt sich zwar bereits ab, ist aber noch höher als bei den Konsumausgaben für Energie. Dazu kommt, dass heimische Kostenkomponenten – in erster Linie Löhne – eine stärkere Rolle als im Energiebereich spielen. Daher ist die Inflation in diesen Bereichen persistenter.

Die *Dienstleistungsinflation* weist ein gänzlich anderes Profil und eine andere Struktur auf. Importe spielen nur eine untergeordnete Rolle. Im Vergleich zur Gesamtinflation ist die Dienstleistungsinflation niedriger und etwas verzögert. Ihre Zusammensetzung war wesentlich stärker von der Pandemie betroffen als die der anderen Sonderaggregate. Dies zeigt sich in den Gewinnbeiträgen des Nichtenergiesektors, die aufgrund von starken Nachholeffekten rund um den Jahreswechsel 2022/23 inflationstreibend wirkten. So waren im ersten Quartal 2023 die Gewinne im Beherbergungs- und Gastronomiebereich der wichtigste Treiber und erklärten mehr als die Hälfte der Dienstleistungsinflation von 7,6 %. Im zweiten Quartal 2023 schwächten sich die Gewinnbeiträge ab. Die Löhne spielten im Jahr 2022 keine maßgebliche Rolle für die Dienstleistungsinflation. Im ersten Halbjahr 2023 waren jedoch stark steigende Lohnbeiträge zu beobachten.

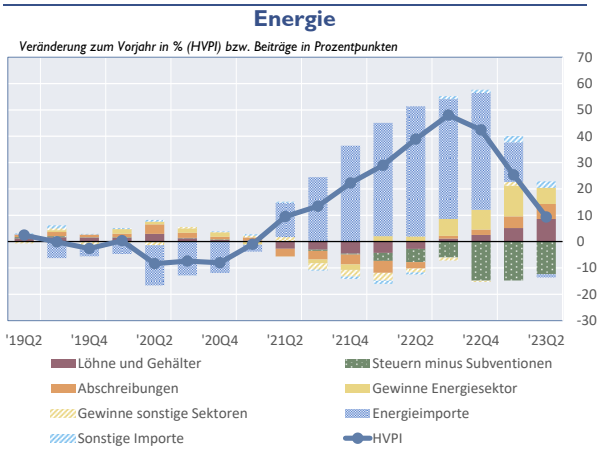
HVPI-Sonderaggregate unterscheiden sich deutlich in der Zusammensetzung der Inflation



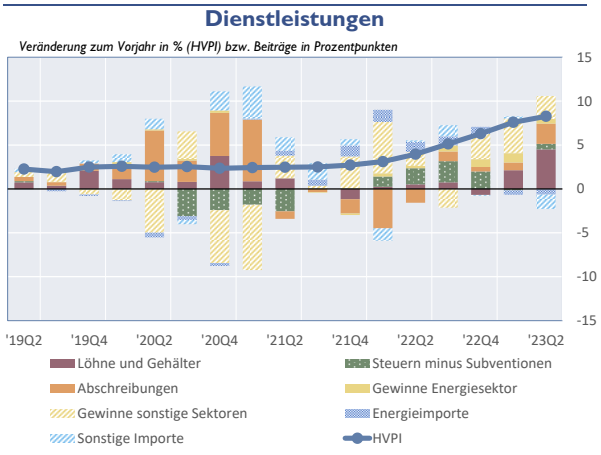
Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen OeNB.



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen OeNB.



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen OeNB.



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen OeNB.

Inflationseffekte des August-Maßnahmenpaketes der Regierung[12]

Am 30. August 2023 hat die österreichische Bundesregierung ein weiteres Paket zur Abfederung der Inflationseffekte für Haushalte vorgestellt. Zentrale Maßnahmen betreffen die Begrenzung des Anstieges bestimmter Mieten („Mietpreisdeckel"), die Abfederung des Anstieges bei Gemeindegebühren („Gebührenbremse") sowie das Einfrieren bestimmter Preise für öffentliche Dienstleistungen (Klimaticket, Autobahnvignette). In der Gesamtbetrachtung erzielt das aktuelle Maßnahmenpaket nur geringe direkte Inflationswirkungen und führt vorrangig zu einer Glättung der inflationsbedingten Indexierung über die kommenden Jahre (Ausgestaltung Mietpreisdeckel, Gebührenbremse). Fiskalisch ergeben sich ebenfalls nur geringe Kosten, die hauptsächlich aus dem Zweckzuschuss für die Gemeinden resultieren.

Maßnahmenüberblick

Das am 30. August 2023 präsentierte Entlastungspaket der Bundesregierung besteht aus drei Maßnahmen: Der Implementierung eines „Mietpreisdeckel", einer „Gebührenbremse" auf Gemeindeebene (zusätzlich zum bereits 2022 erfolgten Gebührenstopp auf Bundesebene), sowie dem Beibehalten der Preise für Autobahnvignette und Klimaticket für das Jahr 2024.

Die gesamten fiskalischen Kosten betragen knapp 200 Mio EUR. Der größte Budgetposten ist die Gebührenbremse für Müll-/Abwasser- und Wassergebühren, die etwa 2/3 der gesamten Gemeindegebühren ausmachen. In diesem Betrag unberücksichtigt bleiben die Einnahmenausfälle des öffentlichen Sektors durch den Mietpreisdeckel für bspw. Gemeindewohnungen (etwa 50 Mio EUR), da es sich hierbei um theoretische Kosten handelt die bei typischerweise bei ausgelagerten Einheiten (etwa „Wiener Wohnen") anfallen und ggf. über Rücklagen bedeckt werden können.

Tabelle 1

Maßnahmenpaket August 2023

Maßnahme	Zeitraum	Fiskalische Kosten	Inflationseffekt (gesamt, HVPI)
Mietpreisdeckel	2024-2026	EUR 50 Mio.°	-0,3pp
Gebührenbremse	2024	EUR 150 Mio.	-0,1pp
Vignette	2024	EUR 46 Mio.	< -0,01pp
Klimaticket*	2024	-	-

° Theoretischer Einnahmenausfall Bundes-/Gemeindewohnungen, nicht im Sektor Staat
* Bereits vor Ankündigung keine Erhöhung für 2024 geplant, erstmalige Valorisierung erst 2025

[12] Autoren: Friedrich Fritzer, Mathias Moser, Doris Prammer (Referat Konjunktur).

Effekte des „Mietpreisdeckels“

Vom sogenannten „Mietpreisdeckel“ sollen neben Wohnungen mit Kategorie- und Richtwertmieten auch geförderte Gemeindewohnungen und Genossenschaftswohnungen erfasst sein. Die Regierung geht davon aus, dass etwa drei Viertel aller Mietverhältnisse von dieser Regelung betroffen sind. Die Anpassung an die Inflationsentwicklung soll nunmehr jährlich stattfinden. Die Deckelung der Mieterhöhung wird mit max. 5% p.a. festgesetzt und gilt für den Zeitraum 2024-2026.

Bisher wurden Kategoriemieten[13] angepasst, sobald die die Inflationsrate seit der letzten Erhöhung 5% überschritten hat. Die Anpassung der Richtwertmieten erfolgte auf Basis der Kundmachung des Justizministeriums alle 2 Jahre am 1. April eines ungeraden Jahres. Grundlage waren die kumulierten Inflationsraten der vergangenen 2 Jahre.[14] Bei Mietverträgen im genossenschaftlichen Wohnbau (39% aller Mietverhältnisse) gilt ein Kostendeckungsprinzip, allerdings können bestimmte Kosten indexiert werden (Grundmiete, Erhaltungs- und Verbesserungsbeitrag).[15] Diese Erhöhung erfolgte bisher am 1.April eines geraden Jahres. Die nächste Erhöhung nach bisher geltender Regelung würde also in Genossenschaftswohnungen 2024, bei Richtwertmieten 2025 stattfinden.

Nach dem Initiativantrag der Regierung soll die Anpassung der Mietzinsen nun jährlich mit Stichtag 1.April erfolgen. Für die Jahre 2024-2026 soll die Anpassung mit der Inflationsrate des Vorjahres erfolgen, wobei die maximale Erhöhung mit 5% gedeckelt ist. Ab 2027 soll ein gewichteter Durchschnitt der vorangegangenen 3 Jahre als Anpassungsgröße herangezogen werden. Sollte die durchschnittliche Inflationsrate 5% übersteigen, wird nur die Hälfte der Überschreitung berücksichtigt (Bsp: durchschnittliche Inflationsrate 2024-2026: 5,6% → Anpassung 2027: 5,3%) Diese Regelungen sollen für die bevorstehenden Anpassungen bei Genossenschaftsmieten 2024 bzw. bei Richtwertmieten 2025 (auch nach altem System keine Anpassung 2024) angewandt werden.

Durch die neue Regelung kommt es zu einer Glättung der Mietzinsanpassungen: es erfolgt eine geringere Erhöhung jährlich statt einer deutlichen Erhöhung alle 2 Jahre. Ebenso verlieren vorübergehend hohe Inflationsraten durch Verwendung eines Durchschnittswerts ab 2027 pro Jahr Bedeutung; allerdings bleiben die hohen Raten länger sichtbar.

Mietverhältnisse am „freien Wohnungsmarkt“, die etwa 25% der Mietverhältnisse entsprechen, sind von diesen Änderungen nicht erfasst. Ebenso sind bei Genossenschaftswohnungen nicht alle Mietbestandteile abgedeckt. So sind beispielsweise Mieterhöhungen, die im vergangenen Jahr speziell durch die Zinssteigerungen aus variablen Darlehen getrieben wurden, nicht erfasst.

---

[13] Auf Kategorie- und Richtwertmieten entfallen zusammen etwa 30% aller Mietverhältnisse. Der Anteil der Kategoriemieten wird nicht separat im Mikrozensus erhoben. Berechnungen von Statistik Austria zufolge liegt dieser zwischen 3% (Mikrozensus 2020) und 8% (Mikrozensus 2022) aller Mietverhältnisse.

[14] Bisher wurde für die Anpassung des Richtwertes des Jahres t folgende Berechnung vorgenommen: Prozentuelle Anpassung des Richtwerts = (Durchschnittlicher VPI-Index$_{(t-3)}$-Durchschnittlicher VPI-Index$_{(t-1)}$/Durchschnittlicher VPI-Index$_{(t-3)}$)

[15] Für die Berechnung der Inflationseffekte wurde die gesamte Miete im genossenschaftlichen Wohnbau herangezogen, da Detaildaten zur Aufteilung in indexierbare Kosten und bspw. Kredittilgung nicht verfügbar sind. Die Inflationseffekte sind somit als Obergrenzen zu interpretieren.

Die Effekte des Mietpreisdeckels auf die Inflation sind gering. Die mit dem OeNB-Prognosemodell berechneten Effekte belaufen sich für den HVPI (VPI) 2024 auf: -0,2 (-0,3) Prozentpunkte, 2025: -0,1 (-0,1) Prozentpunkte. Dies ist (auch) auf das geringe Gewicht von Mieten im Warenkorb zurückzuführen: es beträgt im HVPI: 4,7% im VPI: 5,5%.

Effekte der „Gebührenbremse“

Der Anstieg einiger Gemeindegebühren soll für das Jahr 2024 ausgesetzt und die finanziellen Folgen für die Gemeinden abgefedert werden („Gebührenbremse“). Hierfür werden im Zuge des Finanzausgleichs Zweckzuschüsse von zusätzlich 150 Mio. EUR an finanziellen Mitteln für die Gemeinden bereitgestellt.

Erfasst sind ausschließlich Müll-, Abwasser- und Wassergebühren - andere Gebühren (bspw. Parkometerabgabe) werden laut Gesetzestext nicht berücksichtigt. Die genannten Gebühren würden am 1.1.2024 näherungsweise mit einem Referenzwert von 8,5% valorisiert werden.[16] Der hierdurch entstehende Einnahmenausfall wäre grosso modo durch die bereitgestellten Mittel abgedeckt.[17]

Bei den Gemeinden verbleibt ein Ermessensspielraum ob mit diesen Mitteln (a) die Gebührenerhöhung aus- bzw. niedriger angesetzt wird oder (b) die volle Gebührenerhöhung bei gleichzeitiger Kompensation durch Transfers zu Tragen kommt. Dies ist speziell für die nächstfolgende Valorisierung (1.1.2025) relevant, da bei Variante (b) ein höherer Ausgangswert zur Anwendung kommt.

Müll-, Abwasser- und Wassergebühren haben im HVPI-Warenkorb 2023 ein Gewicht von 0,658%. Ein Verzicht auf die Valorisierung der genannten Gebühren um 8,5% mit Beginn nächsten Jahres würde die HVPI-Inflation um maximal 0,1 Prozentpunkte dämpfen. Die in Medien kolportierten dämpfenden Inflationseffekte von bis zu einem Prozentpunkt („Die Presse“ vom 30.8.2023; Felbermayr) könnten nur dann zustandekommen, wenn sowohl sämtliche Gemeindegebühren als auch die im Einflußbereich der Gemeinde stehenden Tarife (z.B. Tarife für den öffentlichen Verkehr, Benutzungsentgelte für Sportanlagen usw.) von einer Valorisierung ausgenommen würden.

Sonstige Maßnahmen

Im Rahmen der Präsentation des August-Paketes wurden ebenfalls zwei kleinere Maßnahmen präsentiert: Die Autobahnvignette sowie das Klimaticket sollen 2024 nicht preisangepasst werden.

Fiskalisch entsteht im Fall der Vignette ein theoretischer Einnahmenausfall (unterdurchschnittliche Entwicklung ASFINAG Dividende) von knapp 46 Mio EUR. Beim Klimaticket gibt es hingegen keinen Einnahmenausfall, da die erste Valorisierung laut

[16] Die Preisanpassung der Gemeindegebühren erfolgt nicht ausschließlich auf der Basis des VPI und ist auch nicht durchgehend automatisch. Zudem basiert die Indexanpassung in den Gemeinden auf unterschiedlichen Referenzzeiträumen. Aus diesem Grund wird hier die Annahme der Gebührenvalorisierung mit der VPI-Inflationsrate des Jahres 2022 (8,5%) vorgenommen.

[17] Dies ist unter anderem davon abhängig wie viele Gemeinden 2024 überhaupt planmäßig ihre Gebühren anheben. Eine erste Einschätzung des KDZ (Zentrum für Verwaltungsforschung) hingegen ergibt, dass die Kosten für ein Einfrieren der Gebühren mind. 220 Mio EUR betragen.

Klimaticketgesetz ohnehin erst 2025 erfolgen würde. Unklar ist derzeit ob die regionalen Klimatickets (Verkehrsverbünde) von der Preisfixierung erfasst werden.

Die Autobahnvignette wäre im Jahr 2024 um 8,6% (im Ausmaß der HVPI-Inflation des Jahres 2022) angehoben worden. Die Inflationseffekte für das Jahr 2024 sind aufgrund des geringen Gewichts der Mautgebühren im HVPI/VPI gering (weniger als 0,01pp, siehe Tabelle 1).

BRICS Gipfel 2023 – Eine geopolitische Betrachtung[18]

Die BRICS-Gruppe (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) repräsentieren rd. 42% der Weltbevölkerung und 23% der weltweiten Wirtschaftsleistung (kaufkraftbereinigt rd. 31,5%) und verstehen sich als Sprachrohr der Entwicklungs- und Schwellenländer bzw. des ‚Globalen Südens'. Auf dieser Basis positionieren sie sich als Gegengewicht zu den G7 und fordern mehr Repräsentanz und Mitsprache in internationalen Foren und Organisationen, wie dem IWF oder dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

Beim 15. BRICS-Gipfel vom 22.-24. August in Johannesburg, Südafrika standen insbesondere die Themen der Erweiterung der Gruppe und De-Dollarization auf der Agenda. Mit der Aufnahme von Ägypten, Argentinien, Äthiopien, Iran, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten per 1. Januar 2024 wurde ein starkes Zeichen für die Verfolgung der erklärten Ziele gesetzt. Das BRICS-Plus Bündnis wird somit 11 Staaten und rd. 46% der Weltbevölkerung bzw. rd. 29% der globalen Wirtschaftsleistung repräsentieren. Während die Einführung einer BRICS-Währung ein Langzeitprojekt bleibt, werden der zwischenstaatliche Handel und die Finanztransaktionen in BRICS-Währungen forciert. Weiters wird die Schaffung eines eigenen Bezahlsystems geprüft.

Die BRICS-Gruppe

Die BRICS sind ein Zusammenschluss der Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika. 2010 wurde die seit 2006 formell bestehende BRIC-Gruppierung um Südafrika erweitert. Heute repräsentieren die BRICS rd. 42% der Weltbevölkerung und knapp ein Viertel der weltweiten Wirtschaftsleistung (vergleichbar mit USA; im Vergleich G7: rd. 41%) sowie rd. 18% des globalen Handels.[19]

Auf dieser Basis streben die BRICS nach einer Umgestaltung der vom ‚Westen' dominierten globalen Ordnung und der darunterliegenden politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Architektur, hin zu mehr Ausgewogenheit, fairerer Repräsentanz und Mitsprache, womit sich die BRICS-Staaten als Vorkämpfer und Sprachrohr der Entwicklungs- und Schwellenländer bzw. des ‚Globalen Südens' positionieren. Dies soll durch 1) (sicherheits-) politische-, 2) finanzielle und wirtschaftliche- sowie 3) kulturelle und zwischenmenschliche Zusammenarbeit auf der Basis von Multilateralismus und der Achtung des Völkerrechts erzielt werden.[20]

BRICS-Gipfel 2023

Dieses Anliegen wurde auf dem 15. BRICS-Gipfel, der von 22.-24. August in Johannesburg, Südafrika stattfand, verfolgt. Neben den BRICS-Staaten nahmen u.a. Staatsoberhäupter von rd. 50 Staaten, darunter rd. 30 afrikanischer Staaten teil. Einen prominenten Unterstützer fand die Zielsetzung des Gipfels zudem im Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres. Er forderte Reformen insbesondere im Hinblick auf den Sicherheitsrat der VN, die Weltbank und

[18] Autor: Felix Müller (Praktikant, Abteilung für EU- und internationale Angelegenheiten).

[19] Vgl. BRICS, a rising economic force (Partha Ray, Parthapratim Pal, BusinessLine) (infodesk.com); Evolution of BRICS - BRICS 2023

[20] Vgl. Evolution of BRICS - BRICS 2023

den IWF. Dazu sagte er: *„Today's global governance structures reflect yesterday's world […] this is particularly true of the Security Council of the United Nations and the Bretton Woods institutions."*[21]

Neben der verstärkten Kooperation in den verschiedensten Bereichen standen insbesondere die Themen der Erweiterung und *De-Dollarization* auf der Agenda.

Erweiterung – „BRICS Plus"

Ein starkes Zeichen für die weitere Verfolgung der globalen Anliegen der BRICS-Gruppe wurde mit der Bekanntgabe der Aufnahme von Ägypten, Argentinien, Äthiopien, Iran, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten per 1. Januar 2024 gesetzt. Damit umfasst das BRICS-Plus Bündnis zukünftig 11 Mitgliedstaaten sowie rd. 46% der Weltbevölkerung und rd. 29% der globalen Wirtschaftsleistung.

Gemeinsam ist den neuen Mitgliedern ihre jeweilige regionale Schlüsselrolle. Mit Ausnahme Argentiniens werden alle neuen Mitglieder von Freedom House[22] als „unfrei" bzw. autoritär eingestuft. Was dem Zusammenschluss neben der verstärkten Konzentration auf fossile Energien eine zunehmend anti-demokratische, anti-liberale und anti-westliche Dynamik bringt.

VAE und Saudi-Arabien[23]: Die wirtschaftliche Schlagkraft der VAE und Saudi-Arabiens können als entscheidend für die Weiterentwicklung der BRICS New Development Bank (siehe unten) sowie zur Loslösung des US-bestimmten Finanzsystems betrachtet werden. Im Gegenzug können die beiden Länder ihre Wirtschaft diversifizieren, ohne sich Menschenrechtsfragen stellen zu müssen.

Iran: Die Aufnahme Irans kann als Erfolg Russlands betrachtet werden. Zudem wird der gescheiterte Versuch der USA und des ‚Westens' das sanktionsgebeutelte Land international zu isolieren, verdeutlicht. Darüber hinaus findet der ‚Westen' als Feindbild mehr Niederschlag in der Gruppe.[24]

Ägypten: Anders nimmt Ägypten, das stabile Beziehungen zu den USA, Russland und China hegt, wohl eine neutralere Rolle ein. Die krisenbedingte Dollar-Knappheit hat das Land hart getroffen (Abfluss Finanzmittel, Inflation, Währungsabwertung sowie Getreide- und Kraftstoffknappheit). Neben erhöhten Inlandsinvestitionen scheint daher eine Abkopplung des USD innerhalb der BRICS-Plus für das Land als vorteilhaft.

Äthiopien: Die Aufnahme Äthiopiens kann als Überraschung gewertet werden und könnte auf die Forderung Südafrikas, den Fokus auf Afrika zu legen, zurückgeführt werden.

Argentinien: Als einzige funktionierende Demokratie unter den neuen Mitgliedern ist die Aufnahme Argentiniens wohl auf Anstrengungen Brasiliens zurückzuführen. Eine klug angelegte Mitgliedschaft könnte das von hohen Schulden, Armut und Inflation geplagte Land konsolidieren. Hier werden zukünftige Entwicklungen speziell im Hinblick auf die umfangreichen IWF-Kreditprogramme sowie die Beziehung zu den USA spannend zu beobachten sein.

Innerhalb der BRICS haben sich Russland und China am stärksten für eine Erweiterung eingesetzt. Während Russland damit seiner internationalen Isolierung entgegentreten kann, strebt China danach, so seinen globalen Einfluss zu verstärken bzw. auf seine globale Führungsrolle

[21] UN's Guterres: today's global governance structures reflect yesterday's world (Reuters) (infodesk.com)

[22] Freedom House ist eine internationale NGO mit Sitz in Washington D.C. Ihr Ziel ist es, liberale Demokratien zu fördern. Zu ihren jährlichen Publikationen zählen die Berichte *Freedom in the World* sowie *Freedom of the Press*.

[23] Vgl. Here Are Some Key Nations Seeking to Join the Alternative Global Bloc (NYT) (infodesk.com)

[24] Vgl. Putsch, Sechser-Erweiterung, Die Presse, 25.08.2023, S.3.

hinzuarbeiten.[25] Während Südafrika eine afrikanische Erweiterungspolitik verfolgte, zeigten sich Brasilien und Indien eher zurückhaltend. Während Brasilien wohl um schwindenden Einfluss in der Gruppe fürchtet, versucht Indien den Führungsanspruch Chinas klein zu halten. Beide Länder unterhalten zudem gute Beziehungen zu den führenden (westlichen) Industrienationen.[26] Zu folgen ist daher wohl dem Schluss, dass vor allem China durch die Erweiterung profitiert. Dies gilt auch im Hinblick auf den andauernden Handelskrieg mit den USA. Weiters ist naheliegend, dass die angestrebte *De-Dollarization* hauptsächlich dem Renminbi zugutekommt, da andere BRICS-Währungen zu volatil und die von Russland anvisierte, durch Gold gedeckte Handelswährung vom Tisch zu sein scheint.[27]

Neben der Aufnahme der sechs neuen Mitglieder wurden die generellen Aufnahmekriterien präzisiert und somit die Weichen für weitere Mitgliederaufnahmen gestellt. Der nächste BRICS-Plus Gipfel wird 2024 in Russland stattfinden. Nachdem Russland Medienanalysen zufolge bereits beim diesjährigen Gipfel intensiv um eine Aufnahme Belarus geworben hat,[28] erscheint eine Aufnahme des Landes bei dieser Gelegenheit als gut vorstellbar.

De-Dollarization

Entlang der Positionierung der BRICS bzw. BRICS-Plus als Gegenpol zu den G7, ist die Hinwendung zur verstärkten Unabhängigkeit vom USD eine logische Konsequenz und ein erklärtes wirtschaftspolitisches Ziel des Bündnisses.

Bis dato macht der USD rd. 60% der gesamten globalen Reservewährungen aus. Rd. 20% stellt der EUR. Dann folgen der Japanische Yen und das Britische Pfund. Der Renminbi stellt rd. 3%. Auch werden rd. 85% der einseitigen Devisenmarktgeschäfte in Dollar abgewickelt. Eine verstärkte Unabhängigkeit vom USD erscheint vor diesem Hintergrund als ebenso verständlich wie schwer durchführbar.[29]

Während die Idee einer eigenen BRICS-Währung in relevanten Berichterstattungen immer wieder Niederschlag findet, stellt dies allenfalls ein Langzeitprojekt dar und war formal nicht auf der Agenda.[30] Um der Abhängigkeit des Dollars entgegenzutreten, wird daher vorerst versucht den zwischenstaatlichen Handel und die Finanztranskationen in BRICS-Währungen abzuwickeln.[31] Auf lange Sicht haben sich die BRICS-Staaten dazu verpflichtet die Schaffung einer neuen Zahlungswährung („new currency of payments“) und eines eigenem Bezahlsystems zu prüfen.[32]

---

[25] Dieser Aspekt sollte im Kontext Chinas *Global Development Initiative*, *Global Security* und *Global Civilisation Initiative* betrachtet werden (siehe: China's blueprint for an alternative world order (FT) (infodesk.com)).

[26] Vgl. BRICS leaders weigh expansion criteria with bloc's future in balance (Reuters) (infodesk.com); A meeting of the BRICS nations has attracted global interest not seen in years (NYT) (infodesk.com)

[27] Vgl. Putsch, Sechser-Erweiterung, Die Presse, 25.08.2023, S.3.

[28] Siehe etwa: Brics-Gipfel in Südafrika: Putin-Rede wird von anderer Stimme gesprochen; Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika: Warum die Brics-Staaten weitere Länder aufnehmen wollen | Handelszeitung.

[29] Vgl. ECB: The international role of the euro. June 2023

[30] Vgl. BRICS to Focus on Reducing Dollar Reliance, South African Deputy President Says (Bloomberg) (infodesk.com)

[31] Vgl. BRICS leaders weigh expansion criteria with bloc's future in balance (Reuters) (infodesk.com)

[32] Vgl. Interest from countries to join BRICS shows its relevance, Lula says (Reuters) (infodesk.com); BRICS Chair President Cyril Ramaphosa's Media Briefing Remarks announcing the outcomes of the XV BRICS Summit, 24 August 2023 - DIRCO; BRICS-Erweiterung: Versuch einer neuen Weltordnung - news.ORF.at

BRICS New Development Bank – Eine Alternative zur Weltbank

Dem Schema der BRICS als Gegenpol zu den G7 sowie den Versuchen der Entkopplung vom USD folgend, tritt die New Development Bank (NDB) der BRICS als Alternative zur Weltbank in Erscheinung und verleiht dem Bündnis eine „operative Grundlage“[33]. 2014, parallel zum BRICS' Contingent Reserve Arrangement (CRA)[34] gegründet, traten 2021 Bangladesch und die VAE, im Februar 2023 Ägypten bei. Uruguays Mitgliedschaft wurde genehmigt, aber noch nicht vollzogen. Die NDB verfügt über ein genehmigtes Anfangskapital von 100 Mrd USD. Das gezeichnete Anfangskapital betrug 50 Mrd USD, was 10 Mrd USD pro Gründungsmitglied entsprach. Bis dato haben Bangladesch rd. 900 Mio USD, Ägypten rd. 1,2 Mrd USD und die VAE rd. 550 Mio USD eingezahlt.[35]

Seit ihrer Gründung hat die NDB Kredite iHv. rd. 30 Mrd USD für Infrastruktur und nachhaltige Entwicklungsprojekte der BRICS-Staaten ausgeschüttet. Wobei im Kontext der Sanktionen sämtliche Projekte in Russland eingefroren werden mussten. Als entscheidender Unterschied zu den Bretton-Woods Institutionen lehnt die NDB den Aspekt der Projektkonditionalität entschieden ab. Mit dem erklärten Ziel eine Institution von Entwicklungsländern für Entwicklungsländer zu sein, plant die NDB 15 neue Länder aufzunehmen, wobei ein Beitritt von vier bis fünf neuen Mitgliedern schon bald erfolgen soll. Neben der institutionellen Alternative zur ‚westlich'-dominierten Weltbank versucht die NDB auch eine systemische Alternative zum Dollar-basierten Finanzsystem zu forcieren. Vorerst, indem Kredite verstärkt in Währungen der Mitgliedsländer vergeben werden. Für 2023 beraumt sich das erklärte Ziel darauf, rd. 30% der Kredite in lokalen Währungen auszuschütten.[36]

Als Detail sei erwähnt, dass die NDB seit März 2023 von der brasilianischen Ex-Präsidentin (2011-2016) Dilma Rousseff geführt wird, die nach Korruptionsvorwürfen abgesetzt worden war. Zudem schlitterte Brasilien unter ihrer Führung in eine der schwersten Rezessionen der letzten 20 Jahre.[37]

In medialen Analysen wird entschieden betont, dass der NDB bspw. im Vergleich zu bilateralen Darlehen Chinas oder der Kreditvergabeaktivität der Weltbank (rd. 100 Mrd. USD allein 2022) eine unbedeutende Rolle zukommt.

Geopolitische Einordnung – ein neuer Kalter Krieg?

Das Gespenst einer Fragmentierung der Welt, verhärteter Fronten geht um: Die De-globalisierung, der russische Angriffskrieg in der Ukraine, die westliche Sanktionspolitik, der Handelskrieg zwischen USA-China uvm. führt zum Scharen von Verbündeten, wie nach dem Camp-David-Gipfel[38] (USA, Japan, Südkorea) nun am BRICS-Gipfel zu beobachten ist.

In diesem geopolitischen Kontext werden die Erweiterungspolitik und wirtschaftspolitische Zielsetzung der BRICS-Plus fallweise als Vorankündigung eines neuen Kalten Krieges interpretiert, indem zwei inkompatible Systeme (‚Globaler Süden' und ‚Westen') aufeinanderprallen. Zur Gefahr der globalen Fragmentierung hat sich kürzlich auch IMF-MD

[33] Busch, BRICS, Handelsblatt, 24.08.2023, S. 9.

[34] Währungsswapfazilität mit Kapazität iHv. 100 Mrd. USD.

[35] Vgl. Shareholding - New Development Bank (ndb.int)

[36] Vgl. Brics bank strives to reduce reliance on the dollar (FT) (infodesk.com)

[37] Vgl. Busch, BRICS, Handelsblatt, 24.08.2023, S. 9.

[38] Siehe: The Camp David summit signals a new cold war – this time with China (The Observer) (infodesk.com)

Kristalina Georgiewa geäußert, indem sie vor der Unterdrückung, Überwachung und Knappheit des Lebens in Bulgarien zur Zeit des Kalten Krieg warnt.[39]

Die Situation scheint differenzierter. So werden bei den BRICS insbesondere die Unterschiede, Rivalität (z.B. Grenzstreitigkeiten zwischen Indien und China) und das fehlende Vertrauen untereinander betont. Was den bestehenden Entscheidungsprozess unter Einstimmigkeit hemmt. Ein Zustand, der sich mit der Vergrößerung um die genannten sechs Länder wohl kaum verbessern wird.[40]

Gerade diese Probleme der Diversität, Rivalität und des fehlenden Vertrauens innerhalb der BRICS+ sowie die weiterhin bestehenden jeweiligen bilateralen Beziehungen der einzelnen Mitgliedsländer zum ‚Westen' werden in offiziellen Reaktionen betont. Auch zeigt bspw. Deutschland Verständnis für mehr Mitsprache unterrepräsentierter Länder auf der internationalen Bühne. Mahnt jedoch ebenso, sich gut zu überlegen, welche Partnerschaften kompatibel zu den eigenen Werten und Interessen stehen. Ähnlich verläuft die Reaktion der USA, die auf die souveräne Entscheidung der Länder verweist, Partnerschaften einzugehen. [41]

Weiters könnte das Anliegen der BRICS-Gruppe, vor allem angesichts der Erweiterung, zu mehr Gewicht auf der internationalen Bühne insbesondere im Hinblick auf die kommende 16. Quotenreform des IWF relevant werden. Die offizielle Deklaration des 15. BRICS-Gipfels formuliert die Erwartungshaltung in einem eigenen Absatz, im Wortlaut wie folgt: *„[…] Any adjustment in quota shares should result in increases in the quota shares of emerging markets and developing economies (EMDCs), while protecting the voice and representation of the poorest members. We call for reform of the Bretton Woods institutions, including for a greater role for emerging markets and developing countries, including in leadership positions in the Bretton Woods institutions, that reflect the role of EMDCs in the world economy."* [42]

In diesem Sinne bleibt abzuwarten, ob sich die Fronten zwischen dem ‚Globalen Süden' und dem ‚Westen', jeweils repräsentiert durch BRICS-Plus und die G7 sowie angeführt durch China und die USA, auf mehr Kompromiss einigen können.

Literaturhinweise

Alan Beattie: The Brics don't stack up as a committee to run the world. In: FT.com. Online: IMF News Report, 24.8.2023.

Alexander Busch: BRICS. Umstrittene Politikerin soll finanzielle Kraft entfalten. In: Handelsblatt, 24.08.2023, S. 9.

Arijit Ghosh: BRICS to Focus on Reducing Dollar Reliance, South African Deputy President Says. In: Bloomberg. Online: IMF News Report, 22.8.2023.

Carien du Plessis/Krishn Kaushik: BRICS leaders weigh expansion criteria with bloc's future in balance. In: Reuters. Online: IMF News Report, 23.8.2023.

Christian Putsch: Die Sechser-Erweiterung der Brics-Gruppe. In: Die Presse, 25.08.2023, S.3.

Claudia Bröll: Sechs neue Staaten für die BRICS-Gruppe. In: FAZ, 24.8.2023.

[39] Vgl. IMF chief cites her life behind Iron Curtain in warning of new Cold War (Washington Post) (infodesk.com)

[40] Vgl. The Brics don't stack up as a committee to run the world (Alan Beattie, FT) (infodesk.com)

[41] Vgl. BRICS-Erweiterung: Versuch einer neuen Weltordnung - news.ORF.at

[42] XV BRICS Summit Johannesburg II Declaration BRICS and Africa: Partnership for Mutually Accelerated Growth, Sustainable Development and Inclusive Multilateralism Sandton, Gauteng, South Africa Wednesday 23 August 2023, S.3.

David J. Lynch: IMF chief cites her life behind Iron Curtain in warning of new Cold War. In: Washington Post. Online: IMF News Report, 20.8.2023.

ECB: The international role of the euro. June 2023

Home - BRICS 2023

Home - New Development Bank (ndb.int)

Lynsey Chutel: A meeting of the BRICS nations has attracted global interest not seen in years. In: NYTimes.com. Online: IMF News Report, 22.8.2023.

Michael Stott: Brics bank strives to reduce reliance on the dollar. In: FT.com. Online: IMF News Report, 22.8.2023.

ORF: BRICS-Erweiterung. Versuch einer neuen Weltordnung. 24.8.2023.

Partha Ray/Parthapratim Pal: BRICS, a rising economic force. In: IMF News Report, 23.8.2023.

Präsident Cyril Ramaphosa: Medien Briefing. 24.8.2023.

Reuters: Interest from countries to join BRICS shows its relevance, Lula says. In: IMF News Report, 24.8.2023.

Reuters: UN's Guterres: today's global governance structures reflect yesterday's world. In: IMF News Report, 24.8.2023.

Vivian Yee et al.: Here Are Some Key Nations Seeking to Join the Alternative Global Bloc. In: The New York Times, S.8. Online: IMF News Report, 24.8.2023.

XV BRICS Summit: Johannesburg II Declaration. BRICS and Africa. Partnership for Mutually Accelerated Growth, Sustainable Development and Inclusive Multilateralism.

Annex

Chronik der geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats der Jahre 2022 und 2023[43]

Datum der Bekanntgabe	**Geldpolitische Maßnahmen und relevante Ereignisse[44]**
14. September 2023	Der EZB-Rat beschließt, die drei Leitzinssätze der EZB um jeweils 25 Basispunkte anzuheben. Dementsprechend werden der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität mit Wirkung zum 20. September 2023 auf 4,50%, 4,75% bzw. 4,00% erhöht.
27. Juli 2023	Der EZB-Rat erhöht die drei Leitzinssätze der EZB um jeweils 25 Basispunkte. Dementsprechend werden der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität mit Wirkung zum 2. August 2023 auf 4,25%, 4,50% bzw. 3,75% angehoben. Zudem werden die Mindestreserven ab der am 20. September 2023 beginnenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode mit 0% verzinst. Durch diesen Beschluss wird die Geldpolitik effizienter, indem der insgesamt auf Reserven zu zahlende Zinsbetrag, der zur Umsetzung des angemessenen geldpolitischen Kurses erforderlich ist, reduziert wird.
15. Juni 2023	Der EZB-Rat hebt die drei Leitzinssätze der EZB um jeweils 25 Basispunkte an. Dementsprechend werden der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität mit Wirkung zum 21. Juni 2023 auf 4,00 %, 4,25 % bzw. 3,50 % erhöht. Weiters beschließt er, die Tilgungsbeträge aus dem APP ab Juli 2023 nicht weiter anzulegen: Bis Ende Juni 2023 werden die APP-Bestände monatlich im Durchschnitt um 15 Mrd EUR reduziert, danach werden keine Reinvestitionen mehr vorgenommen.
4. Mai 2023	Die Inflationsaussichten sind weiterhin zu hoch, und dies über einen zu langen Zeitraum, daher hebt der EZB-Rat die drei Leitzinssätze der EZB um jeweils 25 Basispunkte an. Dementsprechend werden der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität mit Wirkung zum 10. Mai 2023 auf 3,75%, 4,00% bzw. 3,25% steigen. Die EZB-Leitzinsen bleiben das wichtigste Instrument bei der Festlegung des geldpolitischen Kurses. Parallel dazu wird der EZB-Rat die Bestände aus dem Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) weiter verringern: Ab Juli 2023 werden die Tilgungsbeträge aus dem APP voraussichtlich nicht wieder angelegt werden. Die Phase der Reinvestitionen wird somit beendet und das APP-Portfolio wird langsam abschmelzen.
25. April 2023	Da sich die Refinanzierungsbedingungen in US-Dollar verbessert haben, beschließen die Bank of England, die Bank von Japan, die Europäische Zentralbank und die Schweizerische Nationalbank gemeinsam in Abstimmung mit der Federal Reserve, die Häufigkeit der liquiditätszuführenden Geschäfte in US-Dollar (mit einer Laufzeit von sieben Tagen) fortan wieder einmal pro Woche, statt täglich durchzuführen. Die Neuregelung tritt am 1. Mai 2023 in Kraft.

[43] Autorin: Claudia Kwapil (Referat Geldpolitik)

[44] Die hier in gekürzter Form zusammengefassten geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats sind auch als Pressemitteilungen sowohl in englischer als auch in deutscher Sprache im Internet verfügbar: Press releases by date (europa.eu)

21. April 2023	Per 1. Juli 2024 erweitert die EZB den Kreis der Berichtspflichtigen für die Geldmarktstatistik um 24 Banken (aktuell: 47 Banken). Damit soll die Repräsentativität der von der EZB veröffentlichten Daten zur Geldmarktstatistik erhöht werden. Die Geldmarktstatistik-Daten der neuen Berichtspflichtigen wird jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt in die Berechnung des €STR einfließen, um sicherzustellen, dass die neu gemeldeten Daten von hinreichend guter Qualität sind. Die Erweiterung des Berichtskreises wird die Robustheit und Zuverlässigkeit des Referenzzinssatzes weiter fördern.
23. März 2023	Die EZB legt erstmals klimabezogene Finanzinformationen offen. Diese enthalten Angaben zum CO_2-Fußabdruck ihrer Portfolios, zu Klimarisiken, denen die Portfolios ausgesetzt sind, sowie zu Governance, Strategie und Risikomanagement in Bezug auf Klimaaspekte. Die veröffentlichten Informationen zeigen, dass die im Rahmen des CSPP und des PEPP gehaltenen Unternehmensanleihen auf dem Weg der Dekarbonisierung sind. Obwohl die absoluten Treibhausgasemissionen der Portfolios in den letzten Jahren gestiegen sind, weil das Eurosystem mehr Wertpapiere für geldpolitische Zwecke erworben hat, ist die CO_2-Intensität der Emittenten nach und nach zurückgegangen. Zudem schichtet die EZB ihre Reinvestitionen zugunsten von Emittenten mit einer besseren Klimabilanz um.
19. März 2023	Die Bank of Canada, die Bank of England, die Bank von Japan, die Europäische Zentralbank, die Federal Reserve und die Schweizerische Nationalbank einigen sich auf eine koordinierte Aktion zur Stärkung der Liquiditätsversorgung in US-Dollar: US-Dollar-Liquiditätsswaps mit siebentägiger Laufzeit werden ab 20. März 2023 täglich statt wöchentlich durchgeführt. Dies soll mindestens bis Ende April 2023 fortgesetzt werden.
16. März 2023	Der EZB-Rat erhöht die drei Leitzinssätze der EZB um jeweils 50 Basispunkte. Dementsprechend werden der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität mit Wirkung zum 22. März 2023 auf 3,50%, 3,75% bzw. 3,00% angehoben. Die erhöhte Unsicherheit verdeutlicht einmal mehr, wie wichtig ein datengestützter Ansatz bei den Leitzinsbeschlüssen des EZB-Rats ist. Diese werden sich nach seiner Einschätzung der Inflationsaussichten vor dem Hintergrund der verfügbaren Wirtschafts- und Finanzdaten, der Entwicklung der zugrunde liegenden Inflation und der Stärke der geldpolitischen Transmission richten.
7. Februar 2023	Ab 1. Mai 2023 bildet der €STR abzüglich 20 Basispunkten die Obergrenze für die Verzinsung von Einlagen öffentlicher Haushalte sowie von Einlagen, die im Rahmen der Währungsreservenverwaltung des Eurosystems (ERMS) gehalten werden. Mit der stufenweisen Verringerung des Zinssatzes im Vergleich zum Beschluss vom 8. September 2022 sollen Anreize für einen schrittweisen und geordneten Abbau dieser Bestände geschaffen werden. Diese Einlagen sollen nämlich langsam in den Markt zurückfließen, um die Risiken negativer Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit der Märkte und auf die reibungslose Transmission der Geldpolitik zu minimieren.
2. Februar 2023	Der EZB-Rat hebt die drei Leitzinssätze der EZB um jeweils 50 Basispunkte an. Dementsprechend werden der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität mit Wirkung zum 8. Februar 2023 auf 3,00%, 3,25% bzw. 2,50% erhöht. Angesichts des Drucks im Zusammenhang mit der zugrunde liegenden Inflation beabsichtigt der EZB-Rat, die Zinssätze bei seiner nächsten geldpolitischen Sitzung im März 2023 erneut um 50 Basispunkte anzuheben. Dann wird er eine Bewertung des weiteren geldpolitischen Pfads vornehmen. In jedem Fall werden die Leitzinsbeschlüsse des EZB-Rats auch in Zukunft von der Datenlage abhängen und von Sitzung zu Sitzung festgelegt.

2. Februar 2023 (Fortsetzung)	Weiters hat der EZB-Rat die Modalitäten für die Verringerung der Wertpapierbestände des Eurosystems im Zusammenhang mit dem Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) beschlossen. Bei der Reinvestition des verbleibenden Teils der Tilgungsbeträge soll die bisherige Praxis weitgehend beibehalten werden: Dabei wird in den Teilprogrammen des APP proportional, gemäß ihrem Verhältnis an den gesamten Tilgungen, wiederveranlagt. In den Teilprogrammen ABSPP, CBPP3 und CSPP werden die Käufe auf den Primärmärkten auslaufen. Die Marktpräsenz des Eurosystems wird sich daher auf die Sekundärmärkte konzentrieren. Bei den Eurosystem-Ankäufen von Unternehmensanleihen wird die Wiederveranlagung stärker auf Emittenten mit einer besseren Klimaleistung ausgerichtet.
1. Jänner 2023	Heute wird der Euro in Kroatien in Umlauf gebracht. Somit verwenden jetzt 20 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) die gemeinsame europäische Währung. Mit dem Beitritt Kroatiens zum Euroraum wird seine nationale Zentralbank, die Hrvatska narodna banka, Mitglied des Eurosystems.
15. Dezember 2022	Der EZB-Rat hebt die drei Leitzinssätze der EZB um jeweils 50 Basispunkte an. Dementsprechend werden der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität mit Wirkung zum 21. Dezember 2022 auf 2,50%, 2,75% bzw. 2,00% erhöht. Zudem ist der EZB-Rat der Auffassung, dass die Zinsen in Zukunft noch deutlich und in einem gleichmäßigen Tempo steigen müssen, um ein ausreichend restriktives Niveau zu erreichen, das eine zeitnahe Rückkehr der Inflation zum mittelfristigen 2%-Ziel gewährleistet. Ab Anfang März 2023 werden die Bestände aus dem Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) in einem maßvollen und vorhersehbaren Tempo reduziert, da das Eurosystem die Tilgungsbeträge von Wertpapieren bei Fälligkeit nicht mehr vollumfänglich wieder anlegen wird. Bis zum Ende des zweiten Quartals 2023 werden die Bestände monatlich im Durchschnitt um 15 Mrd EUR reduziert. Das Tempo danach wird im Zeitverlauf festgelegt. Die im Rahmen des PEPP erworbenen Wertpapiere werden weiterhin mindestens bis Ende 2024 bei Fälligkeit reinvestiert. Im Zusammenhang mit der andauernden Unsicherheit aufgrund des anhaltenden Krieges, den Russland gegen die Ukraine führt, und den damit verbundenen wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen auf die Weltwirtschaft und die internationalen Finanzmärkte hat der EZB-Rat beschlossen, die befristete Swap-Linie mit Polen sowie die befristeten Repo-Linien mit den Zentralbanken von Albanien, Andorra, Ungarn, Nordmazedonien, Rumänien und San Marino bis 15. Jänner 2024 zu verlängern. Der Umfang und die operationellen Parameter der einzelnen Vereinbarungen werden unverändert beibehalten.
27. Oktober 2022	Der EZB-Rat hebt die drei Leitzinssätze der EZB um jeweils 75 Basispunkte an. Dementsprechend werden der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität mit Wirkung zum 2. November 2022 auf 2,00%, 2,25% bzw. 1,50% erhöht. Der EZB-Rat geht davon aus, dass er die Zinsen weiter anheben wird, um eine zeitnahe Rückkehr der Inflation auf das mittelfristige 2%-Ziel zu gewährleisten. Dabei wird er den künftigen Leitzinspfad an der Entwicklung der Inflations- und Wirtschaftsaussichten ausrichten und von Sitzung zu Sitzung entscheiden.

27. Oktober 2022 (Fortsetzung)	Außerdem ändert der EZB-Rat die Bedingungen für die dritte Serie gezielter längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte (TLTRO III). In Anbetracht des unerwarteten und außerordentlichen Anstiegs der Inflation muss eine Rekalibrierung vorgenommen werden, um Konsistenz mit dem allgemeinen geldpolitischen Normalisierungsprozess sicherzustellen und die Transmission der Leitzinserhöhungen auf die Kreditbedingungen der Banken zu verstärken. Deshalb werden die Zinssätze für die TLTROs III mit Wirkung zum 23. November 2022 angepasst und den Banken zusätzliche Termine für eine freiwillige vorzeitige Rückzahlung angeboten. Um die Verzinsung der von Kreditinstituten beim Eurosystem gehaltenen Mindestreserven besser auf die Bedingungen am Geldmarkt abzustimmen, hat der EZB-Rat ferner beschlossen, dass die Mindestreserven ab 21. Dezember 2022 zum Zinssatz der EZB für die Einlagefazilität verzinst werden.
10. Oktober 2022	Am 8. Oktober 2013 hatten die EZB und die PBC die erste für drei Jahre geltende bilaterale Währungsswap-Vereinbarung im Umfang von maximal 350 Mrd CNY und 45 Mrd EUR geschlossen. Sie wurde 2016, 2019 und nun 2022 um jeweils drei weitere Jahre verlängert. Dem Eurosystem dient die Vereinbarung als vorsorgliche Kreditlinie zur Behebung plötzlicher und vorübergehender Renminbi-Liquiditäts-engpässe, die infolge von Störungen am Renminbi-Markt auftreten können.
19. September 2022	Die EZB will im Einklang mit den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens ihre Bestände an Unternehmensanleihen in den geldpolitischen Portfolios schrittweise dekarbonisieren. Das Ziel ist die Minderung klimabedingter finanzieller Risiken in der Bilanz des Eurosystems. Dementsprechend wird ab 1. Oktober 2022 bei Reinvestitionen in Unternehmensanleihen (im CSPP bzw. PEPP) ein Klimascore herangezogen – berechnet aus rückblickenden Emissions-Scorewerten, vorausschauenden Ziel-Scorewerten sowie Klimaoffenlegungs-Scorewerten – der verstärkt Reinvestitionen in Anleihen von Unternehmen mit einem guten Beitrag zum Klimaschutz vorsieht. Zudem wird das Eurosystem den Klima-Score zur Anpassung seiner Gebote am Primärmarkt nutzen, um Emittenten mit einem besseren Klimaschutz-Beitrag zu bevorzugen und die Laufzeit von Anleihen zu begrenzen, deren Emittenten einen niedrigeren Score aufweisen.
8. September 2022	Der EZB-Rat hat beschlossen, die drei Leitzinssätze der EZB um jeweils 75 Basispunkte anzuheben. Dementsprechend werden der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzen-refinanzierungs- und die Einlagefazilität mit Wirkung zum 14. September 2022 auf 1,25 %, 1,50 % bzw. 0,75 % erhöht. Dieser große Schritt sorgt für einen früheren Übergang von dem derzeitigen, stark akkommodierenden Leitzinsniveau auf ein Niveau, das eine zeitnahe Rückkehr der Inflation auf das mittelfristige 2%-Ziel der EZB gewährleistet. Der EZB-Rat geht auf Grundlage seiner aktuellen Einschätzung davon aus, dass er die Zinsen in den nächsten Sitzungen weiter erhöht, um die Nachfrage zu dämpfen und dem Risiko einer andauernden Aufwärtsverschiebung der Inflationserwartungen vorzubeugen. Nach der Anhebung des Zinssatzes für die Einlagefazilität auf einen Wert über null ist das zweistufige System für die Verzinsung von Überschussreserven nicht mehr erforderlich. Der EZB-Rat hat daher beschlossen, das zweistufige System auszusetzen, indem der Multiplikator auf null gesetzt wird. Um die Wirksamkeit der geldpolitischen Transmission zu gewährleisten und das ordnungsgemäße Funktionieren der Märkte sicherzustellen, hat der EZB-Rat beschlossen, die Obergrenze von 0% für die Verzinsung von Einlagen öffentlicher Haushalte vorübergehend aufzuheben. Stattdessen wird entweder der Zinssatz für die Einlagefazilität oder der €STR für eine befristete Zeit die Obergrenze bilden – je nachdem, welcher der beiden Zinssätze niedriger ist. Die geänderte Verzinsung gilt ab dem Beginn der sechsten Mindestreserve-Erfüllungsperiode, d. h. dem 14. September 2022, und bleibt bis zum 30. April 2023 in Kraft.

21. Juli 2022	Der EZB-Rat hat beschlossen, die drei Leitzinssätze der EZB um jeweils 50 Basispunkte anzuheben. Dementsprechend werden der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität mit Wirkung zum 27. Juli 2022 auf 0,50%, 0,75% bzw. 0,00% erhöht. Bei den kommenden Sitzungen des EZB-Rats wird eine weitere Normalisierung der Zinssätze angemessen sein. Durch den raschen Ausstieg aus den Negativzinsen kann der EZB-Rat zu einem Ansatz übergehen, bei dem Zinsbeschlüsse von Sitzung zu Sitzung gefasst werden. Der künftige Leitzinspfad des EZB-Rats wird von der jeweiligen Datenlage abhängen und dazu beitragen, dass das Inflationsziel von 2% auf mittlere Sicht erreicht wird. Zudem wurde das Instrument zur Absicherung der Transmission (Transmission Protection Instrument – TPI) genehmigt. Das TPI wird ungerechtfertigten und ungeordneten Marktdynamiken entgegenwirken, die eine ernsthafte Bedrohung für die Transmission der Geldpolitik im Euroraum darstellen, und somit sicherstellen, dass die Weitergabe des geldpolitischen Kurses in allen Ländern des Euroraums reibungslos erfolgt, während die Normalisierung der Geldpolitik fortgesetzt wird. Die Flexibilität bei der Wiederanlage im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (PEPP) bleibt die erste Verteidigungslinie, um pandemiebedingten Risiken für den geldpolitischen Transmissions-mechanismus entgegenzuwirken.
12. Juli 2022	Der Rat der Europäischen Union hat formal beschlossen, dass Kroatien mit 1. Jänner 2023 dem Euroraum beitritt. Der Umrechnungskurs der kroatischen Kuna (HRK) gegenüber dem Euro wurde auf 7,53450 HRK je Euro (=Leitkurs der Kuna im Wechselkursmechanismus WKM II) festgelegt. Kroatische Banken werden von der EZB bereits seit 2020 beaufsichtigt.
4. Juli 2022	Der EZB-Rat hat beschlossen, weitere Schritte zu unternehmen, um Klimaaspekte in den geldpolitischen Handlungsrahmen des Eurosystems einzubeziehen. Er kam überein, die Bestände an Unternehmensanleihen in den zu geldpolitischen Zwecken gehaltenen Portfolios des Eurosystems und den Sicherheitenrahmen anzupassen, klimabezogene Offenlegungspflichten einzuführen und das Risikomanagementverfahren auszubauen. Mit den Maßnahmen sollen Finanzrisiken im Zusammenhang mit dem Klimawandel in der Bilanz des Eurosystems verringert, die Transparenz erhöht und der grüne Wandel der Wirtschaft unterstützt werden.
27. Juni 2022	Die EZB ändert den Zeitpunkt zukünftiger Veröffentlichungen ihrer geldpolitischen Beschlüsse sowie der Pressekonferenzen, auf der die Beschlüsse erläutert werden. Ab dem 21. Juli 2022 werden die geldpolitischen Beschlüsse um 14:15 Uhr MEZ veröffentlicht (statt wie bisher um 13:45 Uhr). Die Pressekonferenz beginnt um 14:45 Uhr MEZ (statt wie bisher um 14:30 Uhr). Die Veröffentlichung der damit verbundenen Dokumente wie etwa der Erklärung zur Geldpolitik verschiebt sich entsprechend auf 15:00 Uhr.
15. Juni 2022	Die Pandemie hat zu anhaltenden Verwundbarkeiten in der Wirtschaft des Euroraums geführt. Diese tragen zur uneinheitlichen Transmission der Normalisierung der Geldpolitik in den einzelnen Ländern bei. Dementsprechend hat der EZB-Rat beschlossen, dass er bei der Wiederveranlagung der Tilgungsbeträge fällig werdender Wertpapiere im PEPP-Portfolio flexibel agieren wird, um die Funktionsfähigkeit des geldpolitischen Transmissionsmechanismus aufrechtzuerhalten. Diese ist eine Voraussetzung dafür, dass die EZB ihr Preisstabilitätsmandat erfüllen kann. Darüber hinaus beschloss der EZB-Rat, die zuständigen Ausschüsse des Eurosystems zusammen mit den EZB-Dienststellen damit zu beauftragen, die Gestaltung eines neuen Instruments zur Bekämpfung der Fragmentierung, das der EZB-Rat prüfen wird, zügiger abzuschließen.

9. Juni 2022	Der EZB-Rat hat weitere Schritte zur Normalisierung seiner Geldpolitik beschlossen: Zum einen wird der Nettoerwerb von Vermögenswerten im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) zum 1. Juli 2022 eingestellt. Die Tilgungsbeträge der im Rahmen des APP erworbenen Wertpapiere werden für längere Zeit nach der ersten Zinserhöhung vollumfänglich wieder angelegt und in jedem Fall so lange wie erforderlich, um reichliche Liquidität zu gewährleisten und einen angemessenen geldpolitischen Kurs aufrechtzuerhalten. Zum anderen betrachtet der EZB-Rat die Bedingungen der bisher geltenden Forward Guidance als erfüllt, und kündigt den Beginn eines Zinsanhebungszyklus an: Auf seiner geldpolitischen Sitzung im Juli wird er die Leitzinsen um 25 Bp. anheben, im September soll eine weitere Erhöhung folgen, deren Ausmaß von den mittelfristigen Inflationsaussichten abhängen wird. Aus derzeitiger Sicht geht der EZB-Rat davon aus, dass es auch nach September angemessen sein wird, die Leitzinsen schrittweise, aber nachhaltig anzuheben. Damit wird er sicherstellen, dass die Inflation mittelfristig auf ihren Zielwert von 2% zurückkehrt.
1. Juni 2022	Alle zwei Jahre veröffentlicht die EZB einen Konvergenzbericht, der untersucht, inwieweit die sieben EU-Länder, die der gemeinsamen Währung noch nicht beigetreten sind, Fortschritte bei der Einführung des Euro gemacht haben. Kroatien wird im aktuellen Bericht einer eingehenderen Prüfung unterzogen, da das Land am 1. Jänner 2023 den Euro einführen möchte. Sowohl Bulgarien als auch Kroatien sind am 10. Juli 2020 dem Wechselkurs-mechanismus II und der Bankenunion beigetreten. Die EZB kommt nach ihrer Bewertung zu dem Ergebnis, dass Kroatien die Referenzwerte der Konvergenzkriterien einhält.
27. April 2022	Die EZB und die Banca Naţională a României (BNR) haben eine Fortführung der Repo-Linie zur Bereitstellung von Euro-Liquidität an die BNR vereinbart. Die Vereinbarung läuft bis 15. Jänner 2023. Die Verlängerung trägt der gestiegenen Unsicherheit und des Risikos regionaler Übertragungseffekte im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine Rechnung.
14. April 2022	Der EZB-Rat kommt zum Schluss, dass die seit seiner letzten Sitzung neu verfügbaren Daten seine Erwartung stärken, dass die Nettoankäufe von Vermögenswerten im Rahmen seines Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) im dritten Quartal 2022 eingestellt werden sollten. Darüber hinaus bestätigt er all seine Entscheidungen von März 2022.
28. März 2022	Die EZB und die Narodowy Bank Polski haben eine vorsorgliche Swap-Vereinbarung getroffen. Zudem hat die EZB beschlossen, die befristeten bilateralen Repo-Linien mit den Zentralbanken Ungarns, Albaniens, der Republik Nordmazedonien und der Republik San Marino zu verlängern. Alle genannten Vereinbarungen gelten bis 15. Jänner 2023. Euro-Liquiditätslinien dienen dazu, möglichen Liquiditätsbedarf in Drittstaaten zu decken, der angesichts der Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine und wegen des Risikos regionaler Übertragungseffekte entstehen könnte; Sanktionen der EU werden dabei vollumfänglich berücksichtigt.

24. März 2022	Der EZB-Rat hat beschlossen, die im April 2020 aufgrund der Corona-Pandemie befristet eingeführten Maßnahmen zur Lockerung der Kriterien für Sicherheiten in drei Schritten auslaufen zu lassen. Der erste Schritt tritt am 8. Juli 2022 in Kraft, weitere Schritte werden im Juni 2023 bzw. im März 2024 folgen. Durch den schrittweisen Ansatz wird die Risikotoleranz des Eurosystems allmählich wieder auf das Vorpandemieniveau verringert, und Klippeneffekte bei der Verfügbarkeit von Sicherheiten werden vermieden. Vorerst ist es den NZBen weiterhin gestattet, griechische Staatsanleihen, die nicht die Mindestbonitätsanforderungen des Eurosystems erfüllen, als Sicherheiten zu akzeptieren. Der EZB-Rat behält sich auch weiterhin das Recht vor, von den Bonitätsbewertungen der Ratingagenturen abzuweichen, um eine automatische Abhängigkeit von diesen Bewertungen zu vermeiden.
10. März 2022	Der EZB-Rat hat seine Planung für die Ankäufe im Rahmen des APP geändert: Die monatlichen APP-Nettoankäufe werden im April 40 Mrd EUR, im Mai 30 Mrd EUR und im Juni 20 Mrd EUR betragen. Die Kalibrierung der Nettoankäufe für das Q3/2022 wird datenabhängig vorgenommen werden. Sollten die Daten darauf hindeuten, dass sich die mittelfristigen Inflationsaussichten auch nach dem Ende der APP-Nettoankäufe nicht verschlechtern, wird der EZB-Rat die Nettoankäufe im Q3/2022 einstellen. Falls sich die mittelfristigen Aussichten ändern und die Finanzierungsbedingungen nicht mehr mit einer weiteren Entwicklung in Richtung des 2%-Ziels im Einklang stehen, ist der EZB-Rat bereit, seine Planung für die APP-Nettoankäufe zu ändern. Die EZB-Leitzinsen werden einige Zeit nach dem Ende der APP-Nettoankäufe angehoben. Dabei wird graduell vorgegangen werden. Die Entwicklung der EZB-Leitzinsen richtet sich weiterhin nach der (unveränderten) Forward Guidance des EZB-Rats. Der Hinweis, dass die Leitzinsen auch gesenkt werden können, wird jedoch gestrichen. Dementsprechend hält der EZB-Rat fest, dass die EZB-Leitzinsen so lange auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden, bis er feststellt, dass die Inflationsrate deutlich vor dem Ende seines Projektionszeitraums 2% erreicht und sie diesen Wert im weiteren Verlauf des Projektionszeitraums dauerhaft hält, und er der Auffassung ist, dass die Entwicklung der zugrunde liegenden Inflation hinreichend fortgeschritten ist, um mit einer sich mittelfristig bei 2 % stabilisierenden Inflation vereinbar zu sein. Schließlich wird vor dem Hintergrund der hohen Unsicherheit durch den Einmarsch Russlands in die Ukraine die Repo-Fazilität des Eurosystems für Zentralbanken (EUREP) bis 15. Jänner 2023 verlängert. Damit soll das Risiko regionaler Übertragungseffekte, die sich negativ auf die Finanzmärkte des Euroraums auswirken könnten, verringert werden. EUREP bietet vorsorgliche Liquiditätslinien, um einem etwaigen Euro-Liquiditätsbedarf zu begegnen, falls es zu Marktstörungen außerhalb des Euroraums kommt, die sich negativ auf die reibungslose Transmission der Geldpolitik der EZB auswirken könnten. Darüber hinaus bestätigt der EZB-Rat all seine Entscheidungen von Februar 2022.
3. Februar 2022	Der EZB-Rat bestätigt all seine Entscheidungen von Dezember 2021. Darüber hinaus betont er seine Bereitschaft, gegebenenfalls alle seine Instrumente anzupassen, um sicherzustellen, dass sich die Inflation mittelfristig beim Zielwert von 2% stabilisiert.

Quelle: EZB.

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 3. Juni bis 13. September 2023[45]

EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
6. September 2023	EZB	Gesamtwirtschaftlicher Klimastresstest der EZB Die EZB veröffentlichte die Ergebnisse ihres zweiten gesamtwirtschaftlichen Klimastresstests. Daraus ging hervor, dass sich eine treibhausgasneutrale Wirtschaft für die Unternehmen, privaten Haushalte und Banken im Euroraum am besten erzielen lässt, wenn die grüne Transformation schneller vorangetrieben wird als aktuell von der Politik vorgesehen. Ein Vorziehen von Klimaschutzinvestitionen würde die mittelfristigen Kosten und Risiken für private Haushalte und Unternehmen deutlich verringern.
22. August 2023	EK	Makrofinanzhilfe (MFA Plus) für die Ukraine: Auszahlung weiterer Tranchen Die EK zahlte am 22. Juni 2023, am 25. Juli 2023 sowie am 22. August 2023 weitere Tranchen, jeweils in Höhe von 1,5 Mrd EUR, im Rahmen des MFA Plus Paket aus, welches sich für 2023 auf insgesamt bis zu 18 Mrd EUR beläuft.
18. Juli 2023	EZB	Dimitar Radew als Gouverneur der bulgarischen Nationalbank wiedergewählt Der Gouverneur der bulgarischen Nationalbank, Dimitar Radew, wurde vom Parlament in Sofia für weitere sechs Jahre in seinem Amt bestätigt.
14. Juli 2023	ECOFIN Rat	EU-Unterstützung für die Ukraine Der Rat führte einen Gedankenaustausch über die finanzielle Unterstützung für die Ukraine im Rahmen der Halbzeitüberprüfung des langfristigen EU-Haushalts (MFR) und den damit verbundenen EK-Vorschlag zur Einrichtung einer Ukraine-Fazilität. Mit der Überarbeitung des Mehrjährigen Finanzrahmens und dem Vorschlag für eine Verordnung über die Ukraine-Fazilität wird eine Finanzierung in Höhe von 50 Mrd EUR für den Zeitraum 2024 bis 2027 vorgesehen, um den unmittelbaren Bedarf der Ukraine zu decken und zur Erholung, zum mittelfristigen Wiederaufbau und zur

[45] Autorinnen: Sylvia Gloggnitzer-Kocsi, Alexandra Bernhard (Abteilung für EU- und internationale Angelegenheiten)

		Modernisierung der Ukraine beizutragen, die eng mit ihrem Weg in die EU verknüpft sind.
10. Juli 2023	Rat	Nordmazedonien: Rat beschließt Unterstützung in Höhe von 100 Mio EUR Die Hilfe wird zur Unterstützung der wirtschaftlichen Stabilisierung Nordmazedoniens und seiner umfassenden Reformagenda beitragen. Die Finanzhilfe wird in voller Höhe in Form von Darlehen gewährt und in zwei Tranchen ausbezahlt. Die Makrofinanzhilfe (MFA) begleitet ein 24-monatiges Hilfsprogramm *(Precautionary and Liquidity Line)* des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Höhe von maximal 530 Mio EUR (407 Mio SZR), das im November 2022 abgeschlossen wurde. Die MFA der EU wird dazu beitragen, den vom IWF ermittelten Finanzierungsbedarf Nordmazedoniens in den Jahren 2023 und 2024 zu decken.
5. Juli 2023	EK	Veröffentlichung des Berichts über die Rechtsstaatlichkeit 2023 Die EK veröffentlichte ihren vierten jährlichen Bericht über die Rechtsstaatlichkeit, in welchem die Lage der Rechtsstaatlichkeit in den einzelnen Mitgliedstaaten untersucht wurde. Der Bericht umfasst eine Mitteilung über die Lage in der EU insgesamt, sowie 27 Länderkapitel, in denen auf die wichtigsten Entwicklungen in den einzelnen Mitgliedstaaten seit Juli 2022 eingegangen wurde. Während in einigen EU-Mitgliedstaaten nach wie vor Bedenken hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit bestehen, ist der Bericht zu einer wichtigen Triebkraft für Veränderungen und positive Reformen geworden. Faktisch wurde 65 % der letztjährigen Empfehlungen ganz oder teilweise nachgekommen. Die EK fordert die Mitgliedstaaten auf, den in dem Bericht ermittelten Herausforderungen wirksam zu begegnen, und ist bereit, die Mitgliedstaaten bei der fortgesetzten Umsetzung der Empfehlungen zu unterstützen.
1. Juli 2023	Rat	Spanien übernimmt den EU-Ratsvorsitz Spanien übernahm zum fünften Mal den EU-Ratsvorsitz für die kommenden sechs Monate von Schweden. Die spanische Präsidentschaft bildet somit den Auftakt der neuen Triopräsidentschaft gemeinsam mit Belgien und Ungarn, die in der ersten bzw. zweiten Hälfte des Jahres 2024 den EU-Ratsvorsitz übernehmen werden und steht unter dem Motto „Europe, closer". Schwerpunkte des spanischen EU-Ratsvorsitz den ECOFIN-Rat betreffend sind die Reform der wirtschaftspolitischen Governance, die Halbzeitüberprüfung des MFR (auch in Hinblick auf die Unterstützung der Ukraine) und die Schaffung neuer Eigenmittel für den EU-Haushalt. Weiters nennt das Arbeitsprogramm im Finanzdienstleistungsbereich die Arbeiten an der Verbesserung des Krisenmanagements sowie am Aufsichts- und Abwicklungsrahmen im Bankenbereich, die Verwirklichung der Kapitalmarktunion, den digitalen Euro, das Anti-Geldwäschepaket und „sustainable finance".

		Unter Verweis auf die Unsicherheiten in der internationalen Wirtschaft möchte der spanische EU-Ratsvorsitz die Arbeiten an einem neuen wirtschaftlichen und finanziellen Rahmen zur Förderung strategischer Autonomie und des grünen und digitalen Wandels weiterführen.
28. Juni 2023	EK/EZB	EK-Legislativvorschläge zu Euro-Bargeld und den digitalen Euro Die EK veröffentlichte zwei Gesetzgebungsvorschläge. Dabei handelt es sich um einen Legislativvorschlag über Euro-Bargeld als gesetzliches Zahlungsmittel. Dieser soll die Rolle des Bargelds wahren und sicherstellen, dass es als Zahlungsmittel weithin akzeptiert wird und für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen im gesamten Euro-Währungsgebiet leicht zugänglich bleibt. Der zweite Legislativvorschlag betrifft die Schaffung eines Rechtsrahmens für einen möglichen digitalen Euro als Ergänzung zu Euro-Banknoten und -Münzen. Mit diesem Vorschlag soll sichergestellt werden, dass Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen – ergänzend zu den bereits bestehenden Angeboten privater Unternehmen – eine zusätzliche Option haben, durch die sie mit einer weithin akzeptierten, kostengünstigen, sicheren und widerstandsfähigen Form öffentlichen Geldes im Euro-Währungsgebiet digital bezahlen können.
21. Juni 2023	EZB	Internationale Verwendung des Euro im Jahr 2022 krisenfest Der Euro behauptete sich als weltweit am zweithäufigsten genutzte Währung in einem Umfeld geopolitischer Risiken und hoher Inflation. Der Anteil des Euro lag – gemessen an verschiedenen Indikatoren zur internationalen Verwendung von Währungen – bei rund 20 Prozent. Dies ist eine der wesentlichen Erkenntnisse des von der EZB veröffentlichten jährlichen Berichts über die internationale Rolle des Euro.
13. Juni 2023	EK	Kommission schlägt Paket für nachhaltige Finanzen vor Die EK legte ein neues Maßnahmenpaket vor, das auf dem EU-Rahmen für ein nachhaltiges Finanzwesen aufbaut und diesen stärkt. Insbesondere nahm die EK zusätzliche Tätigkeiten in die EU-Taxonomie auf und schlug neue Vorschriften für Anbieter von Umwelt-, Sozial- und Governance-Ratings (ESG-Ratings) vor, die die Transparenz auf dem Markt für nachhaltige Investitionen erhöhen werden. Die Rechtsakte zur EU-Taxonomie werden dem EP und dem Rat zur Prüfung übermittelt und sind voraussichtlich ab Januar 2024 anwendbar.

IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

23. August 2023	IWF	Argentinien: Abschluss der kombinierten fünften und sechsten Überprüfung der Erweiterten Kreditvereinbarung im Rahmen der Erweiterten Fondsfazilität (EFF)

		Diese Entscheidung des IWF -Exekutivdirektoriums ermöglicht eine sofortige Auszahlung von rund 7,5 Mrd USD (5,5 Mrd SZR), womit sich die Gesamtauszahlungen im Rahmen der Vereinbarung auf rund 36 Mrd USD erhöhen. Die nächste Überprüfung ist für November 2023 vorgesehen.
25. Juli 2023	IWF	Veröffentlichung des World Economic Outlook (Update) Aus Sicht des IWF erwies sich trotz des schwierigen Umfelds die Wirtschaftstätigkeit im ersten Quartal 2023 als widerstandsfähig, und die Arbeitsmärkte waren überraschend stark. Die Energie- und Lebensmittelpreise sind gegenüber ihren kriegsbedingten Höchstständen stark gesunken, so dass der globale Inflationsdruck schneller als erwartet nachgelassen hat. Dennoch bestehen weiterhin viele Herausforderungen. Dem IWF zufolge wird sich das Wachstum der Weltwirtschaft von 3,5% vom Jahr 2022 auf jeweils 3% in diesem Jahr und im Jahr 2024 verlangsamen. Die globale Inflation wird voraussichtlich von 8,7 % im Jahr 2022 auf 6,8 % in diesem Jahr (eine Abwärtskorrektur um 0,2 Prozentpunkte) und 5,2 % im Jahr 2024 sinken. Die Abschwächung konzentriert sich auf die fortgeschrittenen Volkswirtschaften, wo das Wachstum von 2,7 % im Jahr 2022 auf 1,5 Prozent in diesem Jahr zurückgehen und mit 1,4 % im nächsten Jahr gedämpft bleiben wird. Der Euroraum, der noch immer unter dem kriegsbedingten drastischen Anstieg der Gaspreise im vergangenen Jahr leidet, wird sich deutlich abschwächen.
30. Juni 2023	IWF	Verlängerung der vorübergehend höheren kumulativen Zugangsgrenzen unter den Notfalls-Fazilitäten des IWF bis Ende Juni 2024 sowie Verlängerung des Fensters für Nahrungsmittelschocks bis Ende März 2024 Das IWF Exekutivdirektorium genehmigte die Verlängerung der vorübergehend erhöhten Zugangsgrenzen *(access limits)* für Notfalls-Fazilitäten *(Rapid Credit Facility RCF; Rapid Financing Instrument RFI)* sowie die Verlängerung des *Food Shock Window* für weitere sechs Monate. Mit diesen beiden Entscheidungen wird der IWF weiterhin in der Lage sein, Mitgliedsländer zu unterstützen, die in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld und einem anhaltenden globalen Nahrungsmittelschock mit dringenden Zahlungsbilanzproblemen konfrontiert sind.
29. Juni 2023	IWF	Ukraine: Abschluss der ersten Überprüfung im Rahmen der Erweiterten Fondsfazilität (EFF) Nach Abschluss der Überprüfung gestattete das IWF-Exekutivdirektorium den Behörden, den Gegenwert von rund 890 Mio USD (663,9 Mio SZR) abzurufen, der für die Budgethilfe verwendet werden soll. Die EFF wurde vom IWF-Exekutivdirektorium im März 2023 genehmigt.

Wirtschaftsindikatoren – Grafiken und Tabellen

Redaktionsschluss: 20. September 2023

Inhaltsverzeichnis

Seite

Weltwirtschaft

Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen 1
Makroökonomische Indikatoren 2
Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise 3

Euroraum

Wirtschaftsindikatoren
Prognosen 4
Aktuelle Entwicklung 5
Leitzinssätze und Bereitstellung der Liquidität 6
Zinserwartungen 7
Geldmarktzinssätze und Renditen langfristiger Staatsanleihen 8
Renditen und Kreditzinsen 9
Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation 10
Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt 11
Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren 12
Inflation und Arbeitskosten 13
Makroökonomische Ungleichgewichte 14

Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren 15

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts 16
Entwicklung der Verbraucherpreise 17
Arbeitslosenquoten 18
Leistungsbilanzsalden 19
Fiskaldaten 20

Österreich

Wirtschaftsindikatoren
Prognosen 21
Aktuelle Entwicklung 22
Außenhandel mit Waren 24
Inflation und Wettbewerbsindikatoren 25
Tourismus und Reiseverkehr 26
Öffentliche Haushalte 27
Bundeshaushalt 28
Aggregierte Vermögenslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute 29
Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland 30
Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland 31
Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland 32
Aggregierte Ertragslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute 33
Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE 34
Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung
Geldvermögensbildung und Geldvermögen 35
Finanzierung und Verbindlichkeiten 36

Zeichenerklärung

.. = Angabe liegt zur Zeit der Berichterstattung nicht vor
x = Angabe ist aus sachlichen Gründen nicht möglich
0 = Wert ist kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit
Ø = Durchschnitt
A = Anstieg
R = Rückgang

Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen

	Reales BIP		Inflation[1]		Arbeitslose		Budgetsaldo		Staatsschuld		Leistungsbilanzsaldo	
	2023	2024	2023	2024	2023	2024	2023	2024	2023	2024	2023	2024
	Veränderung zum Vorjahr in %		*in %*		*in % des Arbeits-kräfteangebotes*		*in % des BIP*					
Vereinigtes Königreich	−0,2	1,0	6,7	2,4	4,3	4,6	−3,2	−2,4	99,4	99,1	−2,2	−1,7
USA	1,4	1,0	4,3	2,6	4,1	4,8	−5,0	−5,5	121,8	122,8	−3,3	−3,0
Japan	1,1	1,0	3,2	1,8	2,5	2,4	−6,5	−4,4	255,1	252,3	2,6	3,4
China	5,5	4,7	x	x	x	x	x	x	x	x	1,6	1,3
Euroraum	**0,8**	**1,3**	**5,6**	**2,9**	6,8	6,7	−3,2	−2,4	90,8	89,9	2,1	2,4
EU	**0,8**	**1,4**	**6,5**	**3,2**	6,2	6,1	−3,1	−2,4	83,4	82,6	2,0	2,3
Österreich	0,4	1,6	7,1	3,8	4,9	5,0	−2,4	−1,3	75,4	72,7	0,8	1,2
Deutschland	**−0,4**	**1,1**	**6,4**	**2,8**	3,2	3,1	−2,3	−1,2	65,2	64,1	5,8	5,6
Polen	**0,5**	**2,7**	**11,4**	**6,1**	3,3	3,2	−5,0	−3,7	50,5	53,0	−1,0	0,5
Ungarn	0,5	2,8	16,4	4,0	4,2	4,0	−4,0	−4,4	70,7	71,1	−3,5	−2,8
Tschechische Republik	0,2	2,6	11,9	3,4	2,8	2,6	−3,6	−3,0	42,9	43,1	−2,5	−0,7

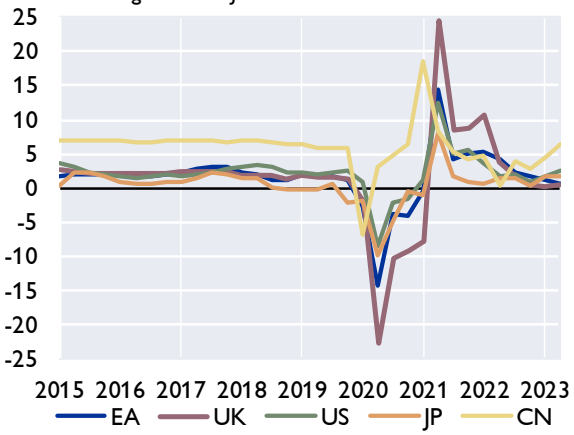
Quelle: Interimsprognose der EK September 2023 (fett unterlegte Werte); restliche Daten von Frühjahrsprognose Mai 2023.

[1] *HVPI-Inflation; USA, Japan: VPI.*

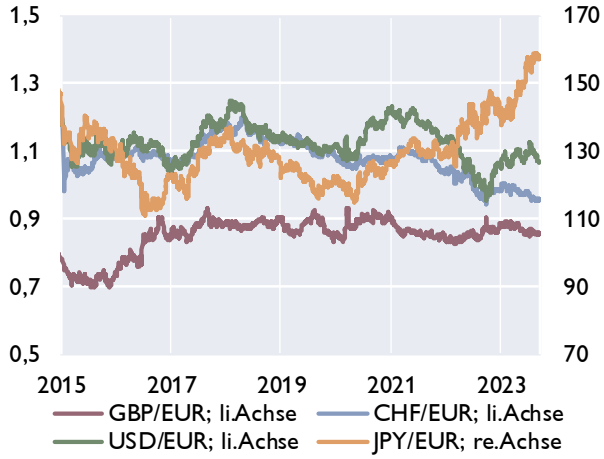
Makroökonomische Indikatoren

Reales BIP-Wachstum

Veränderung zum Vorjahr in %

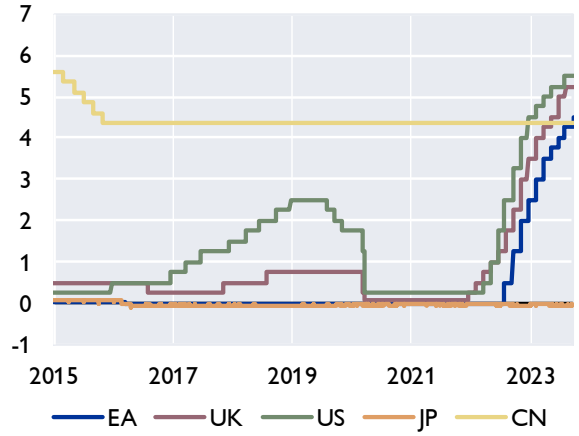


Wechselkurse zum Euro



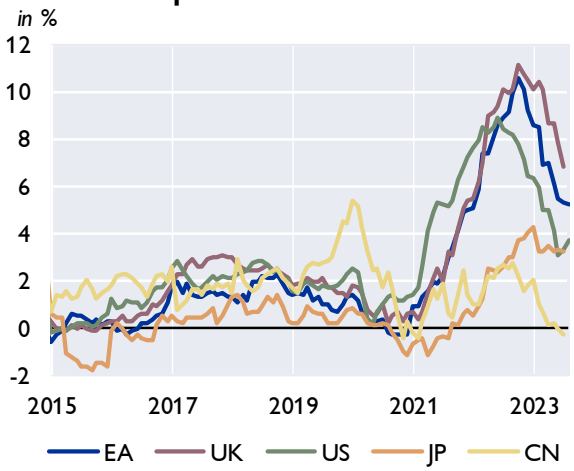
Leitzinssätze der Zentralbanken

in %



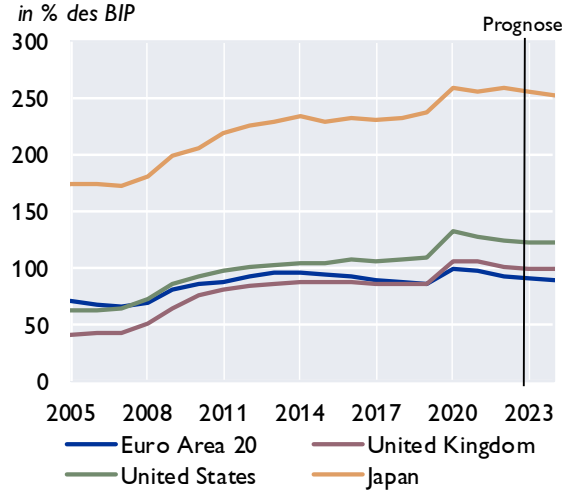
Verbraucherpreisindizes

in %



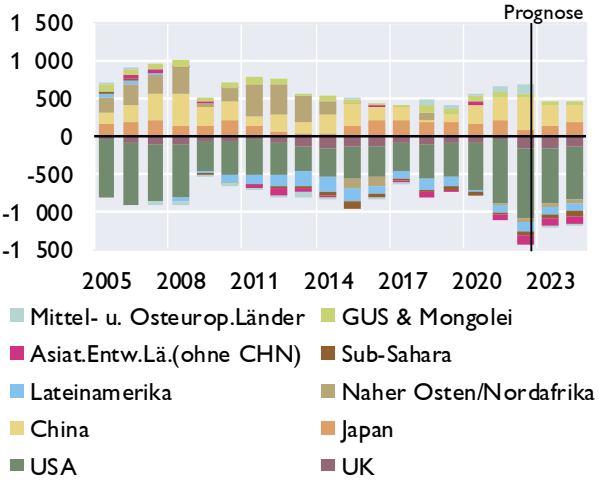
Öffentliche Verschuldung

in % des BIP



Leistungsbilanz

Saldo in Mrd USD

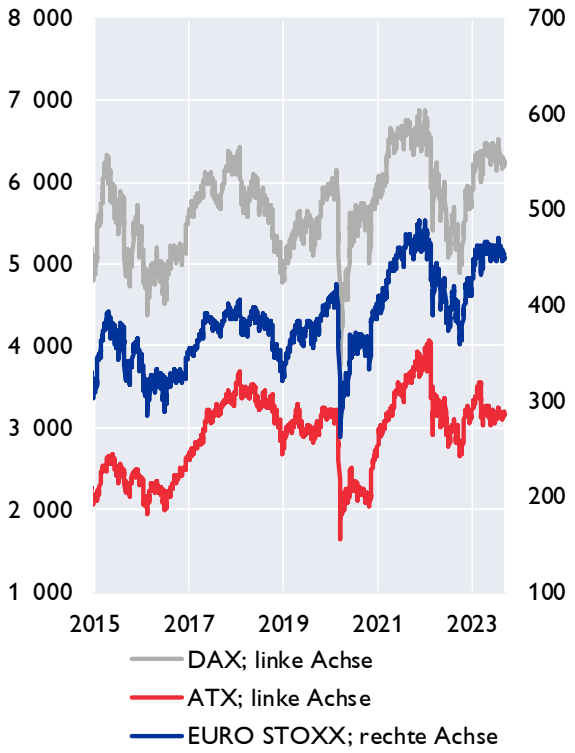


Quelle: Eurostat, EK, IWF, Macrobond, nationale Quellen. Prognosen: EK Mai 2023 und IWF WEO April 2023.

Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise

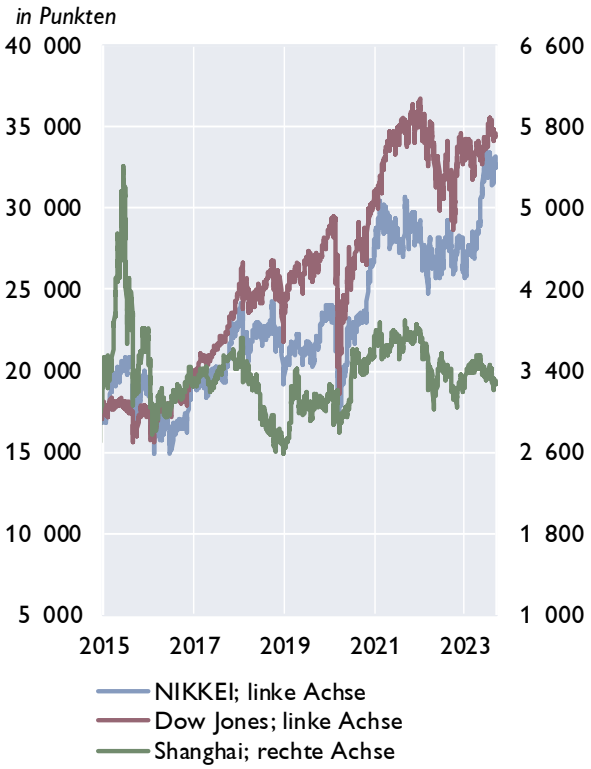
Aktienkurse - Europa

in Punkten



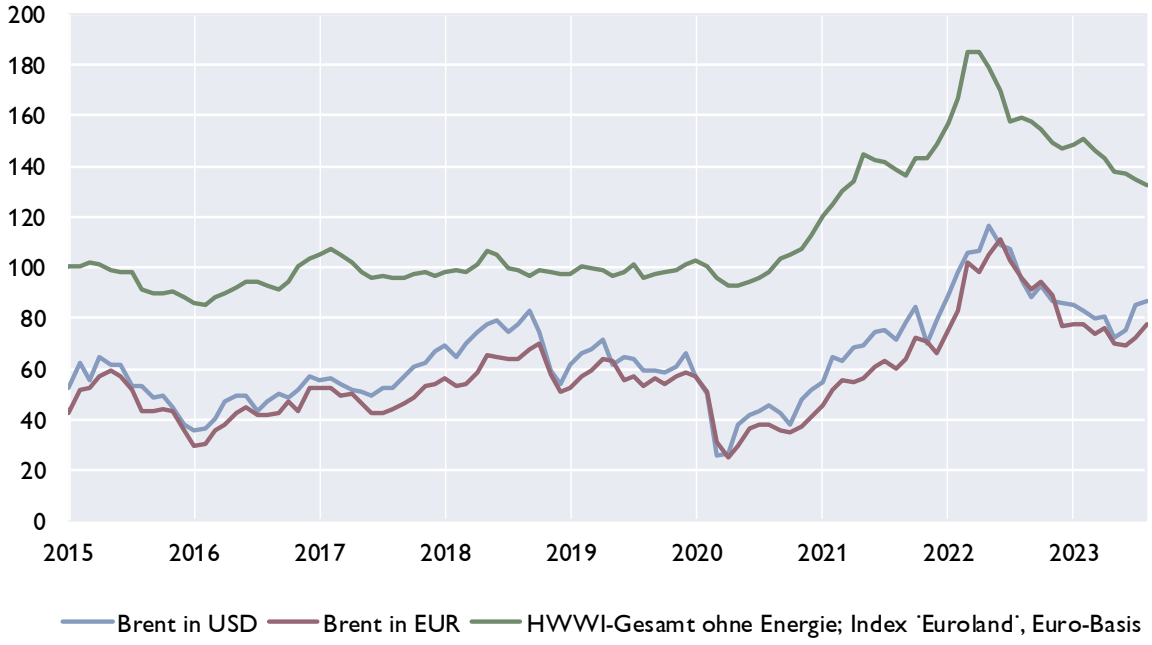
Aktienkurse - International

in Punkten



Rohstoffpreise

USD bzw. EUR je Barrel; HWWI-Rohstoffpreisindex: 2015=100



Quelle: Macrobond.

Prognosen wichtiger Wirtschaftsindikatoren für den Euroraum

	EZB			OECD*)		IWF Update*)		EU-Kommission Interim*)	
	September 2023			September 2023/Juni 2023		Juli 2023/April 2023		September 2023/Mai 2023	
	2023	2024	2025	2023	2024	2023	2024	2023	2024
BIP, real	0,7	1,0	1,5	**0,6**	**1,1**	**0,9**	**1,5**	**0,8**	**1,3**
Privater Konsum, real	0,3	1,6	1,6	0,2	1,5	1,1	1,6	0,6	1,7
Öffentlicher Konsum, real	−0,1	1,1	1,4	−0,2	0,9	0,3	0,5	0,7	0,7
Bruttoanlageinvestitionen, real	1,7	−0,4	1,4	0,6	1,4	0,4	1,1	1,0	2,1
Exporte, real	1,3	2,5	3,1	×	×	×	×	3,1	3,3
Importe, real	0,3	2,5	3,1	×	×	×	×	2,3	3,2
BIP Deflator	5,7	3,1	2,5	5,7	3,0	4,9	3,0	5,7	2,7
HVPI	5,6	3,2	2,1	**5,5**	**3,0**	**5,2**	**2,8**	**5,6**	**2,9**
Lohnstückkosten	5,8	3,5	2,4	×	×	3,6	2,8	5,0	3,2
Beschäftigte	1,2	0,2	0,2	×	×	0,3	0,2	0,6	0,5
Arbeitslosenquote	6,5	6,7	6,7	6,7	6,6	6,8	6,8	6,8	6,7
Leistungsbilanz	1,1	1,4	1,6	2,4	2,6	0,6	0,9	2,1	2,4
Öffentliches Defizit	−3,2	−2,8	−2,9	−2,9	−2,2	−3,7	−2,8	−3,2	−2,4
Erdölpreis in USD/Barrel	82,7	81,8	77,9	77,4	75,0	**76,4**	**71,7**	76,3	72,1
Kurzfristiger Zinssatz in %	3,4	3,7	3,1	3,2	3,4	2,8	3,0	3,3	3,3
USD/EUR	1,09	1,09	1,09	1,04	1,04	1,06	1,05	1,09	1,10
BIP, real USA	×	×	×	**2,2**	**1,3**	**1,8**	**1,0**	1,4	1,0
BIP, real Welt[1]	3,2	3,0	3,2	**3,0**	**2,7**	**3,0**	**3,0**	**3,2**	**3,2**
Welthandel[1]	0,2	3,2	3,3	1,6	3,8	**2,0**	**3,7**	**1,5**	**3,4**

[1] *EZB und EK: BIP real Welt (ohne EU), Welthandel (ohne EU, Weltimporte).*

**) OECD: fett unterlegte Werte OECD-Interimsprognose vom September 2023; IWF: fett unterlegte Werte IWF-Update vom Juli 2023; EK: fett unterlegte Werte EK-Interimsprognose vom September 2023.*

Euroraum: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung

	2021	2022	2022 Q3	2022 Q4	2023 Q1	2023 Q2	2023 Q3	2023 Mai	2023 Jun	2023 Jul	2023 Aug
	Veränderung zum Vorjahr in %										
HVPI gesamt	2,6	8,4	9,3	10,0	8,0	6,2	..	6,1	5,5	5,3	5,2
Kerninflation	1,5	3,9	4,4	5,1	5,5	5,5	..	5,3	5,5	5,5	5,3
BIP-Deflator des privaten Konsums	2,2	6,8	7,5	8,6	7,9	6,9	..	×	×	×	×
Lohnstückkosten (nominell)	-0,3	3,3	3,2	5,0	5,8	6,8	..	×	×	×	×
Arbeitnehmerentgelt (nominell)	3,9	4,3	3,7	4,8	5,5	5,6	..	×	×	×	×
Arbeitsproduktivität (nominell)	4,1	1,0	0,5	-0,2	-0,3	-1,2	..	×	×	×	×
Produzentenpreis (Industrie)	12,3	34,3	41,1	27,2	10,9	-1,4	..	-1,6	-3,4	-7,6	..
Rohstoffpr. o. Energ; in EUR, 2010=100	137,6	164,0	158,3	150,3	148,5	139,3	..	138,2	137,1	135,1	..
Rohölpreis (Brent in EUR je Barrel)	59,9	93,8	96,8	86,9	76,5	71,6	..	69,6	69,2	72,3	77,9
Rohölpreis (Brent in USD je Barrel)	70,8	98,7	97,4	88,5	82,1	77,7	..	75,7	75,0	79,9	85,0
	Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)										
BIP real	5,6	3,3	0,3	-0,1	0,6	0,1	..	×	×	×	×
Privater Konsum	4,1	4,3	0,9	-0,7	0,6	0,0	..	×	×	×	×
Öffentlicher Konsum	4,1	1,3	0,0	0,5	-0,1	0,2	..	×	×	×	×
Bruttoanlageinvestitionen	3,4	2,8	0,9	-0,2	0,8	0,3	..	×	×	×	×
	Beitrag zum Wachstum des realen BIP (in Prozentpunkten)										
Binnennachfrage (ohne Lager)	3,8	3,1	0,6	-0,3	0,0	..	..	×	×	×	×
Nettoexporte	1,4	-0,2	-0,5	0,5	0,7	..	..	×	×	×	×
Veränderung der Lagerhaltung	0,4	0,4	0,2	-0,2	-0,1	..	..	×	×	×	×
	Zahlungsbilanz (in Mrd EUR)										
Handelsbilanz	105,2	-332,7	-127,7	-53,2	-9,9	6,1	..	-0,3	23,0	..	..
Leistungsbilanz	345,2	-111,5	-87,7	-4,8	37,3	..	..	7,9	35,8	..	..
Leistungsbilanz in % des BIP	2,8	-0,8	-2,6	-0,1	1,1	..	..	×	×	×	×
	Ausgewählte Indikatoren										
Economic Sentiment Indicator	110,7	101,9	97,2	95,3	99,2	96,8	..	96,3	95,2	94,5	93,3
Industrievertrauen (Saldo)	9,4	4,8	1,8	-0,9	0,1	-5,2	..	-5,3	-7,3	-9,3	-10,3
Markit Einkaufsmanagerindex (Industrie)	60,2	52,1	49,3	47,1	48,2	44,7	..	44,8	43,4	42,7	43,5
ifo-Geschäftsklima (2005=100)	97,2	90,4	87,7	86,8	91,3	91,2	..	91,5	88,6	87,4	85,7
Ind. Produktion o. Bau (Ver. z. VJP in %)	8,8	2,1	3,2	1,2	0,1	-1,1	..	-2,2	-1,6	-2,0	..
Konsumentenvertrauen (Saldo)	-7,5	-21,9	-27,0	-24,4	-19,6	-17,0	..	-17,4	-16,1	-15,1	-16,0
Einzelhandelsumsätze (Ver. z. VJP in %)	5,1	0,9	-0,6	-2,5	-2,4	-1,9	..	-2,3	-1,0	-0,9	..
Kapazitätsausl. im Gewerbe in %	81,4	82,2	81,9	81,4	81,4	81,2	80,2	×	×	×	×
	Arbeitsmarktentwicklung										
Arbeitslose in % der Beschäftigten[1]	7,7	6,7	6,7	6,7	6,6	6,5	..	6,5	6,4	6,4	..
Beschäftigung gesamt (Vä z. VP in %)	1,5	2,3	0,3	0,3	0,5	0,2	..	×	×	×	×
	Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)										
Geldmenge M3	7,0	3,8	6,0	3,8	2,1	0,6	..	0,9	0,6	-0,4	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	×	×	×	×	×	×	×	1,0	0,4	..	..
Buchkredite an den privaten Sektor	4,3	3,8	4,4	3,8	2,8	1,1	..	1,5	1,1	0,7	..
Leitzinssatz (Periodenendstand)	0,00	2,50	1,25	2,50	3,50	4,00	..	3,75	4,00	4,00	4,25
3-Monats Zinssatz (%)	-0,55	0,35	0,49	1,77	2,64	3,37	..	3,37	3,54	3,67	3,78
10-Jahres Zinssatz (%)	0,20	2,04	2,32	3,04	3,17	3,19	..	3,21	3,16	3,27	3,34
Zinsabstand; 10-J. Zins minus 3-M. Zins	..	..	1,84	1,27	0,53	-0,19	..	-0,17	-0,37	-0,40	..
Corporate Bond Spreads (in Bp; Euro)[2]	..	..	168,2	174,9	133,3	140,5	..	144,7	141,1	131,8	..
Aktienkurse (DJ-Euro Stoxx-Index)	448,0	414,7	394,0	404,0	447,8	457,3	..	456,4	455,5	460,1	453,9
Wechselkurs USD je EUR	1,18	1,05	1,01	1,02	1,07	1,09	..	1,09	1,08	1,11	1,09
nom. effekt. Wechselkurs des EUR[3]	102,2	97,0	95,0	96,7	99,1	100,2	..	100,0	99,8	100,6	100,4
real effektiver Wechselkurs des EUR[3]	103,2	99,6	97,7	100,3	102,6	103,5	..	103,3	103,2	104,2	104,3
	Finanzierung des öffentlichen Haushaltes in % des BIP										
Budgetsalden	-5,3	-3,6	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Staatsschuldenquoten	97,3	93,2	×	×	×	×	×	×	×	×	×

Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Macrobond, HWWI, Markit, ifo.

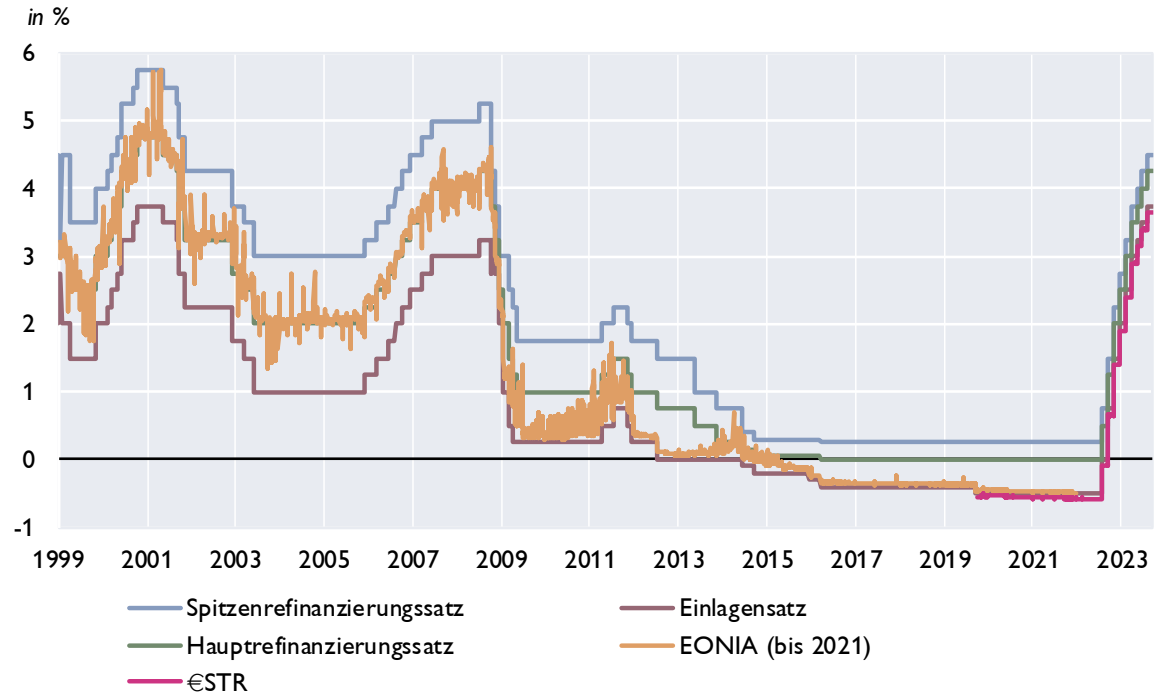
[1] *ILO-Definition.*

[2] *Renditeabstand von 7- bis 10-jährigen Unternehmensanleihen zu 7- bis 10-jährigen Staatsanleihen (Merrill Lynch).*

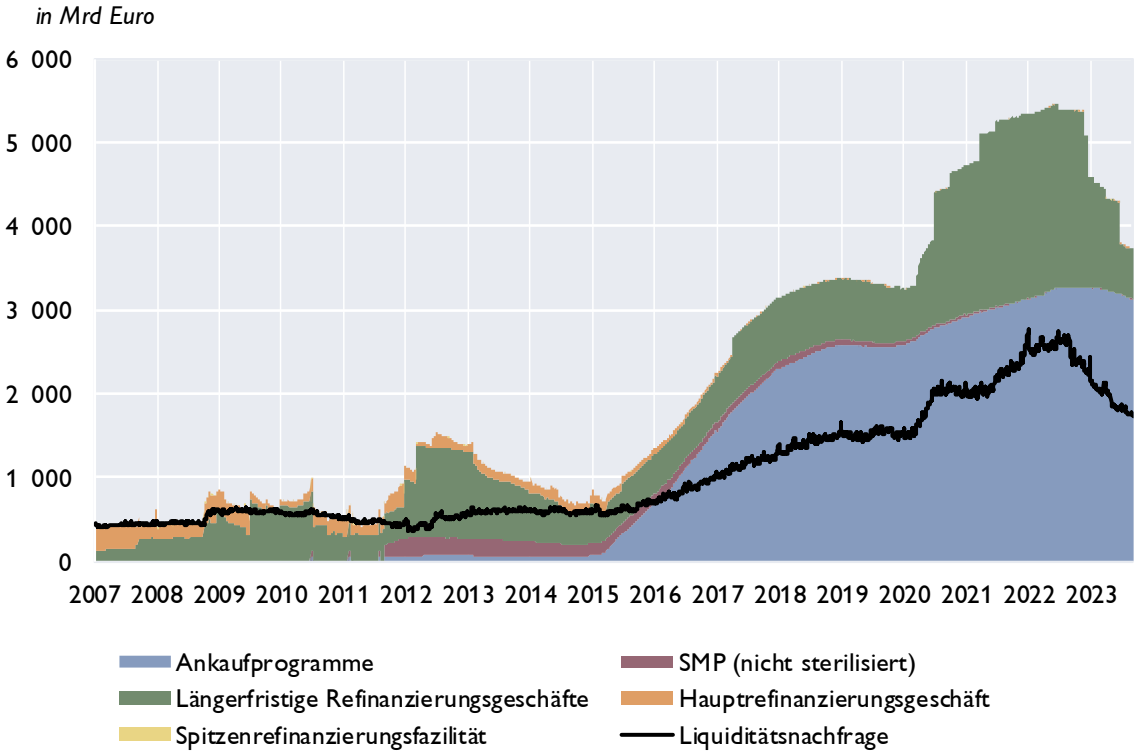
[3] *Enger Länderkreis, real effektiver Wechselkurs, berechnet anhand des VPI (1999 Q1=100).*

Euroraum: Leitzinssätze und Bereitstellung von Liquidität

EZB-Leitzinssätze und Euro-Tagesgeldzinsen



Liquiditätsbereitstellung im Euroraum

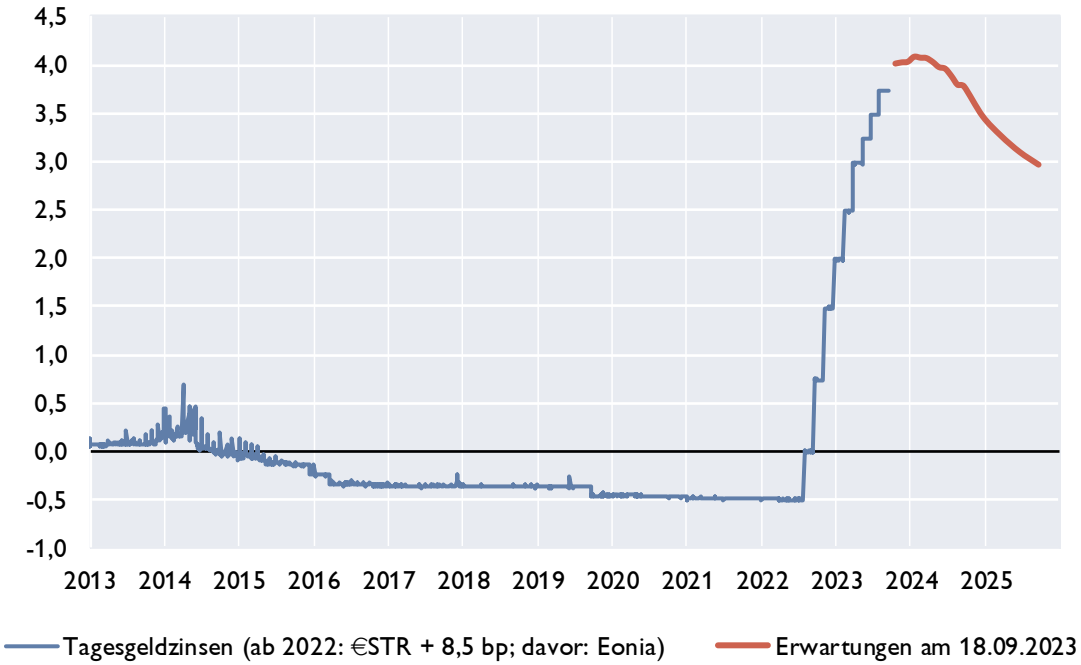


Quelle: EZB, OeNB, Macrobond.

Euroraum: Zinserwartungen

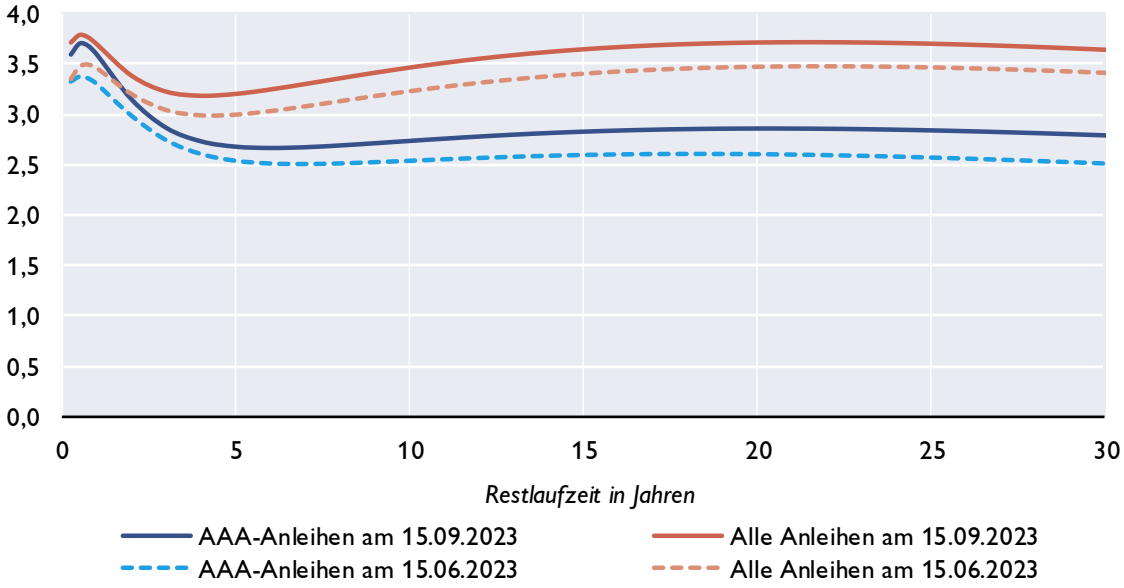
Markterwartungen über den Verlauf der Euro-Tagesgeldzinsen

berechnet aus Overnight Index Swaps, in %



Zinsstrukturkurve für Staatsanleihen im Euroraum

in %

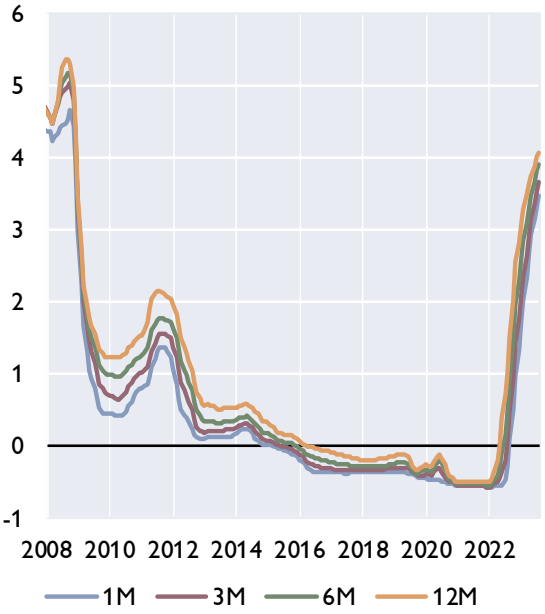


Quelle: EZB, Macrobond, eigene Berechnungen.

Euroraum: Geldmarktzinsen und Renditen von Staatsanleihen

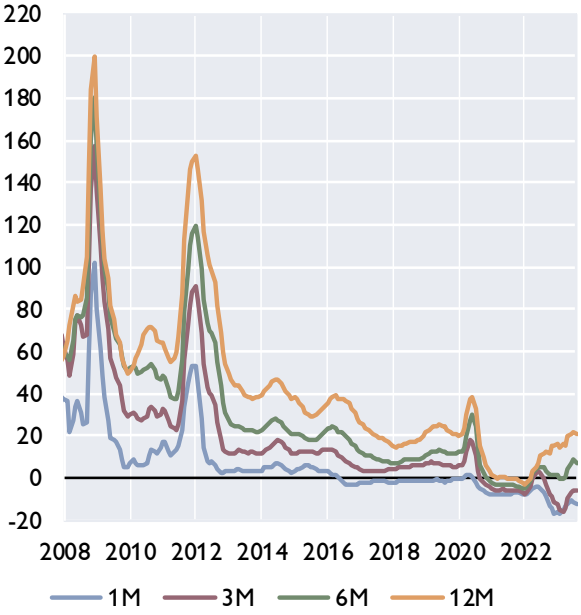
Euribor-Sätze

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate



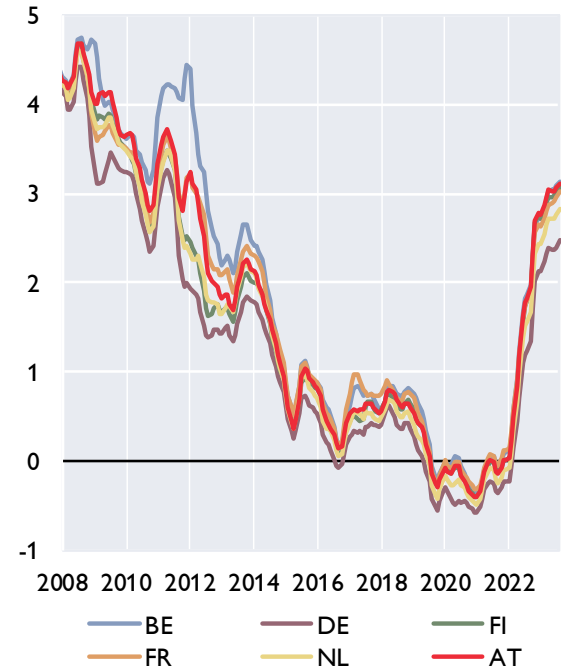
Risikoaufschläge am Interbankenmarkt

Euribor minus Overnight Index Swap in Basispunkten, Durchschnitt der letzten drei Monate



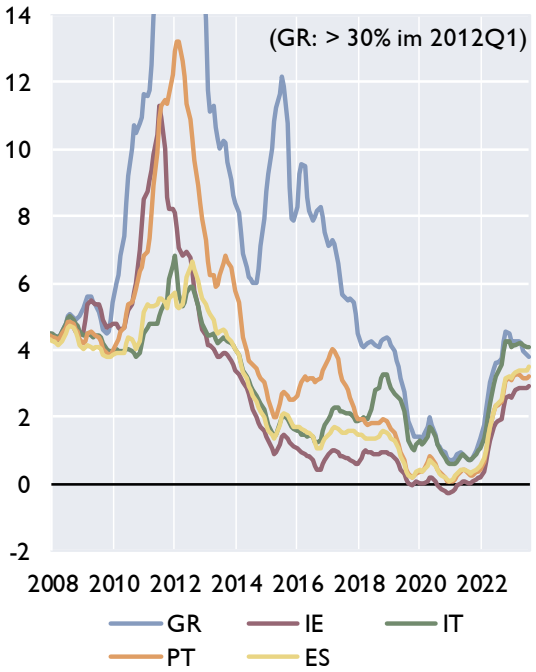
Renditen 10-jähriger Staatsanleihen, Niedrigzinsländer

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate



Renditen 10-jähriger Staatsanleihen, (ehemalige) Hochzinsländer

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate

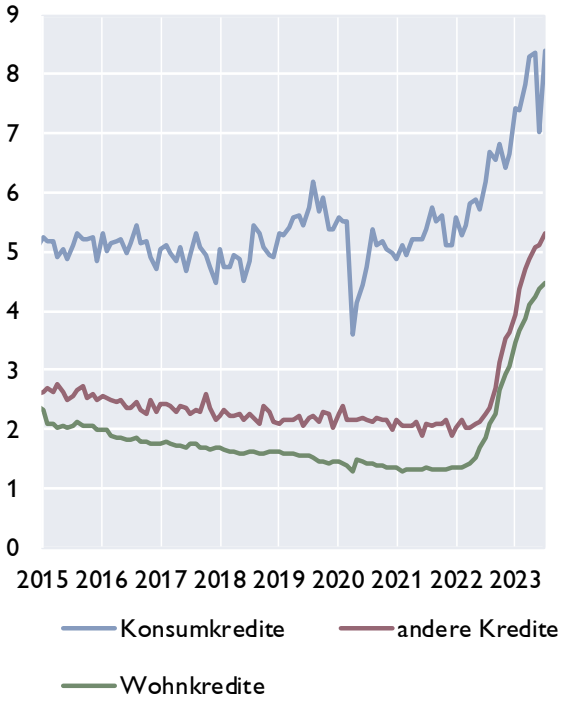


Quelle: EZB, Macrobond.

Euroraum: Renditen und Kreditzinsen

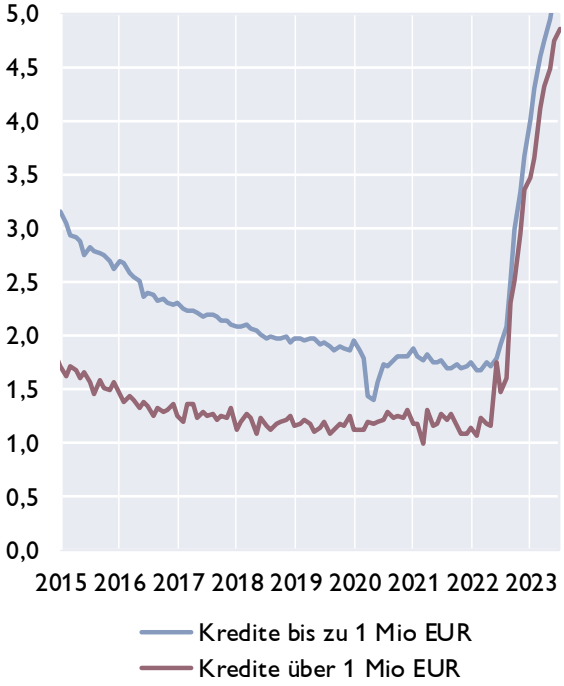
Kreditzinssätze für private Haushalte

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



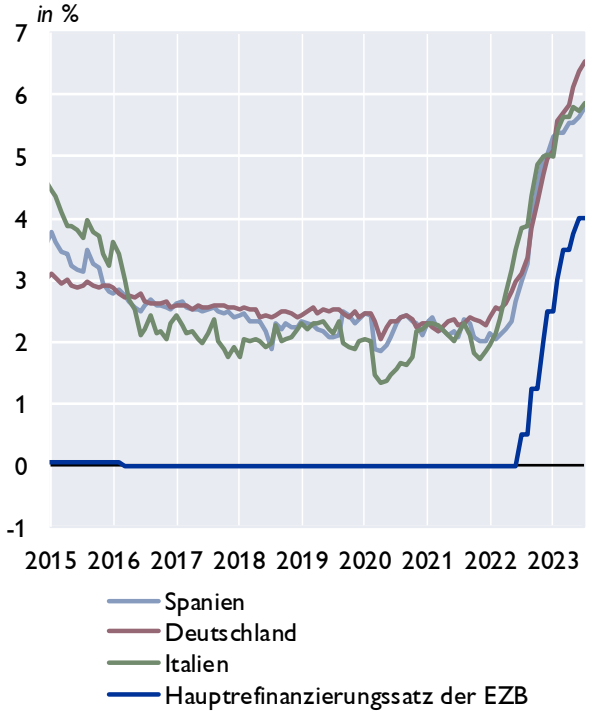
Kreditzinssätze für Unternehmen

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



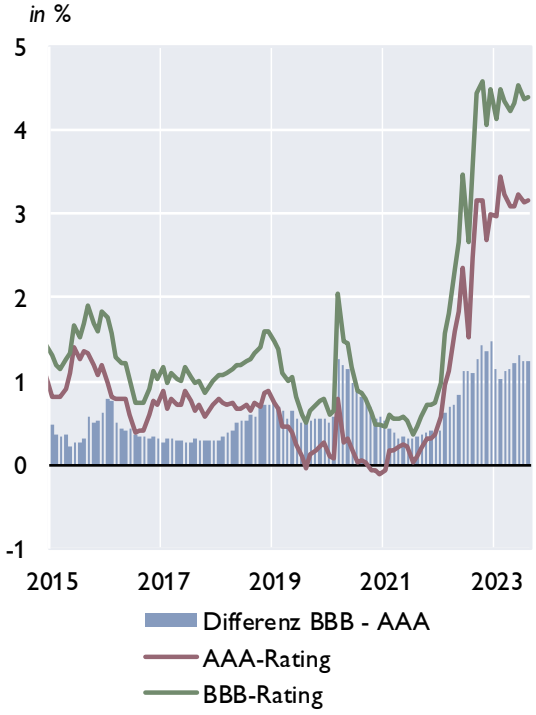
Kreditzinssätze für Unternehmen in ausgewählten Ländern und Leitzinssatz des Euroraums

in %



Renditen für Anleihen nicht-finanzieller Unternehmen

in %

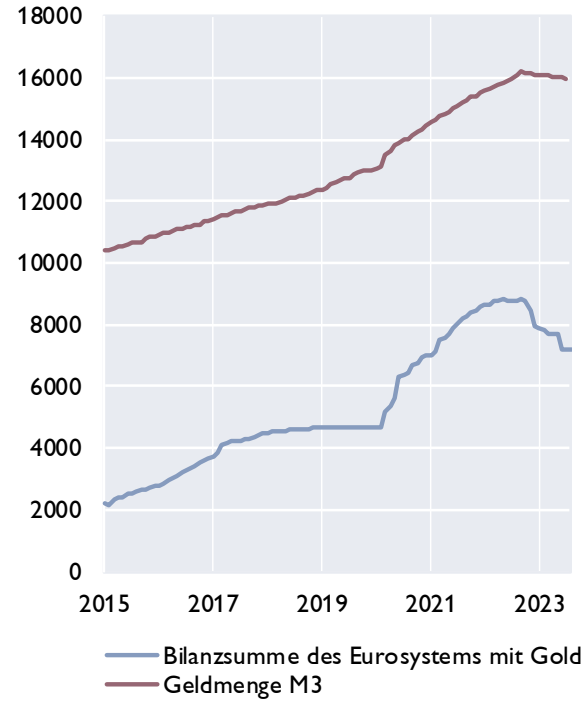


Quelle: Macrobond, EZB.

Euroraum: Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation

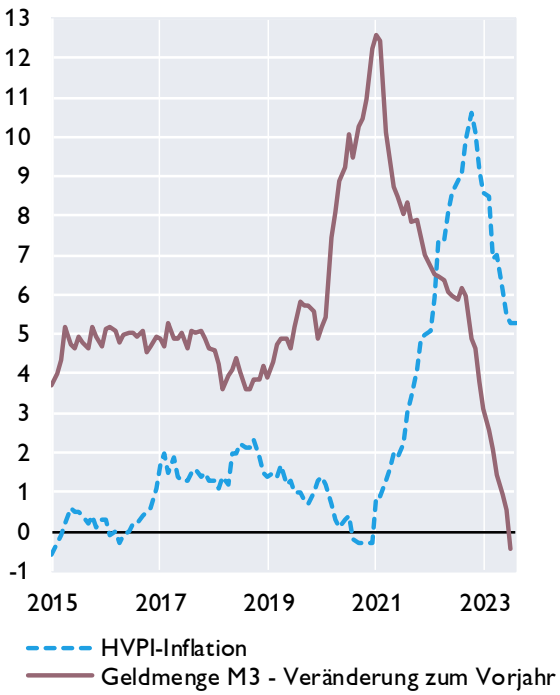
Bilanz im Eurosystem und Geldmenge M3

in Mrd EUR



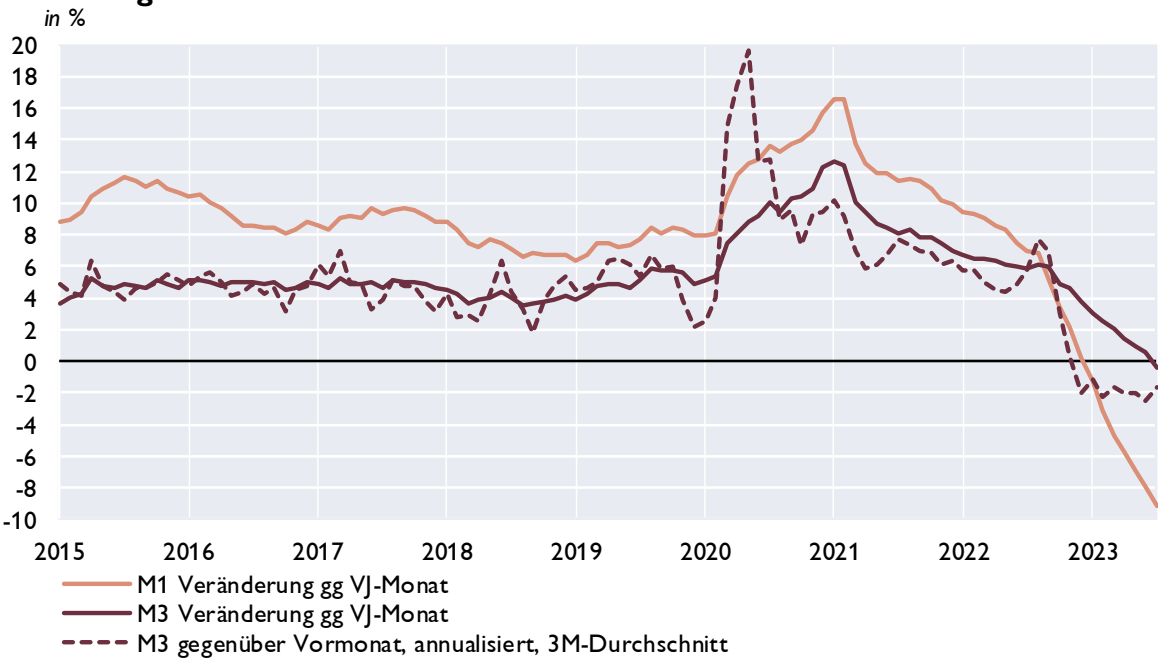
Geldmenge M3 und Inflation

in %



Geldmenge M1 und M3

in %



Quelle: EZB, Eurostat, Macrobond.

Euroraum: Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt

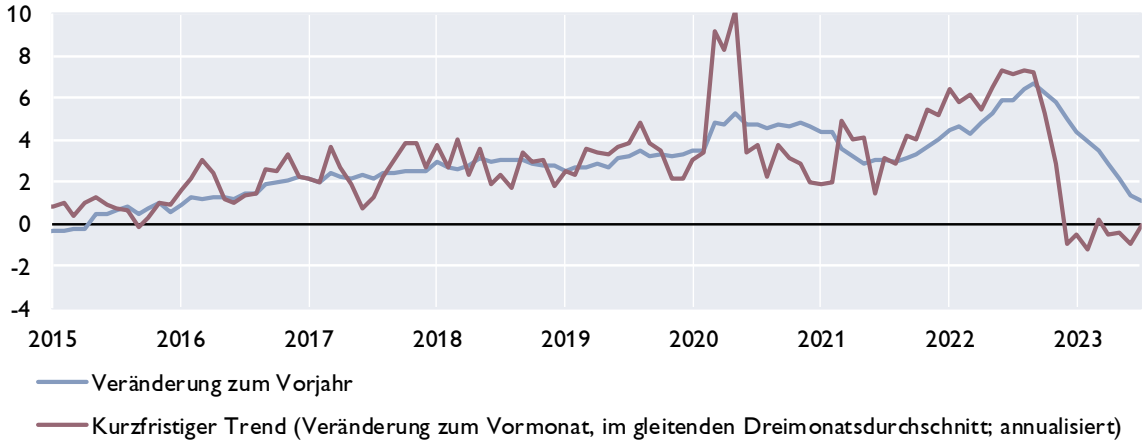
Gegenposten der Geldmenge M3

Veränderung zum Vorjahr in %

	arbeitstägig und saisonal bereinigt	2021	2022	Feb.23	Mär.23	Apr.23	Mai.23	Jun.23	Jul.23
Aktiva	Kredite	6,1	3,8	2,6	2,0	1,5	0,9	0,3	0,1
	Kredite an öffentliche Haushalte	11,3	2,8	0,7	−0,1	−0,8	−2,2	−2,5	−2,9
	Kredite an sonstige Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet	3,9	4,3	3,3	2,9	2,5	2,2	1,5	1,3
	davon: Buchkredite an den privaten Sektor [1)]	*4,0*	*5,0*	*3,9*	*3,5*	*2,9*	*2,1*	*1,4*	*1,1*
	Aktiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	6,5	−0,8	−2,2	−0,3	0,6	0,3	0,9	1,6
Passiva	Passiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	10,6	0,3	−1,8	−0,8	−1,1	−2,3	−1,9	−2,2
	Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs	−0,5	0,5	1,8	2,3	2,3	3,1	3,5	3,9

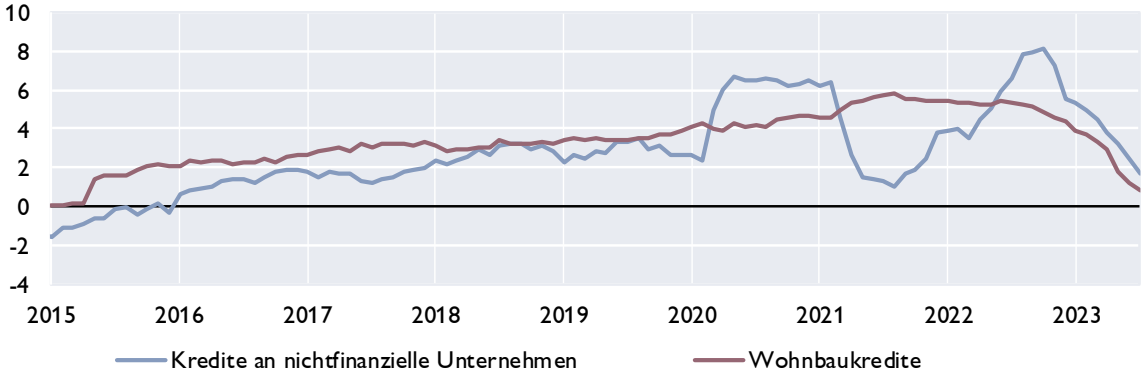
Entwicklung der Buchkredite an den privaten Sektor[1]

in %



Kreditentwicklung

Veränderung zum Vorjahr in %

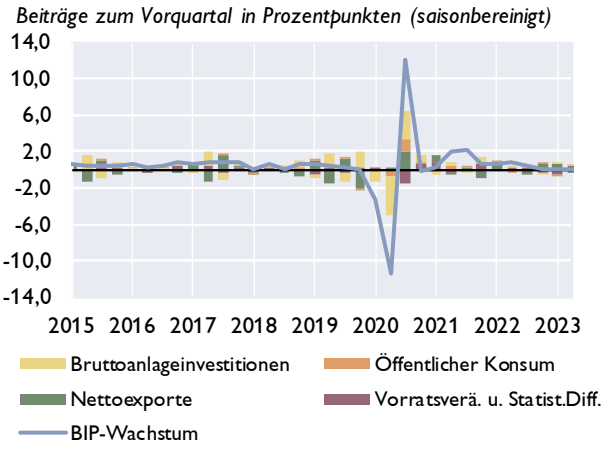


Quelle: EZB.

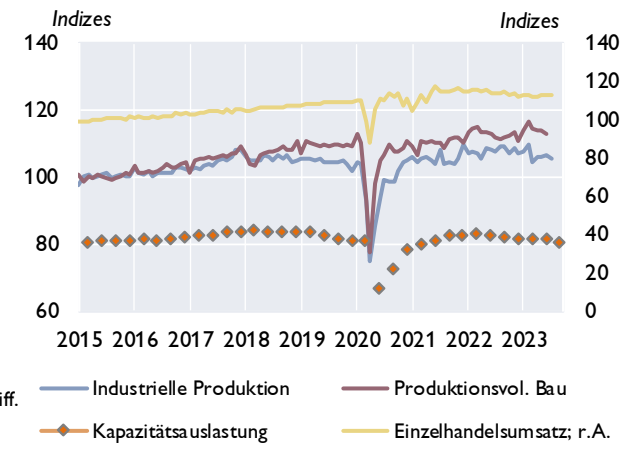
[1] *Nichtfinanzielle Unternehmen ohne öffentlichen Sektor.*

Euroraum: Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren

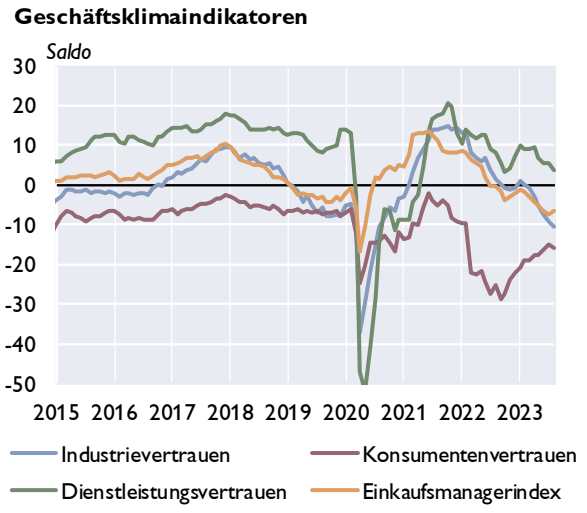
Wachstumsbeiträge zum realen BIP



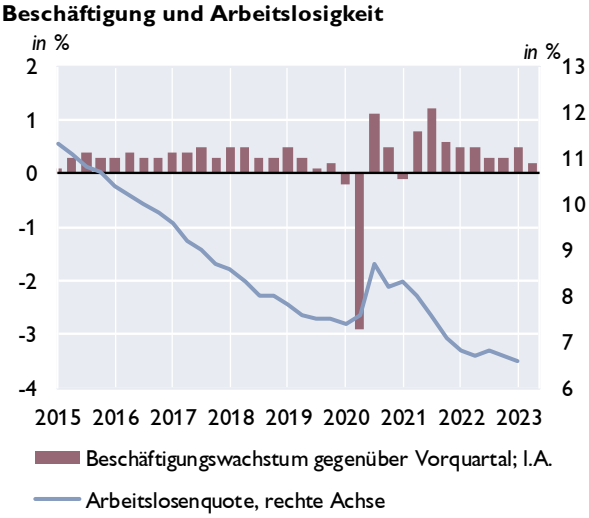
Frühindikatoren zum BIP-Wachstum



Geschäftsklimaindikatoren



Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



Zahlungsbilanz

Salden	2020	2021	2022	1Q22	2Q22	3Q22	4Q22	1Q23
Leistungsbilanz	201,6	351,7	−100,6	6,3	−48,3	−67,1	8,5	32,2
Güter	330,9	274,1	−79,3	−2,1	−28,9	−55,8	7,4	50,3
Dienstleistungen	−7,3	103,4	126,4	32,0	47,4	20,9	26,2	13,8
Einkommen	35,2	133,8	21,6	24,3	−27,0	10,2	14,2	10,4
Laufende Transfers	−157,3	−159,6	−169,4	−47,9	−39,8	−42,4	−39,3	−42,3
Vermögensübertragungen	4,6	51,7	146,5	10,2	104,5	9,3	22,6	3,5
Kapitalbilanz	183,2	377,6	85,6	15,2	48,0	−36,2	58,6	47,6
Direktinvestitionen	−217,1	335,7	232,2	67,0	146,5	33,5	−14,8	54,6
Portfolioinvestitionen	513,1	321,2	−290,3	−91,7	−29,7	−177,7	8,8	−96,4
Finanzderivate	16,7	57,7	62,5	1,8	26,3	38,5	−4,1	15,5
Sonstige Investiitionen	−142,7	−467,4	63,2	39,0	−97,4	62,2	59,4	92,4
Währungsreserven	13,2	130,4	18,0	−0,9	2,3	7,3	9,3	−18,5
Statistische Differenz	−23,0	−25,9	39,7	−1,3	−8,1	21,6	27,5	11,9
Leistungsbilanz in % des BIP[1]	1,6	2,3	−1,1	0,5	−1,1	−2,6	−0,1	1,1

[1] *Quartale: Saisonbereinigte Daten.*

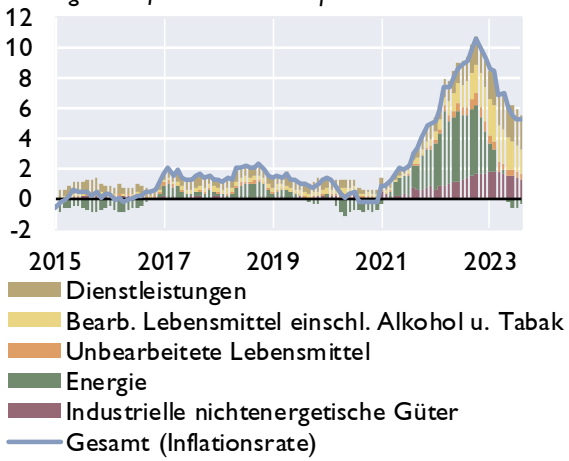
Quelle: EZB, Eurostat, Europäische Kommission, Markit.

Euroraum: Inflation und Arbeitskosten

HVPI	2023	2021	2022	Mai.23	Jun.23	Jul.23	Aug.23
COICOP[1]-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	Veränderung zum Vorjahr in %					
Gesamt-HVPI	100,0	2,6	8,4	6,1	5,5	5,3	5,2
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	16,1	1,3	10,5	13,7	12,6	11,6	10,3
Alkoholische Getränke und Tabak	3,8	2,5	3,4	7,6	7,7	7,6	7,5
Bekleidung und Schuhe	5,2	0,9	2,1	4,2	4,3	3,8	3,9
Wohnung, Wasser, Energie	15,2	4,6	17,6	4,1	2,5	0,8	−0,7
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	6,8	1,5	6,4	7,2	6,6	6,0	5,4
Gesundheitspflege	4,9	0,4	1,3	2,8	2,9	3,0	3,0
Verkehr	15,0	6,3	11,2	0,1	−0,6	0,8	4,2
Nachrichtenübermittlung	2,7	−0,4	−0,6	0,5	−0,3	−0,1	0,0
Freizeit und Kultur	8,9	1,3	4,1	5,7	5,8	6,6	6,6
Bildungswesen	1,0	−0,3	0,7	4,5	4,6	4,5	4,5
Hotels, Cafes und Restaurants	10,5	1,6	7,0	8,4	7,7	7,7	7,3
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	9,9	1,9	3,0	5,3	5,6	5,4	5,3

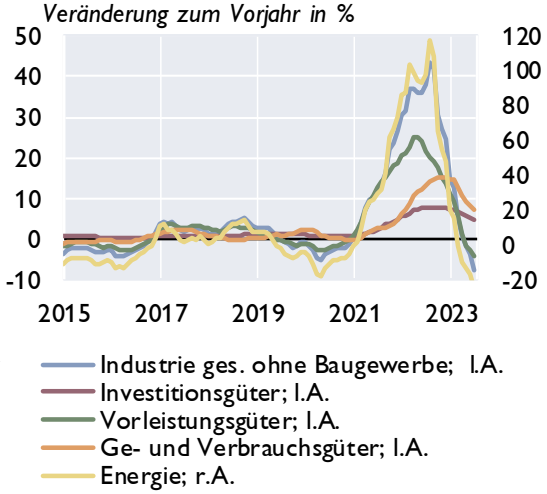
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



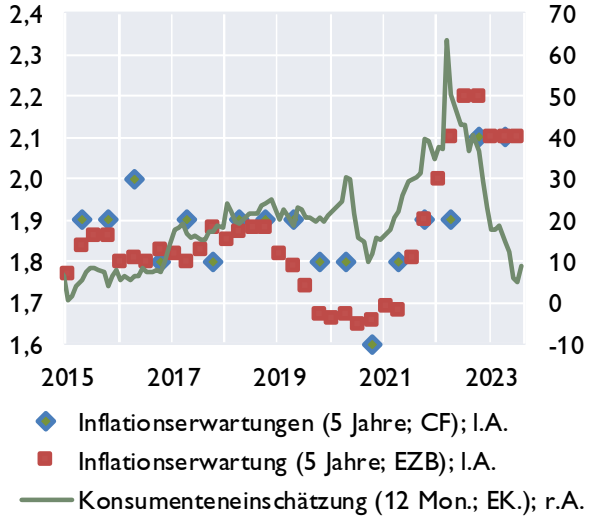
Erzeugerpreise

Veränderung zum Vorjahr in %



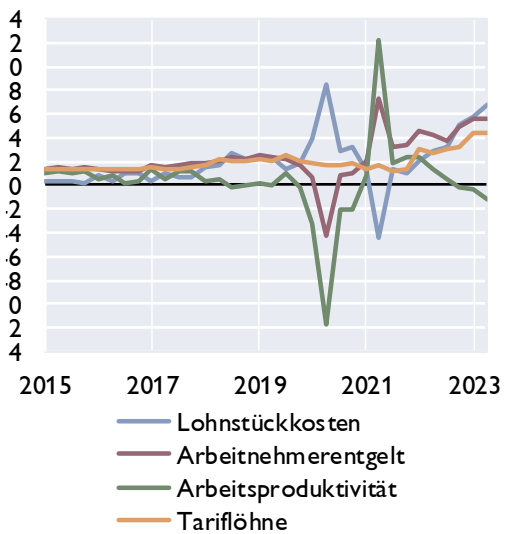
Umfragebasierte Inflationserwartungen

in % *Saldo aus positiven und negativen Antworten*



Arbeitskosten

Veränderung zum Vorjahr in %

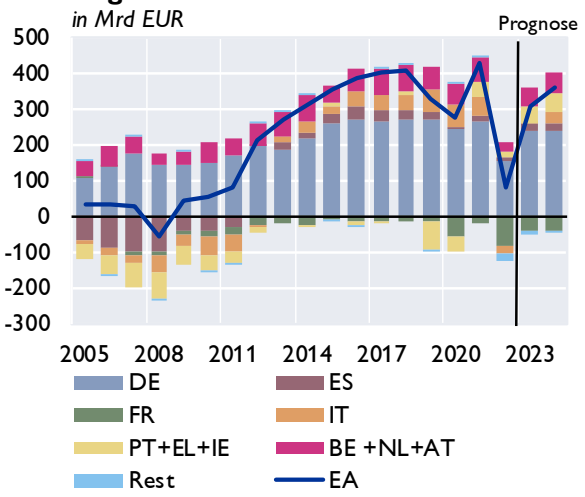


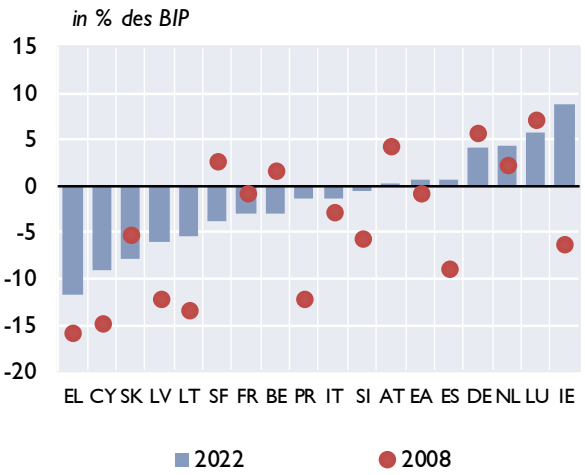
Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Consensus Forecasts.

[1] *Classification of Individual Consumption by Purpose*

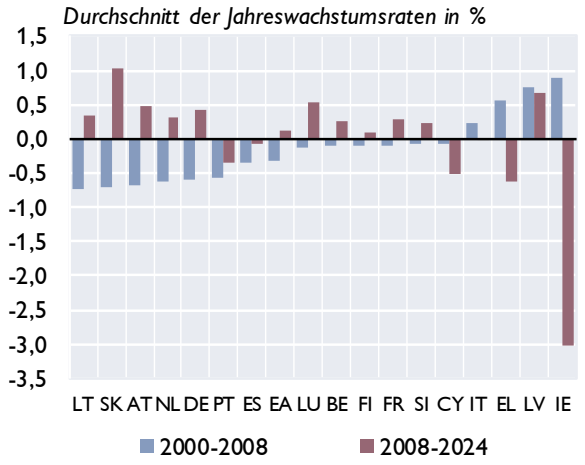
Euroraum: Makroökonomische Ungleichgewichte

Leistungsbilanzsalden[1]

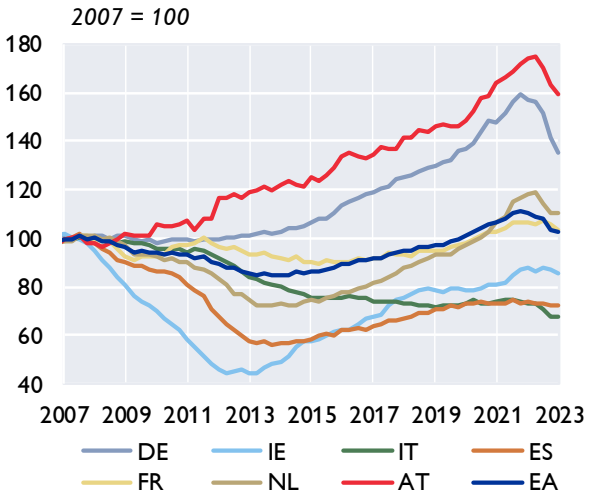




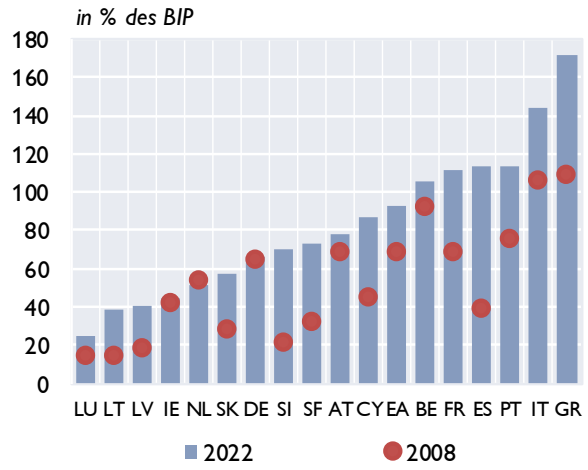
Lohnstückkosten[1]



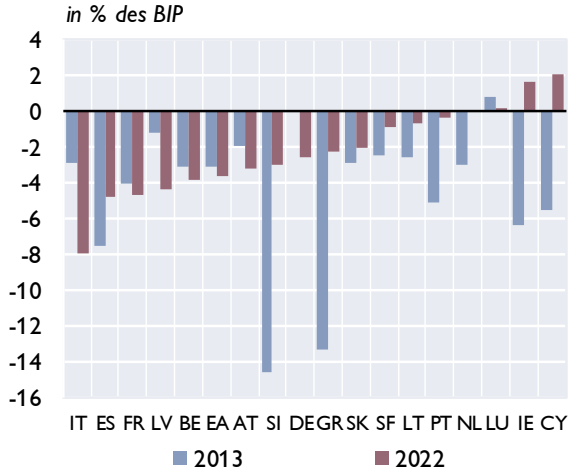
Immobilienpreisindizes



Verschuldung des Gesamtstaates



Finanzierungssaldo des Gesamtstaates



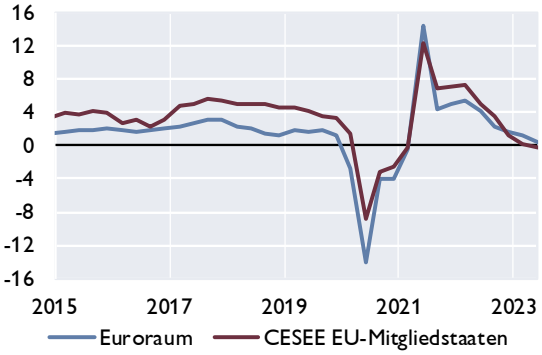
Quelle: Europäische Kommission, Macrobond. - [1] Prognose: EK-Prognose Mai 2023.

Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren

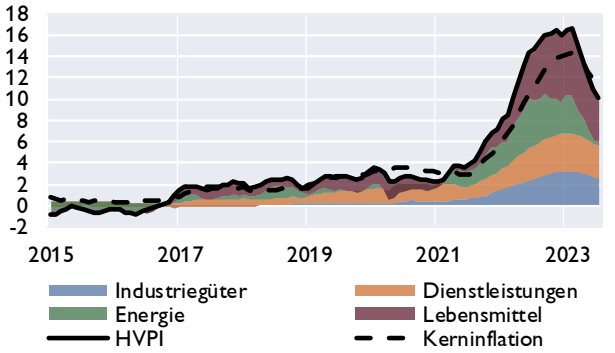
Reales BIP-Wachstum

in % gegenüber der Vorjahresperiode



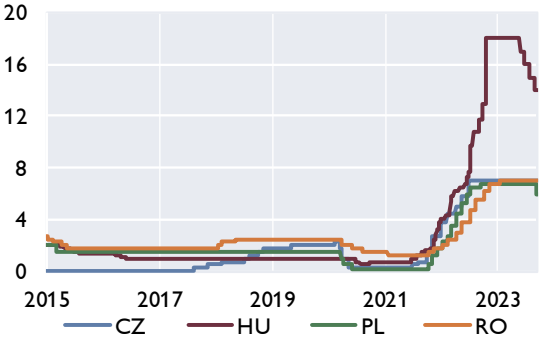
Inflation: CESEE EU-Mitgliedstaaten

in Prozentpunkten, HVPI und Kerninflation in % ggü. Vorjahresperiode



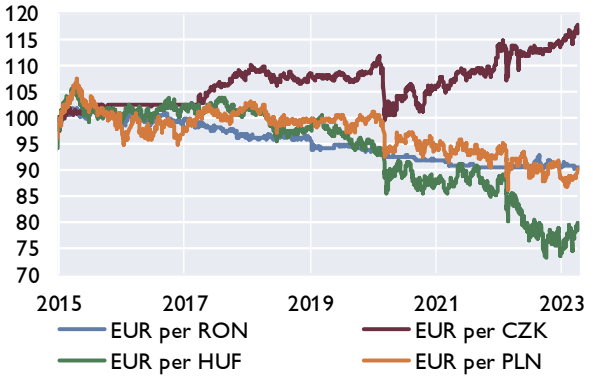
Leitzinsen

in %



Wechselkursentwicklung

Jan. 2015=100, Anstieg = Aufwertung



Prognosen zum Wirtschaftswachstum

	EU-Kommission		IWF		wiiw		EBRD	
	Mai 2023		April 2023		Juli 2023		Mai 2023	
	2023	2024	2023	2024	2023	2024	2023	2024
Bulgarien	1,5	2,4	1,4	3,5	1,3	2,0	1,3	2,9
Estland	−0,4	3,1	−1,2	3,2	0,2	2,8	−1,3	2,8
Kroatien	1,6	2,3	1,7	2,3	2,5	2,9	1,5	2,3
Lettland	1,4	2,8	4,0	2,9	0,8	2,8	0,0	2,5
Litauen	0,5	2,7	−0,3	2,7	0,3	2,7	0,0	2,0
Polen	0,7	2,7	0,3	2,4	1,0	2,4	0,6	3,0
Rumänien	3,2	3,5	2,4	3,7	3,0	4,0	2,5	3,5
Russland	−0,9	1,3	0,7	1,3	1,0	1,5	−1,5	1,0
Slowakei	1,7	2,1	1,3	2,7	0,6	2,0	1,4	3,0
Slowenien	1,2	2,2	1,6	2,1	1,4	2,5	1,5	2,3
Tschechische Republik	0,2	2,6	−0,5	2,0	0,2	2,4	−0,1	2,9
Ungarn	0,5	2,8	0,5	3,2	−0,5	2,0	0,4	3,5

Quelle: Eurostat, OeNB, Macrobond, Europäische Kommission, IWF, wiiw, EBRD.

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Seite 16

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts

	Prognose[1]							
	2022	2023	2024	2Q22	3Q22	4Q22	1Q23	2Q23
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	3,2	1,2	1,4	4,1	2,1	1,5	1,3	0,9
Deutschland	1,8	**−0,4**	**1,1**	1,6	1,2	0,8	−0,3	−0,1
Estland	−1,3	−0,4	3,1	−0,4	−0,9	−3,2	−3,8	−3,0
Irland	12,0	5,5	5,0	9,1	8,9	10,8	1,0	−0,7
Griechenland	5,9	2,4	1,9	7,1	4,1	4,8	2,0	2,7
Spanien	5,5	**2,2**	**1,9**	7,8	4,9	3,0	4,2	1,8
Frankreich	2,5	**1,0**	**1,2**	3,9	1,2	0,7	0,8	1,0
Kroatien	6,2	1,6	2,3	8,4	5,5	3,7	2,6	2,5
Italien	3,7	**0,9**	**0,8**	5,1	2,5	1,5	2,0	0,4
Zypern	5,6	2,3	2,7	6,6	5,6	4,0	3,2	2,3
Lettland	2,8	1,4	2,8	3,4	0,8	1,2	0,3	−0,1
Litauen	1,9	0,5	2,7	2,2	1,4	−0,4	−2,6	1,0
Luxemburg	1,5	1,6	2,4	2,2	3,8	−2,2	−0,4	..
Malta	7,1	3,9	4,1	9,9	4,8	5,3	5,0	3,9
Niederlande	4,5	**0,5**	**1,0**	5,2	3,0	3,1	2,1	−0,1
Österreich	4,9	0,4	1,6	6,6	1,9	2,7	1,8	−0,9
Portugal	6,7	2,4	1,8	7,4	4,8	3,2	2,5	2,3
Slowenien	5,4	1,2	2,2	8,3	3,9	1,3	0,9	1,6
Slowakische Republik	1,7	1,7	2,1	1,5	1,2	1,0	1,1	1,3
Finnland	2,1	0,2	1,4	2,6	1,1	−0,5	−0,1	−0,2
Euroraum	3,5	**0,8**	**1,3**	4,2	2,3	1,7	1,1	0,5
Bulgarien	3,4	1,5	2,4	4,6	3,1	2,1	2,2	1,9
Tschechische Republik	2,5	0,2	2,6	3,4	1,4	0,1	−0,4	−0,4
Dänemark	3,8	0,3	1,5	3,2	2,3	0,4	2,0	1,5
Ungarn	4,6	0,5	2,8	6,2	3,7	0,7	−1,2	−2,3
Polen	5,1	**0,5**	**2,7**	6,0	5,0	1,0	−0,6	−1,4
Rumänien	4,7	3,2	3,5	4,1	3,7	4,0	2,9	2,7
Schweden	2,8	−0,5	1,1	4,2	2,7	−0,2	0,8	−0,8
EU	3,5	**0,8**	**1,4**	4,2	2,5	1,6	1,1	0,4
Türkei	5,6	3,5	4,0	7,0	4,1	3,5	3,0	..
Vereinigtes Königreich	4,1	−0,2	1,0	3,8	2,0	0,6	0,2	0,4
USA	2,1	1,4	1,0	1,8	1,9	0,9	1,8	2,5
Japan	1,0	1,1	1,0	1,4	1,5	0,5	1,8	1,7
Schweiz	2,1	0,8	1,5	3,3	1,4	1,2	1,4	0,6
Russland	−2,1	−0,9	1,3	−4,5	−3,5	−2,7	−1,8	..
Brasilien	2,9	1,0	1,3	3,7	3,6	1,9	4,0	3,4
China	3,0	5,5	4,7	0,4	3,9	2,9	4,5	6,3
Indien	6,7	5,6	6,6	13,1	6,2	4,5	6,1	7,8

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter, EK, Macrobond.

[1] *EK-Prognose: Interimsprognose September 2023 (fett unterlegte Werte); restliche Daten: Mai 2023.*

Entwicklung der Verbraucherpreise[1]

	2022	Prognose[2] 2023	2024	Apr.23	Mai.23	Jun.23	Jul.23	Aug.23
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	10,3	3,4	3,5	3,3	2,7	1,6	1,7	2,4
Deutschland	8,7	**6,4**	**2,8**	7,6	6,3	6,8	6,5	6,4
Estland	19,4	9,2	2,8	13,2	11,2	9,0	6,2	4,3
Irland	8,1	4,6	2,6	6,3	5,4	4,8	4,6	4,9
Griechenland	9,3	4,2	2,4	4,5	4,1	2,8	3,5	3,5
Spanien	8,3	**3,6**	**2,9**	3,8	2,9	1,6	2,1	2,4
Frankreich	5,9	**5,6**	**2,7**	6,9	6,0	5,3	5,1	5,7
Kroatien	10,7	6,9	2,2	8,9	8,3	8,3	8,0	8,4
Italien	8,7	**5,9**	**2,9**	8,6	8,0	6,7	6,3	5,5
Zypern	8,1	3,8	2,5	3,9	3,6	2,8	2,4	3,1
Lettland	17,2	9,3	1,7	15,0	12,3	8,1	6,6	5,6
Litauen	18,9	9,2	2,2	13,3	10,7	8,2	7,2	6,4
Luxemburg	8,2	3,2	2,6	2,7	2,0	1,0	2,0	3,5
Malta	6,1	5,4	2,8	6,4	6,3	6,2	5,6	5,0
Niederlande	11,6	**4,7**	**3,0**	5,8	6,8	6,4	5,3	3,4
Österreich	8,6	7,1	3,8	9,4	8,7	7,8	7,0	7,5
Portugal	8,1	5,1	2,7	6,9	5,4	4,7	4,3	5,3
Slowenien	9,3	7,0	3,8	9,2	8,1	6,6	5,7	6,1
Slowakische Republik	12,1	10,9	5,7	14,0	12,3	11,3	10,3	9,6
Finnland	7,2	4,8	2,1	6,3	5,0	4,1	4,2	3,1
Euroraum	8,4	**5,6**	**2,9**	7,0	6,1	5,5	5,3	5,2
Bulgarien	13,0	9,4	4,2	10,3	8,6	7,5	7,8	7,5
Tschechische Republik	14,8	11,9	3,4	14,3	12,5	11,2	10,2	10,1
Dänemark	8,5	4,3	2,5	5,6	2,9	2,4	3,2	2,3
Ungarn	15,3	16,4	4,0	24,4	21,9	19,9	17,5	14,2
Polen	13,2	**11,4**	**6,1**	14,0	12,5	11,0	10,3	9,5
Rumänien	12,0	9,7	4,6	10,4	9,6	9,3	8,9	9,3
Schweden	8,1	6,0	1,9	7,7	6,7	6,3	6,3	4,5
EU	9,2	**6,5**	**3,2**	8,1	7,1	6,4	6,1	5,9
Türkei	72,3	45,0	30,3	43,7	39,7	38,3	48,0	59,1
Vereinigtes Königreich	9,1	6,7	2,4	8,7	8,7	7,9	6,8	..
USA	8,0	4,3	2,6	5,0	4,1	3,1	3,3	3,7
Japan	2,5	3,2	1,8	3,5	3,2	3,3	3,3	..
Schweiz	2,7	2,2	1,3	2,6	2,2	1,8	2,1	1,9
Russland	13,8	6,4	4,6	4,7	3,6	4,6	7,8	3,6
Brasilien	9,3	5,0	4,8	4,2	3,9	3,2	4,0	4,6
China[3]	2,0	3,0	3,0	0,1	0,2	0,0	−0,3	..
Indien	5,9	4,9	4,4	5,1	4,4	5,6	7,5	..

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter.

[1] *EU, Türkei, Schweiz: HVPI; restliche Länder nationaler VPI.*

[2] *EK-Prognose: Interimsprognose Sept. 2023 (fett unterlegte Werte); restliche Daten: Mai 2023; Brasilien u. Indien: IWF WEO April 2023.*

[3] *China Prognose: GDP-Deflator.*

Arbeitslosenquoten[1]

		Prognose[2]						
	2022	2023	2024	Mär.23	Apr.23	Mai.23	Jun.23	Jul.23
	in %							
Belgien	5,6	5,8	5,7	5,6	5,6	5,6	5,6	5,5
Deutschland	3,1	3,2	3,1	2,9	2,9	2,9	2,9	2,9
Estland	5,6	6,2	6,1	5,9	6,2	6,7	7,1	7,2
Irland	4,5	4,3	4,3	4,1	4,1	4,1	4,2	4,1
Griechenland	12,5	12,2	11,8	11,2	11,6	11,2	11,0	10,8
Spanien	12,9	12,7	12,4	12,5	12,1	11,9	11,7	11,6
Frankreich	7,3	7,4	7,5	7,1	7,3	7,3	7,3	7,4
Kroatien	7,0	6,6	6,1	6,6	6,5	6,6	6,7	6,8
Italien	8,1	7,8	7,7	7,8	7,8	7,7	7,5	7,6
Zypern	6,8	6,9	6,4	6,3	6,2	6,2	6,3	6,7
Lettland	6,9	6,8	6,5	6,0	6,2	6,4	6,6	6,6
Litauen	6,0	6,6	6,5	7,6	6,5	6,1	5,8	6,4
Luxemburg	4,6	4,8	5,0	4,9	5,0	5,0	5,2	5,2
Malta	2,9	2,9	2,9	2,8	2,7	2,6	2,5	2,5
Niederlande	3,5	3,8	3,9	3,5	3,4	3,5	3,5	3,6
Österreich	4,8	4,9	5,0	4,5	5,1	4,7	5,1	5,6
Portugal	6,0	6,5	6,3	6,8	6,5	6,4	6,3	6,3
Slowenien	4,0	3,9	3,8	3,7	3,8	3,7	3,7	3,5
Slowakische Republik	6,1	5,8	5,4	6,0	5,9	5,9	5,8	5,8
Finnland	6,8	7,1	6,8	6,6	7,0	7,1	7,2	7,4
Euroraum	6,8	6,8	6,7	6,5	6,5	6,5	6,4	6,4
Bulgarien	4,3	4,3	4,0	4,2	4,3	4,4	4,5	4,6
Tschechische Republik	2,2	2,8	2,6	2,6	2,7	2,5	2,7	2,7
Dänemark	4,5	5,0	5,1	4,7	5,0	4,9	4,9	5,6
Ungarn	3,6	4,2	4,0	3,8	3,9	3,9	3,9	4,0
Polen	2,9	3,3	3,2	2,7	2,8	2,8	2,8	2,8
Rumänien	5,6	5,4	5,1	5,5	5,5	5,5	5,6	5,5
Schweden	7,5	7,7	8,2	7,2	7,1	7,2	7,9	7,0
EU	6,2	6,2	6,1	6,0	6,0	5,9	5,9	5,9
Türkei	10,5	10,2	10,2	10,0	10,0	9,5	9,6	9,4
Vereinigtes Königreich	3,7	4,3	4,6	3,8	4,0	4,2	..	..
USA	3,6	4,1	4,8	3,5	3,4	3,7	3,6	3,5
Japan	2,6	2,5	2,4	2,8	2,6	2,6	2,5	2,7
Schweiz	2,2	4,7	4,7	1,9	1,9	2,0	2,0	2,1
Russland	3,9	3,7	4,0	3,5	3,3	3,2	3,1	3,0
Brasilien	9,5	8,2	8,1	8,8	8,5	8,3	8,0	7,9
China	5,6	4,1	3,9	5,3	5,2	5,2	5,2	5,3
Indien	7,6	x	x	7,8	8,5	7,7	8,5	8,0

Quelle: Eurostat, Macrobond, EK, IWF.

[1] *EU: saisonal bereinigte Arbeitslosenquoten.*

[2] *EK-Prognose Mai 2023; BR, CN: IWF-Prognose April 2023.*

Leistungsbilanzsalden

									Prognose[1]	
	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	in % des BIP									
Belgien	1,4	0,6	0,7	−0,9	0,1	1,1	0,4	−2,9	−1,8	−1,8
Deutschland	8,7	8,7	8,0	8,1	7,7	7,1	7,4	4,0	5,8	5,6
Estland	1,8	1,2	2,3	0,9	2,4	−1,0	−1,8	−1,3	−0,3	0,1
Irland	4,5	−4,1	0,6	4,9	−19,8	−6,8	14,2	8,8	11,1	11,9
Griechenland	−1,4	−2,3	−2,1	−3,5	−2,3	−8,0	−8,2	−11,8	−9,2	−7,8
Spanien	2,0	3,2	2,8	1,9	2,1	0,6	1,0	0,6	1,6	1,5
Frankreich	−0,5	−0,6	−0,7	−0,7	−0,7	−2,5	−0,8	−3,1	−1,5	−1,3
Kroatien	2,9	2,2	3,3	1,6	2,9	−0,4	3,2	−0,2	0,7	1,1
Italien	1,4	2,6	2,6	2,6	3,3	3,9	3,1	−1,3	0,0	1,3
Zypern	−0,3	−3,9	−5,0	−3,9	−5,5	−10,0	−6,8	−9,1	−7,3	−6,9
Lettland	−0,6	1,6	1,3	−0,1	−0,6	2,6	−4,2	−6,1	−3,4	−2,7
Litauen	−2,5	−1,1	0,5	0,3	3,5	7,3	1,1	−5,3	−1,1	−0,1
Luxemburg	−1,0	1,8	3,0	3,9	−1,4	3,1	5,3	5,7	7,2	7,4
Malta	2,7	3,7	10,9	10,7	8,1	2,4	5,0	1,6	3,8	4,1
Niederlande	5,2	7,1	8,9	9,3	6,9	5,1	7,3	4,4	6,0	6,1
Österreich	1,9	2,9	1,5	1,0	2,5	3,0	0,4	0,2	0,8	1,2
Portugal	−0,0	0,6	1,0	0,3	0,1	−1,2	−0,8	−1,5	1,0	0,8
Slowenien	3,9	4,8	6,4	6,1	6,1	7,7	4,0	−0,5	0,9	1,7
Slowakische Republik	−0,7	−2,1	−1,0	−0,7	−2,9	0,1	−2,4	−7,8	−6,7	−5,3
Finnland	−0,8	−2,0	−0,8	−1,8	−0,3	0,6	0,5	−3,9	−1,9	−1,2
Euroraum	3,3	3,5	3,6	3,5	2,7	2,4	3,5	0,6	2,1	2,4
Bulgarien	0,6	5,3	6,1	6,1	−6,4	0,0	−1,9	−0,4	0,1	0,2
Tschechische Republik	−1,7	−0,3	0,8	−0,6	−0,9	0,7	−2,3	−5,4	−2,5	−0,7
Dänemark	8,2	7,8	8,0	7,3	8,5	7,9	9,0	13,1	10,7	10,7
Ungarn	1,8	4,2	1,6	−0,0	−0,9	−0,9	−3,8	−8,3	−3,5	−2,8
Polen	−1,3	−1,1	−1,2	−2,0	−0,3	2,3	−1,4	−3,2	−1,0	0,5
Rumänien	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	−8,8	−7,6	−7,4
Schweden	3,1	2,4	2,8	2,6	5,2	6,0	6,5	4,4	5,9	6,3
EU	3,2	3,4	3,4	3,2	2,7	2,6	3,1	0,5	2,0	2,3
Türkei	−3,0	−3,1	−4,7	−4,7	−4,7	−4,7	−1,7	−5,7	−4,2	−2,7
Vereinigtes Königreich	−5,1	−5,5	−3,6	−4,1	−2,8	−3,2	−1,5	−3,8	−2,2	−1,7
USA	−2,3	−2,2	−1,9	−2,1	−2,1	−2,8	−3,7	−3,9	−3,3	−3,0
Japan	3,1	3,9	4,1	3,5	3,5	2,9	3,9	2,1	2,6	3,4
Schweiz	8,6	6,4	4,7	4,2	3,4	1,1	7,1	7,3	7,0	7,7
Russland	4,9	2,0	2,1	7,0	3,9	2,4	6,7	10,4	5,3	4,8
Brasilien	−3,5	−1,7	−1,2	−2,9	−3,6	−1,9	−2,8	−2,9	−2,7	−2,7
China	2,8	1,8	1,5	0,2	0,7	1,7	2,0	2,2	1,6	1,3
Indien	−1,1	−0,6	−1,8	−2,1	−0,9	0,9	−1,2	−2,6	−2,2	−2,2

Quelle: Europäische Kommission, IWF.

[1] *EK-Prognose Mai 2023; BR, IN: IWF-Prognose April 2023.*

Fiskaldaten

	Budgetsalden						Staatsschulden					
				Prognose[1]						Prognose[1]		
	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	in % des BIP											
Belgien	−2,0	−9,0	−5,5	−3,9	−5,0	−4,7	97,6	112,0	109,1	105,1	106,0	107,3
Deutschland	1,5	−4,3	−3,7	−2,6	−2,3	−1,2	59,6	68,7	69,3	66,3	65,2	64,1
Estland	0,1	−5,5	−2,4	−0,9	−3,1	−2,7	8,5	18,5	17,6	18,4	19,5	21,3
Irland	0,5	−5,0	−1,6	1,6	1,7	2,2	57,0	58,4	55,4	44,7	40,4	38,3
Griechenland	0,9	−9,7	−7,1	−2,3	−1,3	−0,6	180,6	206,3	194,6	171,3	160,2	154,4
Spanien	−3,1	−10,1	−6,9	−4,8	−4,1	−3,3	98,2	120,4	118,3	113,2	110,6	109,1
Frankreich	−3,1	−9,0	−6,5	−4,7	−4,7	−4,3	97,4	114,6	112,9	111,6	109,6	109,5
Kroatien	0,2	−7,3	−2,5	0,4	−0,5	−1,3	71,0	87,0	78,4	68,4	63,0	61,8
Italien	−1,5	−9,7	−9,0	−8,0	−4,5	−3,7	134,1	154,9	149,9	144,4	140,4	140,3
Zypern	1,3	−5,8	−2,0	2,1	1,8	2,1	90,8	113,8	101,2	86,5	80,4	72,5
Lettland	−0,6	−4,4	−7,1	−4,4	−3,8	−2,7	36,5	42,0	43,7	40,8	39,7	40,5
Litauen	0,5	−6,5	−1,2	−0,6	−1,7	−1,4	35,8	46,3	43,7	38,4	37,1	36,6
Luxemburg	2,2	−3,4	0,7	0,2	−1,7	−1,5	22,4	24,5	24,5	24,6	25,9	27,0
Malta	0,5	−9,7	−7,8	−5,8	−5,1	−4,5	40,3	52,9	55,1	53,4	54,8	56,1
Niederlande	1,8	−3,7	−2,4	0,0	−2,1	−1,7	48,5	54,7	52,5	51,0	49,3	48,8
Österreich	0,6	−8,0	−5,8	−3,2	−2,4	−1,3	70,6	82,9	82,3	78,4	75,4	72,7
Portugal	0,1	−5,8	−2,9	−0,4	−0,1	−0,1	116,6	134,9	125,4	113,9	106,2	103,1
Slowenien	0,7	−7,7	−4,6	−3,0	−3,7	−2,9	65,4	79,6	74,5	69,9	69,1	66,6
Slowakische Republik	−1,2	−5,4	−5,4	−2,0	−6,1	−4,8	48,0	58,9	61,0	57,8	58,3	58,7
Finnland	−0,9	−5,6	−2,8	−0,9	−2,6	−2,6	64,9	74,7	72,6	73,0	73,9	76,2
Euroraum	−0,6	−7,1	−5,3	−3,6	−3,2	−2,4	85,9	99,1	97,2	93,1	90,8	89,9
Bulgarien	2,1	−3,8	−3,9	−2,8	−4,8	−4,8	20,0	24,5	23,9	22,9	25,0	28,1
Tschechische Republik	0,3	−5,8	−5,1	−3,6	−3,6	−3,0	30,0	37,7	42,0	44,1	42,9	43,1
Dänemark	4,1	0,2	3,6	3,3	2,3	1,3	33,7	42,2	36,7	30,1	30,1	28,8
Ungarn	−2,0	−7,5	−7,1	−6,2	−4,0	−4,4	65,3	79,3	76,6	73,3	70,7	71,1
Polen	−0,7	−6,9	−1,8	−3,7	−5,0	−3,7	45,7	57,2	53,6	49,1	50,5	53,0
Rumänien	−4,3	−9,2	−7,1	−6,2	−4,7	−4,4	35,1	46,9	48,6	47,3	45,6	46,1
Schweden	0,6	−2,8	0,0	0,7	−0,9	−0,5	35,5	39,8	36,5	33,0	31,4	30,7
EU	−0,5	−6,7	−4,8	−3,4	−3,1	−2,4	79,3	91,7	89,5	85,3	83,4	82,6
Türkei	−4,4	−4,7	−1,1	−1,2	−4,9	−4,7	32,6	39,7	41,8	31,7	32,7	35,0
Vereinigtes Königreich	−2,2	−12,8	−8,1	−5,2	−3,2	−2,4	85,5	105,6	105,9	101,0	99,4	99,1
USA	−6,7	−14,9	−12,1	−4,0	−5,0	−5,5	108,5	131,8	127,0	123,4	121,8	122,8
Japan	−3,0	−9,1	−6,2	−8,0	−6,5	−4,4	236,4	258,7	255,4	258,9	255,1	252,3
Schweiz	1,3	−3,1	−0,5	−0,1	0,2	0,7	25,9	27,9	27,9	26,4	25,6	24,3
Russland	3,0	−2,8	2,4	−2,2	−3,1	−2,6	13,7	19,2	16,5	14,7	15,9	17,0
Brasilien	−5,8	−13,3	−4,3	−4,6	−8,8	−8,2	87,9	96,8	90,7	85,9	88,4	91,5
China	−6,1	−9,7	−6,0	−7,5	−6,9	−6,4	60,4	70,1	71,8	77,1	82,4	87,2
Indien	−7,7	−12,9	−9,6	−9,6	−8,9	−8,3	75,0	88,5	84,7	83,1	83,2	83,7

Quelle: Europäische Kommission, IWF.

[1] *EK-Prognose Mai 2023; BR, CN, IN: IWF-Prognose April 2023.*

Prognosen und Konjunktureinschätzungen wichtiger Wirtschaftsindikatoren für Österreich

	OeNB			WIFO		IHS		OECD		IWF		EU-Kommission	
Aktuelle Prognose	Juni 2023			Juni 2023		Juni 2023		Juni 2023		April 2023		Mai 2023	
	2023	2024	2025	2023	2024	2023	2024	2023	2024	2023	2024	2023	2024
	Veränderung zum Vorjahr in %												
BIP, real	0,5	1,7	1,6	0,3	1,4	0,5	1,4	0,2	1,6	0,4	1,1	0,4	1,6
Privater Konsum, real	−0,2	2,3	1,6	0,9	1,8	0,5	1,8	−0,2	2,3	x	x	1,4	2,1
Öffentlicher Konsum, real	−0,3	0,0	0,7	0,2	0,6	−1,5	0,0	−0,2	0,6	x	x	−0,4	0,3
Bruttoanlageinvestitionen, real	0,4	0,6	1,4	−0,6	0,8	−1,0	0,5	0,3	1,1	x	x	0,0	1,1
Exporte, real	2,9	2,7	3,0	2,4	3,1	2,1	3,0	3,2	2,7	5,9	2,1	1,5	2,5
Importe, real	2,7	2,2	2,6	2,4	2,9	1,4	3,0	2,8	2,7	4,6	1,7	2,0	2,3
Arbeitsproduktivität[1]	−0,3	0,7	0,7	−0,3	0,5	−0,6	0,3	1,0	1,0	x	x	−0,2	0,7
BIP Deflator	7,7	4,7	3,7	7,3	3,6	7,2	4,2	7,5	3,5	7,8	2,6	7,2	4,2
VPI	x	x	x	7,5	3,8	7,5	4,0	x	x	x	x	x	x
HVPI	7,4	4,1	2,9	7,4	3,5	7,5	4,0	8,0	3,9	8,2	3,0	7,1	3,8
Lohnstückkosten	7,9	5,9	3,6	8,8	6,9	7,7	5,7	1,3	1,3	x	x	8,5	5,9
Beschäftigte[2]	0,8	1,0	1,0	1,0	1,0	1,1	1,1	1,4	0,6	−0,1	0,3	0,6	0,9
	in % des Arbeitskräfteangebots												
Arbeitslosenquote	5,0	4,8	4,6	4,9	4,7	5,2	5,0	5,0	5,1	5,3	5,6	4,9	5,0
	in % des nominellen BIP												
Leistungsbilanz	1,3	1,9	2,3	2,1	2,2	x	x	1,4	1,3	1,2	0,6	0,8	1,2
Finanzierungssaldo des Staates	−2,6	−1,9	−1,9	−2,2	−1,2	−2,6	−1,6	−3,2	−1,6	−2,7	−1,5	−2,4	−1,3
	Prognoseannahmen												
Erdölpreis in USD/Barrel	78,0	72,6	70,4	77,0	72,0	77,0	72,0	77,4	75,0	73,1	68,9	85,0	78,0
Kurzfristiger Zinssatz in %	3,4	3,4	2,9	3,7	4,6	3,5	3,7	3,2	3,4	2,8	3,0	3,3	3,3
USD/EUR-Wechselkurs	1,08	1,09	1,09	1,09	1,14	1,08	1,09	1,04	1,04	1,06	1,05	1,09	1,10
	Veränderung zum Vorjahr in %												
BIP, real Euroraum	0,9	1,5	1,6	0,6	1,3	0,6	1,5	0,9	1,5	0,8	1,4	1,1	1,6
BIP, real USA	1,0	0,6	1,6	0,9	0,6	1,3	1,3	1,6	1,0	1,6	1,1	1,4	1,0
BIP, real Welt	2,9	2,9	3,1	x	x	2,6	2,9	2,7	2,9	2,8	3,0	2,8	3,1
Welthandel[3]	1,5	3,4	3,3	x	x	0,5	3,5	1,6	3,8	2,4	3,5	1,6	3,1

[1] OeNB, WIFO: Produktivität je geleisteter Arbeitsstunde. IHS, OECD, EU-Kommission: Produktivität je Beschäftigtem. - [2] WIFO und IHS: Unselbstständig aktiv Beschäftigte.

[3] IHS: Waren laut CPB, EK: Weltimporte.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung (I)

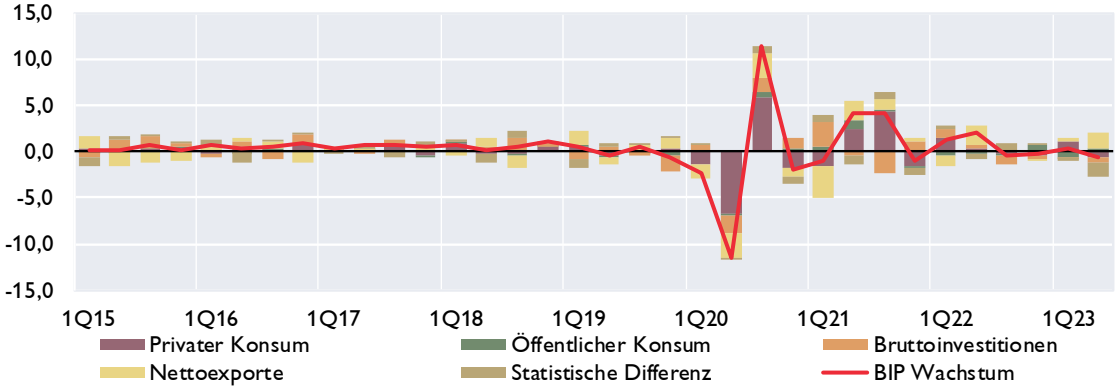
	2021	2022	2022 Q3	2022 Q4	2023 Q1	2023 Q2	2023 Q3	2023 Mai	2023 Juni	2023 Juli	2023 Aug.
	Veränderung zum Vorjahr in %										
HVPI gesamt	2,8	8,6	9,9	11,1	10,6	8,6	..	8,7	7,8	7,0	7,5
Kerninflation (o.Energie u.unb.Lebensmittel)	2,1	5,7	6,3	7,9	9,0	8,6	..	8,6	8,2	8,0	7,8
Nationaler VPI	2,8	8,5	9,8	10,6	10,4	8,8	..	8,9	8,0	7,0	7,4
Deflator des privaten Konsums	2,3	7,3	8,1	9,2	8,9	7,8	..	×	×	×	×
BIP Deflator	1,9	4,9	5,4	6,8	8,3	7,5	..	×	×	×	×
Erzeugerpreisindex	7,9	19,3	21,4	15,7	11,2	2,6	..	2,6	0,8	−1,3	..
Großhandelspreisindex	10,4	21,0	21,6	17,3	7,4	−4,7	..	−4,7	−7,3	−6,3	−3,5
Tariflohnindex	1,7	3,1	3,2	3,4	6,6	7,6	..	7,9	7,8	7,9	8,0
BIP je Erwerbstätigen	4,1	6,7	5,6	7,0	8,8	5,1	..	×	×	×	×
Lohnstückkosten Gesamtwirtschaft	0,3	2,6	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Lohnstückkosten Sachgütererzeugung	−5,4	4,5	×	×	×	×	×	×	×	×	×
	Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)										
BIP real	4,7	4,9	−0,4	−0,2	0,4	−0,7	..	×	×	×	×
Privater Konsum	3,4	4,9	−0,5	−0,7	2,1	−1,4	..	×	×	×	×
Öffentlicher Konsum	7,9	3,6	−0,7	3,3	−2,6	1,9	..	×	×	×	×
Bruttoanlageinvestitionen	8,8	0,4	−0,8	4,3	0,0	−2,1	..	×	×	×	×
Exporte	10,1	13,0	0,6	−0,7	1,3	3,7	..	×	×	×	×
Importe	13,5	7,8	0,2	−0,7	0,8	1,0	..	×	×	×	×
	Beitrag zum Wachstum des nichtsaisonbereinigten realen BIP (in Prozentpunkten)										
BIP real (Veränderung zum Vorjahr in %)	4,6	4,9	2,0	2,3	1,9	−1,1	..	×	×	×	×
Binnennachfrage (ohne Lager)	4,7	3,1	−1,0	2,3	1,1	0,4	..	×	×	×	×
Nettoexporte	−1,8	3,0	1,4	1,5	3,1	2,3	..	×	×	×	×
Vorratsveränderung u. stat. Differenz	1,7	−1,1	1,6	−1,5	−2,3	−3,8	..	×	×	×	×
	Außenhandel - Waren lt. Statistik Austria (Veränderung z.VJP. in %)										
Exporte	16,1	17,6	17,1	13,8	9,2	2,8	..	−0,9	3,4	..	..
Importe	23,6	20,6	21,5	15,7	5,4	−5,5	..	−8,0	−2,4	..	..
	Zahlungsbilanz (in Mrd EUR) - Transaktionsbilanz										
Güter- und Dienstleistungen	2,1	6,4	−1,0	1,5	7,3	1,3	..	×	×	×	×
Reiseverkehr	2,1	7,2	1,6	2,0	5,8	0,3	..	×	×	×	×
Leistungsbilanz	1,4	3,1	−1,5	1,6	7,0	−0,8	..	×	×	×	×
Leistungsbilanz in % des BIP	0,4	0,7	0,9	2,0	..	..	..	×	×	×	×
	Ausgewählte Indikatoren										
Economic Sentiment Indicator	111,9	96,6	90,3	86,4	91,6	86,3	..	84,9	84,2	86,4	82,4
Industrievertrauen (%-Saldo)	10,3	2,3	−1,2	−7,4	−4,8	−12,0	..	−14,2	−13,7	−12,2	−18,4
Ind. Produktion o. Bau (Vä z. VJP in %)	10,2	6,8	5,5	2,9	1,3	−0,2	..	−0,5	−1,5	0,0	..
Kapazitätsauslastung - Industrie in %	87,1	87,7	87,9	85,6	87,1	86,3	84,6	×	×	×	×
Bauvertrauen (%-Saldo)	19,0	9,1	5,9	1,5	−0,9	−6,5	..	−6,5	−8,9	−11,2	−11,1
Dienstleistervertrauen (%-Saldo)	16,4	10,2	7,0	2,7	8,9	5,0	..	6,8	0,3	0,2	0,0
Konsumentenvertrauen (%-Saldo)	−4,9	−24,5	−32,0	−29,6	−24,2	−23,6	..	−24,5	−22,3	−21,1	−22,3
Einzelhandelsvertrauen (%-Saldo)	−4,8	−11,0	−16,8	−15,5	−18,1	−26,0	..	−34,9	−29,4	−29,1	−24,4
Einzelhandelsumsätze (Vä z. VJP in %)	2,8	−0,6	−1,3	−1,2	−2,7	−4,4	..	−4,7	−0,2	−2,3	..
	Arbeitsmarktentwicklung										
Unselbstständig Beschäftigte (Vä z.VJP in %)	2,4	2,9	1,8	1,9	1,6	1,2	..	1,2	1,1	1,4	1,0
Vorgemerkte Arbeitslose (Vä z. VJP in %)	−19,0	−20,7	−13,9	−8,8	−3,0	3,4	..	4,3	4,5	6,3	4,9
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	8,0	6,3	5,7	6,5	6,9	5,9	..	5,9	5,7	5,9	6,1
Arbeitslosenquote (gem. ILO-Definition)	6,2	4,8	5,0	5,0	..	..	..	4,7	5,1	5,6	..
	Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)										
Geldmenge M3 (österr. Beitrag)	4,9	3,1	5,5	4,9	3,1	2,0	..	1,7	1,9	−0,3	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	×	×	×	×	×	×	×	2,3	2,0	1,1	..
Kredite an im Euroraum Ansässige	9,4	1,7	4,8	1,7	1,4	1,4	..	1,5	1,4	−0,3	..
3-Monats Zinssatz (Stand in %)	−0,5	0,3	0,5	1,8	2,6	3,4	..	3,4	3,5	3,7	3,8
10-Jahres Zinssatz (Stand in %)	−0,1	1,7	1,9	2,8	3,0	3,0	..	3,0	3,0	3,1	3,2
ATX (Stand; 2.1.1991=1000)	3 436	3 200	2 921	3 034	3 343	3 176	..	3 154	3 135	3 179	3 151,5
	Finanzierung lt. Maastricht in % des BIP										
Finanzierungssaldo des Bundessektors	−5,2	−3,8	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Finanzierungssaldo des Staates	−5,8	−3,2	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Schulden des Staates	82,3	78,5	×	×	×	×	×	×	×	×	×

Quelle: OeNB, WIFO, Statistik Austria, AMS, HSV, Eurostat, Macrobond, OeKB, EU-Kommission, EZB.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren – aktuelle Entwicklung (II)

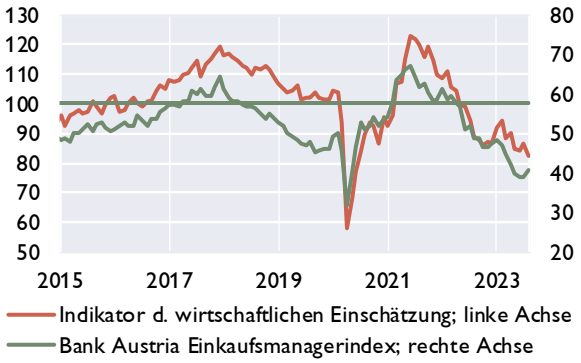
Wachstumsbeiträge zum realen BIP

Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



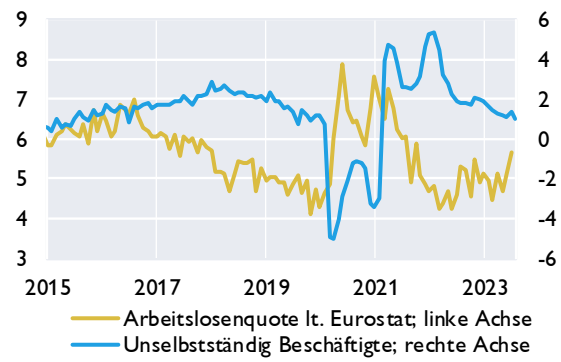
Vertrauensindikatoren (saisonbereinigt)

Langzeitdurchschnitt = 100 *Wachstumsschwelle = 50[1]*



Arbeitsmarkt

in % *Veränderung zum Vorjahr in %*



Zahlungsbilanz[2]

Salden	2020	2021	2022	2Q22	3Q22	4Q22	1Q23	2Q23
	in Mrd EUR							
Leistungsbilanz	13,1	6,7	−1,3	−2,8	−1,5	1,6	7,0	−0,8
Güter	4,5	−0,1	−6,7	−1,5	−1,8	−1,5	2,3	1,4
Dienstleistungen	8,2	3,1	8,3	0,6	0,8	3,0	5,0	−0,2
Primäreinkommen	4,0	6,3	−0,3	−1,1	−0,1	0,7	0,3	−1,3
Sekundäreinkommen	−3,5	−2,7	−2,5	−0,8	−0,3	−0,7	−0,6	−0,8
Vermögensübertragungen	−0,4	0,0	0,6	0,3	0,2	0,1	−0,3	0,1
Kapitalbilanz	6,5	3,8	−9,5	−5,6	0,1	−9,8	5,2	−6,8
Direktinvestitionen	11,7	9,4	−1,7	−4,3	−0,9	2,2	4,8	−1,2
Portfolioinvestitionen	−13,0	11,4	0,4	−0,8	−1,7	4,9	−17,7	8,7
Finanzderivate	1,1	0,6	1,1	−0,6	0,1	1,6	−0,6	0,5
Sonstige Investiitionen	5,2	−21,8	−9,9	0,1	2,5	−18,0	18,2	−11,1
Währungsreserven[3]	1,5	4,2	0,6	0,0	0,1	−0,4	0,5	−3,7
Statistische Differenz	−6,2	−2,9	−8,8	−3,1	1,4	−11,4	−1,5	−6,0
Leistungsbilanz in % des BIP	3,4	1,6	−0,3	−2,5	−1,3	1,3	6,1	−0,7

Quelle: OeNB, Statistik Austria, WIFO, AMS, HSV, Europäische Kommission, Bank Austria.

[1] *Werte über 50 signalisieren Wachstum.*

[2] *Transaktionen; bis 2020 endgültige Daten, 2021 und 2022 revidierte Daten, 2023 provisorische Daten.*

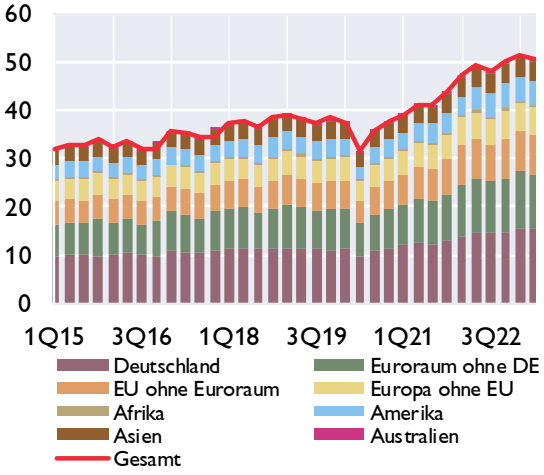
[3] *OeNB: Gold, Devisen, IWF- Positionen, Sonderziehungsrechte etc; Zunahme: - / Abnahme: +.*

Österreich: Außenhandel mit Waren

	Exporte	Importe	Saldo	Exporte	Importe
	in Mio EUR			*Veränderung zum Vorjahr in %*	
2020	142 566	144 421	−1 855	−7,1	−8,5
2021	165 586	178 446	−12 860	16,1	23,6
2022	194 679	215 273	−20 593	17,6	20,6
Jän.-Juni 22	96 478	105 798	−9 320	19,9	23,0
Jän.-Juni 23	102 169	105 593	−3 424	5,9	−0,2
Jän. 23	15 584	17 624	−2 040	8,7	11,2
Feb. 23	15 856	17 198	−1 342	4,7	6,2
März 23	20 050	19 611	439	13,4	0,0
Apr. 23	16 414	16 520	−107	6,3	−6,0
Mai 23	16 930	17 376	−446	−0,9	−8,0
Juni 23	17 335	17 264	71	3,4	−2,4

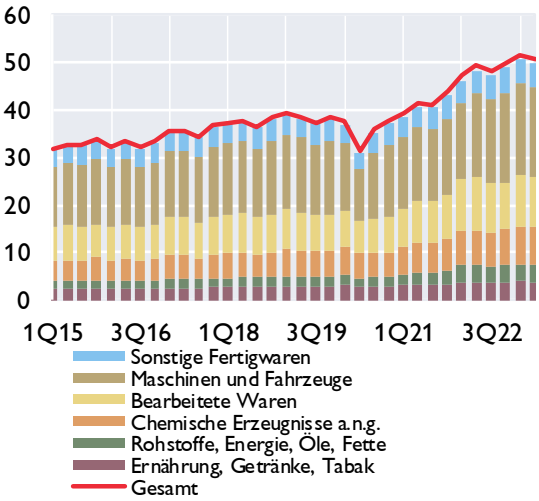
Exporte nach Regionen

in Mrd EUR



Exporte nach Warengruppen

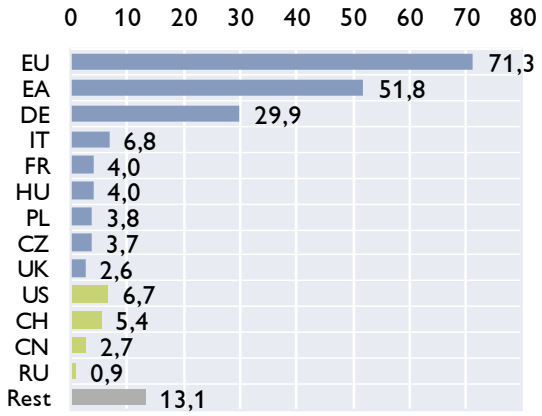
in Mrd EUR



Anteile der wichtigsten Handelspartner im Jahr 2022

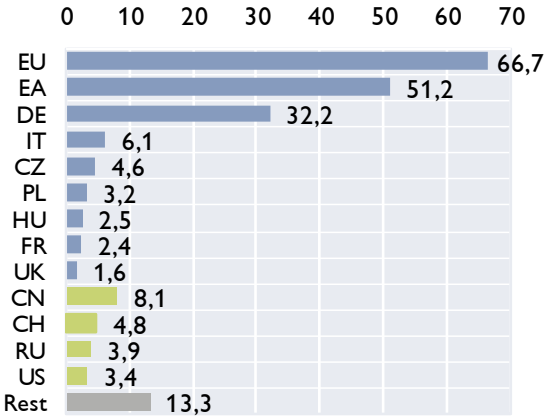
Exporte

Anteil am Gesamtexport in %



Importe

Anteil am Gesamtimport in %



Quelle: Statistik Austria.

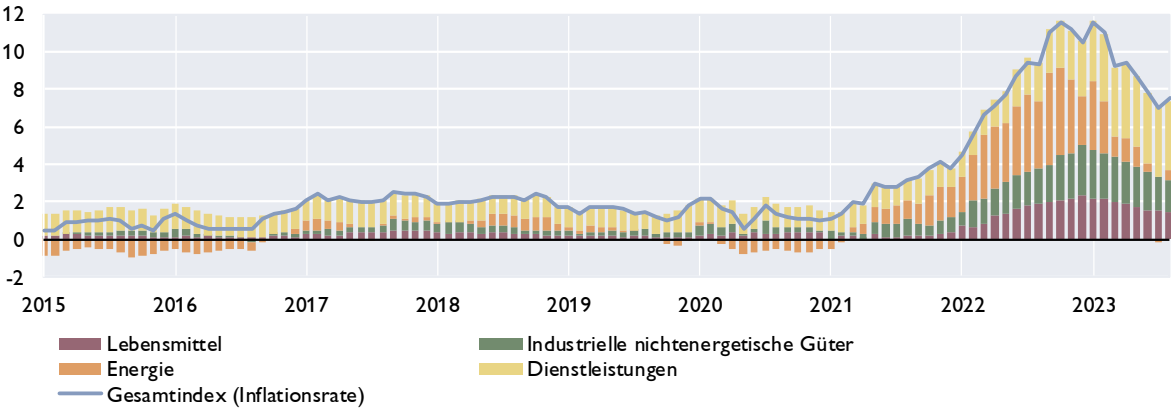
Österreich: Inflation und Wettbewerbsindikatoren

HVPI

COICOP[1]-Verbrauchsgruppen	2023	2021	2022	Apr.23	Mai.23	Jun.23	Jul.23	Aug.23
	Gewicht in %	*Veränderung zum Vorjahr in %*						
Gesamt-HVPI	100,0	2,8	8,6	9,4	8,7	7,8	7,0	7,5
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	12,1	0,7	10,7	13,2	12,2	11,1	10,6	9,9
Alkoholische Getränke und Tabak	3,5	2,3	3,6	8,0	6,8	6,6	6,7	6,2
Bekleidung und Schuhe	6,2	1,0	1,9	5,3	6,1	6,3	6,3	5,7
Wohnung, Wasser, Energie	15,0	3,2	14,5	16,0	16,9	15,6	12,0	11,7
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	7,4	1,9	7,4	9,9	8,5	7,6	6,9	6,3
Gesundheitspflege	5,2	1,6	2,6	5,9	5,2	5,3	5,0	5,7
Verkehr	13,1	5,9	16,4	2,9	0,3	−3,1	−4,0	0,8
Nachrichtenübermittlung	2,0	−2,6	−0,3	−2,7	−2,4	−3,0	−2,0	−2,5
Freizeit und Kultur	10,6	2,9	3,7	7,5	6,9	7,3	8,1	8,0
Bildungswesen	1,2	2,0	2,8	5,8	5,8	5,7	5,9	5,9
Hotels, Cafes und Restaurants	15,8	3,8	9,0	13,7	13,1	12,4	11,9	11,5
Verschiedene Waren u. Dienstleistungen	7,9	1,2	3,3	8,1	8,4	8,4	8,1	7,7

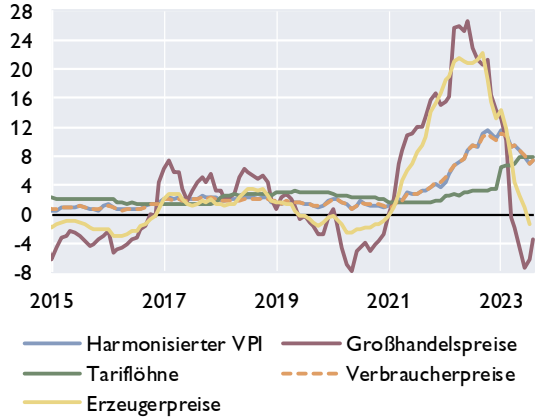
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



Ausgewählte Inflationsindikatoren

Veränderung zum Vorjahr in %



Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit

Veränderung zum Vorjahr in %

	2019	2020	2021	2022
Arbeitsproduktivität[1]	0,2	−4,6	2,1	1,7
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	2,9	2,2	2,5	4,4
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit[2]	−1,1	1,7	0,2	−1,7
Lohnstückkosten				
Gesamtwirtschaft	2,4	7,1	0,3	2,6
Sachgütererzeugung	3,2	4,5	−5,4	4,5

[1] In der Gesamtwirtschaft.
[2] Real-effektiver Wechselkursidex Industriewaren, export- und importgewichtet, deflationiert mit dem HVPI.

Quelle: Statistik Austria, WIFO. [1] Classification of Individual Consumption by Purpose.

Österreich: Tourismus und Reiseverkehr

Übernachtungen in Österreich

in 1.000	2020	2021	2022	2Q22	3Q22	4Q22	1Q23	2Q23
Gesamt	**97 876**	**79 563**	**136 912**	**26 792**	**50 331**	**24 023**	**45 422**	**29 031**
Inländer	31 596	29 599	38 881	9 575	14 130	7 380	8 998	9 506
Ausländer	66 280	49 964	98 031	17 216	36 201	16 643	36 425	19 525
darunter								
Deutschland	38 508	32 084	53 402	10 564	20 632	8 342	17 305	11 031
Osteuropa	7 679	5 235	11 259	1 829	3 370	2 408	4 971	2 163
Niederlande	7 416	4 334	9 986	777	3 496	1 032	5 645	913
Schweiz	3 143	1 992	3 748	742	1 360	891	1 202	853
Vereinigtes Königreich	1 477	310	2 549	457	585	525	1 475	549
Italien	996	1 011	2 192	315	1 157	541	429	433
Belgien	1 737	1 211	2 835	461	1 015	260	1 166	441
Frankreich	791	587	1 379	231	572	258	414	305
Dänemark	1 058	385	1 470	107	400	149	976	116
USA	326	375	1 580	385	603	434	328	546
Veränderung zum Vorjahr in %								
Gesamt	**−35,9**	**−18,7**	**72,1**	**135,2**	**4,7**	**38,1**	**27,0**	**8,4**
Inländer	−20,9	−6,3	31,4	61,5	−10,5	24,4	15,4	−0,7
Ausländer	−41,2	−24,6	96,2	215,1	12,2	45,1	30,2	13,4

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Einnahmen nach Regionen

in Mio EUR	2020	2021	2022	2Q22	3Q22	4Q22	1Q23	2Q23
Deutschland	6 031	4 772	9 086	1 579	3 085	1 856	3 411	1 794
Niederlande	1 002	507	1 389	90	404	170	953	112
Schweiz	1 029	548	1 261	242	429	333	440	298
Italien	350	337	635	106	238	169	277	145
CESEE[1]	1 983	1 739	3 469	690	1 001	871	1 300	851
Restl. Europa	1 299	569	2 059	281	544	385	1 230	346
Rest der Welt	430	364	1 013	187	385	302	344	341
Gesamt	**12 124**	**8 836**	**18 912**	**3 175**	**6 086**	**4 086**	**7 955**	**3 887**

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Ausgaben nach Regionen

in Mio EUR	2020	2021	2022	2Q22	3Q22	4Q22	1Q23	2Q23
Deutschland	1 079	1 227	1 975	372	659	506	448	660
Italien	539	1 538	2 121	749	977	249	239	790
Kroatien	173	618	1 172	305	727	82	38	380
Europäische Mittelmeerländer[2]	339	917	1 675	551	721	263	221	421
Restl. Europa	1 341	1 583	2 690	512	1 140	679	583	995
Rest der Welt	454	252	958	137	299	262	612	322
Gesamt	**3 925**	**6 135**	**10 591**	**2 626**	**4 523**	**2 041**	**2 141**	**3 568**

[1] *Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kosovo, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Weißrussland.*

[2] *Albanien, Griechenland, Malta, Montenegro, Spanien, Türkei, Zypern.*

Quelle: Statistik Austria, OeNB.

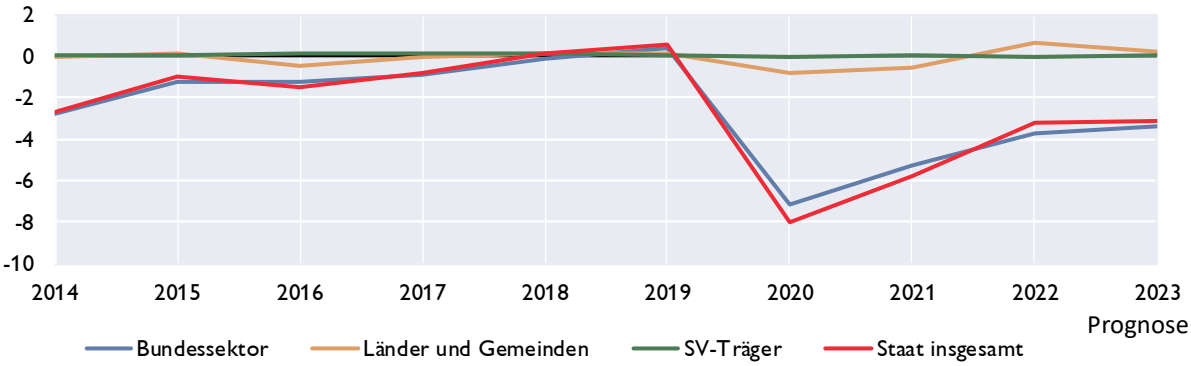
Österreich: Öffentliche Haushalte

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2019	1,6	0,4	0,2	2,3	0,4	0,1	0,0	0,6
2020	−27,3	−3,1	0,0	−30,4	−7,2	−0,8	0,0	−8,0
2021	−21,2	−2,3	0,1	−23,5	−5,2	−0,6	0,0	−5,8
2022	−16,8	2,8	−0,3	−14,3	−3,8	0,6	−0,1	−3,2
2023[1)]	−16,4	0,9	0,1	−15,4	−3,4	0,2	0,0	−3,2

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

in % des BIP

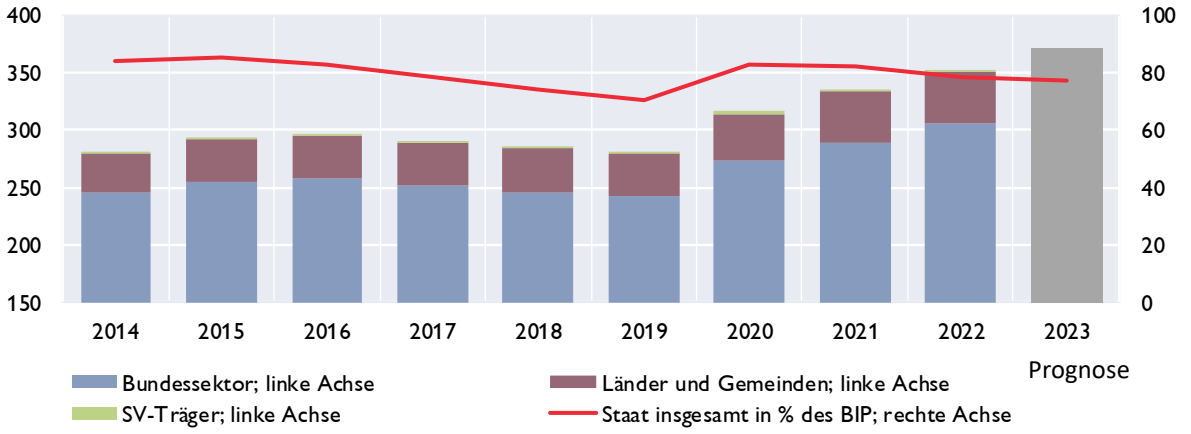


Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2019	241,9	37,6	1,0	280,5	60,9	9,5	0,3	70,6
2020	273,2	40,8	2,0	316,0	71,7	10,7	0,5	82,9
2021	288,7	44,3	1,2	334,3	71,1	10,9	0,3	82,3
2022	306,2	43,7	0,9	350,8	68,4	9,8	0,2	78,4
2023[1)]	.	.	.	369,9	.	.	.	77,0

Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

in Mrd EUR *in % des BIP*



1) BMF-Prognose (Österr. Stabilitätsprogramm).

Quelle: Statistik Austria, BMF (April 2023).

Österreich: Bundeshaushalt

Gebarung des Bundes

Finanzierungshaushalt[1]	Jänner bis Juli		Vorl. Erfolg	Bundes-voranschlag (BVA)	BVA 2023/ Vorl. Erfolg 2022
Allgemeine Gebarung	2022	2023	2022	2023	
	in Mio EUR				in %
Auszahlungen	58 286	60 513	113 712	115 197	1,3
Einzahlungen	49 613	52 075	92 950	98 088	5,5
Nettofinanzierungsbedarf[2]	−8 673	−8 439	−20 762	−17 109	17,6

Abgaben des Bundes

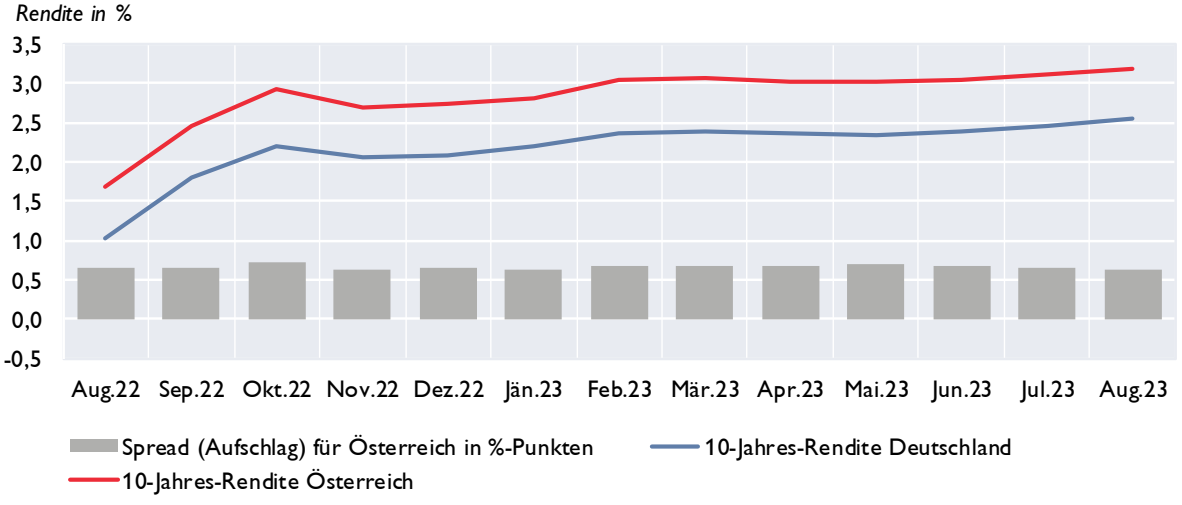
	Jänner bis Juli		Vorl. Erfolg	Bundes-voranschlag (BVA)	BVA 2023/ Vorl. Erfolg 2022
	2022	2023	2022	2023	
	in Mio EUR				in %
Einkommen- und Vermögensteuern	27 985	27 157	55 470	55 749	0,5
davon:					
veranlagte Einkommensteuer	*1 745*	*651*	*5 867*	*3 500*	*−40,3*
Körperschaftsteuer	*5 274*	*4 809*	*13 625*	*13 500*	*−0,9*
Lohnsteuer	*17 925*	*18 762*	*31 421*	*33 500*	*6,6*
Kapitalertragsteuern	*2 893*	*2 777*	*4 336*	*5 050*	*16,5*
Verbrauchs- und Verkehrssteuern	28 310	29 429	49 579	51 679	4,2
davon: Umsatzsteuer	*19 986*	*21 842*	*35 397*	*37 000*	*4,5*
Öffentliche Abgaben brutto	57 296	58 169	105 167	109 100	3,7
Überweisungen an öffentliche Rechtsträger (Länder, Gemeinden, Fonds)	22 984	22 565	39 534	39 491	−0,1
Überweisungen an die Europäische Union	2 078	1 747	3 406	3 600	5,7
Öffentliche Abgaben netto[3]	32 235	33 858	62 228	65 919	5,9

[1] *Entspricht der Liquiditätsplanung und stellt die erwarteten Aus- und Einzahlungen dar.*

[2] *Budgetüberschuss (+) oder Budgetdefizit (-) des Bundes.*

[3] *Steuereinnahmen des Bundes.*

10-Jährige Staatsanleihe (Benchmark) für Deutschland und Österreich



Quelle: BMF, EZB.

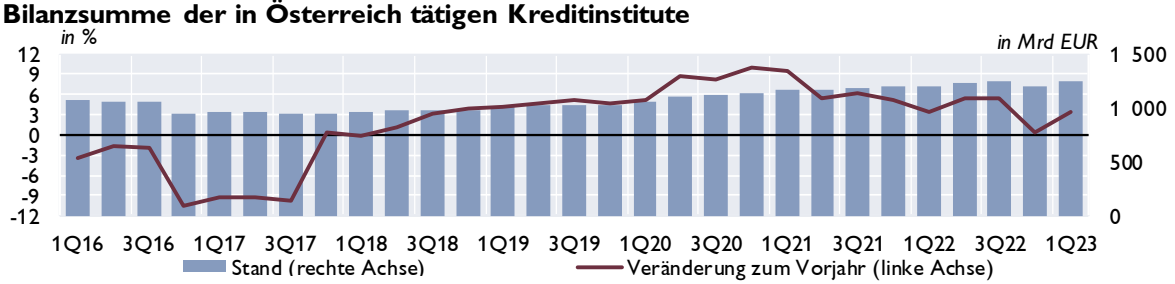
Aggregierte Vermögenslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute[1]

Vermögenslage	1. Quartal 2022	1. Quartal 2023	Differenz zur Vergleichsperiode	
AKTIVA	*in Mio EUR*			*in %*
Kassenbestand und Guthaben bei Zentralbanken	184 310	180 237	−4 073	−2,2
Darlehen und Kredite	799 309	832 492	33 183	4,2
Schuldverschreibungen	139 737	153 112	13 375	9,6
Eigenkapitalinstrumente	9 712	9 262	−450	−4,6
Derivate inklusive für Sicherungsmaßnahmen mit positivem Marktwert	17 792	21 088	3 296	18,5
Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert werden	22 136	23 539	1 403	6,3
Materielle Vermögenswerte	17 094	10 962	−6 132	−35,9
Immaterielle Vermögenswerte	3 081	3 037	−44	−1,4
Steueransprüche und sonstige Vermögenswerte	9 081	9 896	815	9,0
SUMME AKTIVA / PASSIVA	1 202 252	1 243 625	41 373	3,4
PASSIVA				
Einlagen von Zentralbanken	97 966	54 987	−42 979	−43,9
Einlagen von Kreditinstituten	109 917	129 115	19 198	17,5
Einlagen von Nichtbanken	690 873	719 774	28 901	4,2
Begebene Schuldverschreibungen	149 026	178 891	29 865	20,0
Derivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert	13 179	18 981	5 802	44,0
Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers	1 063	1 069	6	0,6
Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital[2)]	0	0	-	-
Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten[2)]	4 933	112	−4 821	−97,7
Steuerschulden und sonstige finanzielle und nichtfinanzielle Verbindlichkeiten	20 957	18 442	−2 515	−12,0
Rückstellungen	12 739	11 750	−989	−7,8
Eigenkapital und Minderheitenanteile	101 599	110 503	8 904	8,8
**hievon: Kumuliertes sonstiges Ergebnis* [2)]	*−8 535*	*−9 032*	*−497*	*−5,8*
**hievon: Minderheitenanteile*	*7 100*	*7 797*	*697*	*9,8*
SUMME AKTIVA / PASSIVA	1 202 252	1 243 625	41 373	3,4

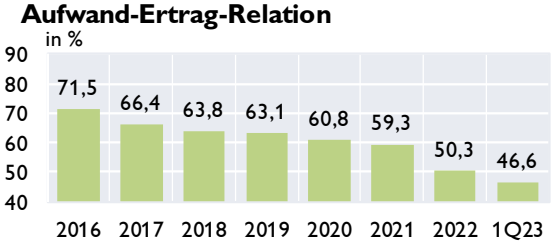
Ab Berichtstermin März 2021 sind Unternehmen, die bloß nach BWG (aber nicht nach CRR) Kreditinstitute sind (u.a. Kapitalanlagegesellschaften, Immobilien-Kapitalanlagegesellschaften und Betriebliche Vorsorgekassen) nicht mehr enthalten.

1) Zusammenführung von Meldedaten von konsolidierten Kreditinstitutsgruppen und von unkonsolidierten Einzelkreditinstituten unter Berücksichtigung von Verflechtungen aufgrund regulatorischer Konsolidierung. Die im obenstehenden Schema ausgewiesenen Positionen können im Zeitablauf der Veröffentlichung zu Meldeterminen vor Q1/2018 anders benannt gewesen sein bzw. kann es bei der Definition einzelner Positionen über die angeführten Differenzen hinaus zu Abweichungen zwischen verschiedenen Meldestichtagen kommen. - 2) Für diese Positionen werden lediglich Daten von nach IFRS bilanzierenden Kreditinstitutsgruppen dargestellt.

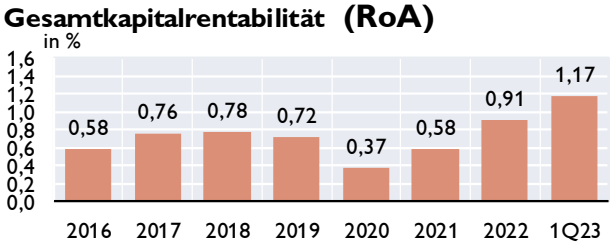
Bilanzsumme der in Österreich tätigen Kreditinstitute



Aufwand-Ertrag-Relation



Gesamtkapitalrentabilität (RoA)



Quelle: OeNB. *Anmerkung: RoA nach Steuern, vor Minderheitenanteilen (unterjährig annualisiert).*

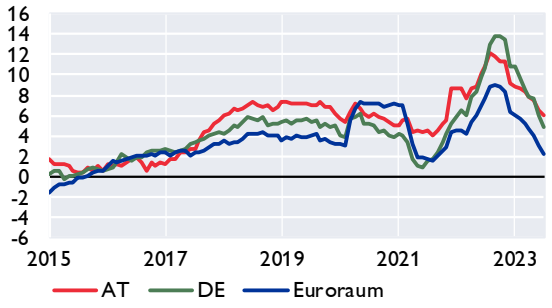
Österreich: Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kredite an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen in allen Währungen

	Private Haushalte				Nichtfinanzielle Unternehmen			
	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum
	Volumen in Mrd EUR		Veränderung z. Vorjahr in %		Volumen in Mrd EUR		Veränderung z. Vorjahr in %	
2020	174,5	6 139	3,6	3,1	169,8	4 697	5,0	7,1
2021	184,2	6 380	5,2	4,2	184,5	4 852	8,6	4,3
2022	190,9	6 640	3,5	3,8	201,4	5 118	9,2	6,4
Okt.22	190,5	6 629	4,4	4,2	200,1	5 181	11,3	8,9
Nov.22	190,8	6 645	4,0	4,1	201,7	5 172	11,3	8,3
Dez.22	190,9	6 640	3,5	3,8	201,4	5 118	9,2	6,4
Jän.23	189,6	6 647	2,9	3,6	201,8	5 134	8,9	6,1
Feb.23	189,1	6 645	2,4	3,2	203,2	5 135	8,7	5,7
Mär.23	188,9	6 654	1,6	2,9	203,9	5 134	8,3	5,2
Apr.23	188,3	6 651	1,2	2,5	204,2	5 134	7,8	4,7
Mai.23	188,3	6 621	0,4	2,1	204,5	5 140	7,4	4,0
Jun.23	188,4	6 641	−0,2	1,7	205,6	5 136	6,5	3,0
Jul.23	188,1	6 636	−0,7	1,3	206,8	5 150	6,0	2,2

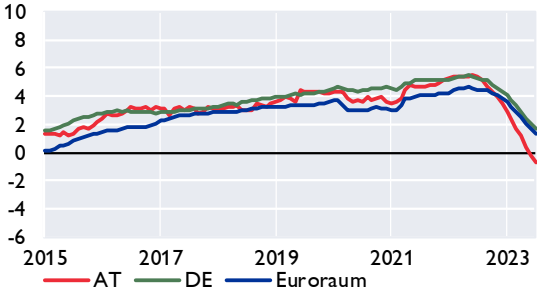
Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen

Veränderung zum Vorjahr in %



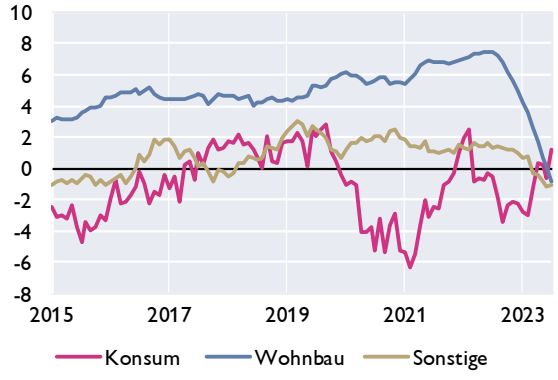
Kredite an private Haushalte

Veränderung zum Vorjahr in %



Kredite an private Haushalte in Österreich nach Verwendungszweck

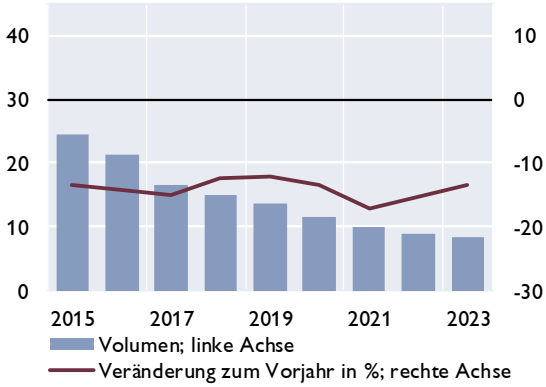
Veränderung zum Vorjahr in %



Fremdwährungskredite an private Haushalte in Österreich

in Mrd EUR

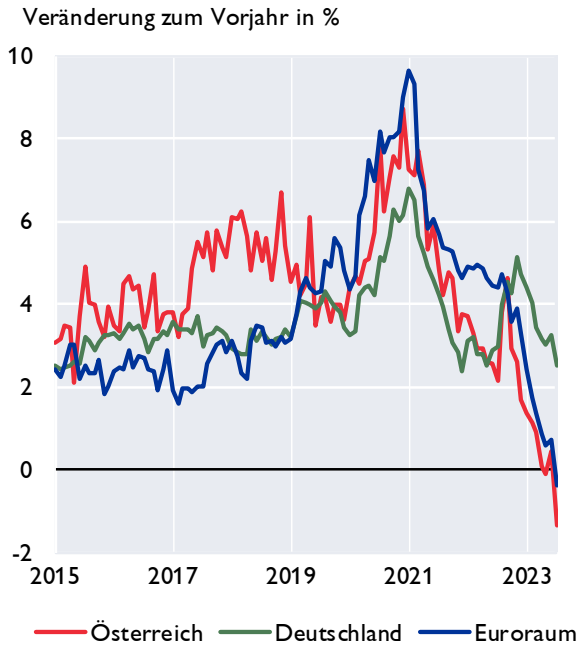
in %



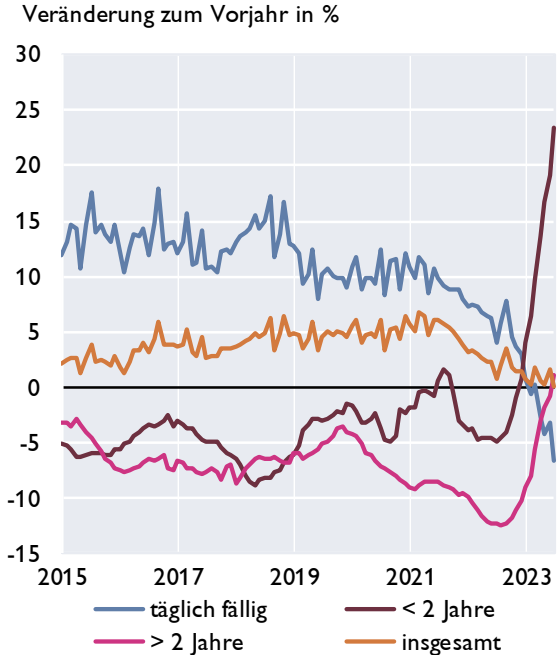
Quelle: OeNB, EZB.

Österreich: Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

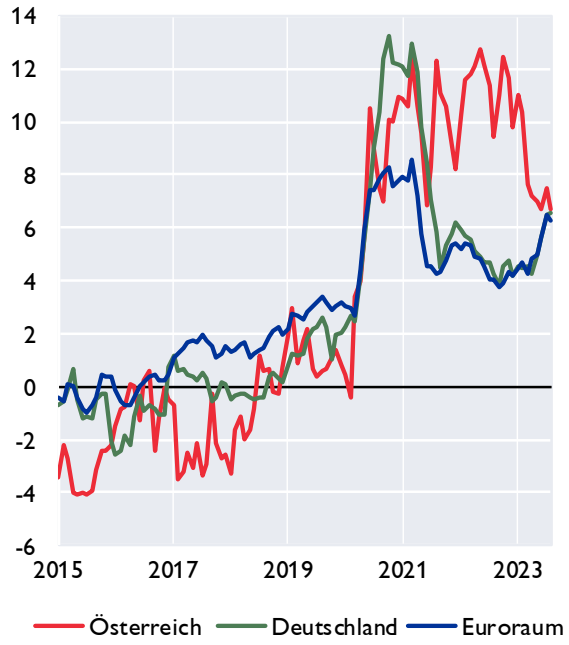
Einlagen von Nichtbanken



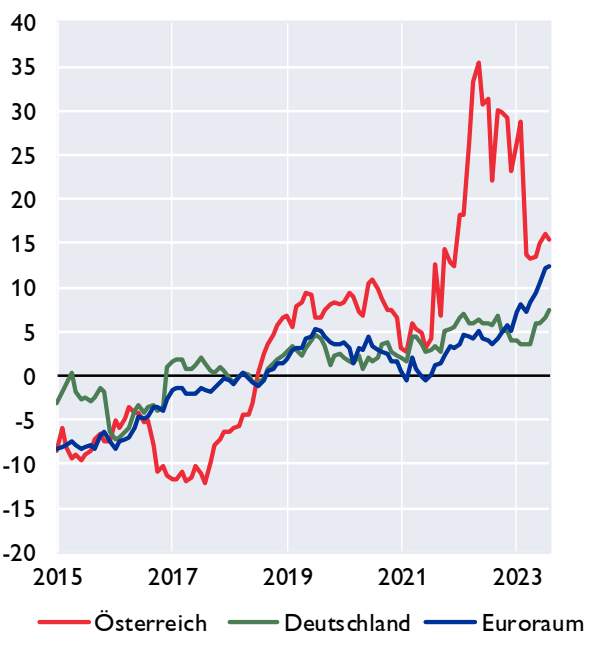
Einlagen von österreichischen Nichtbanken nach Fristigkeiten



Wertpapierumlauf



Wertpapierumlauf vom Bankensektor

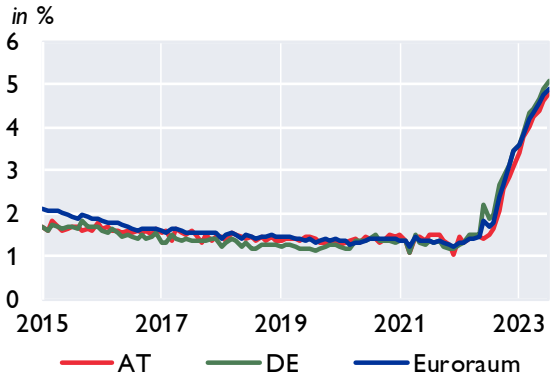


Quelle: OeNB, EZB

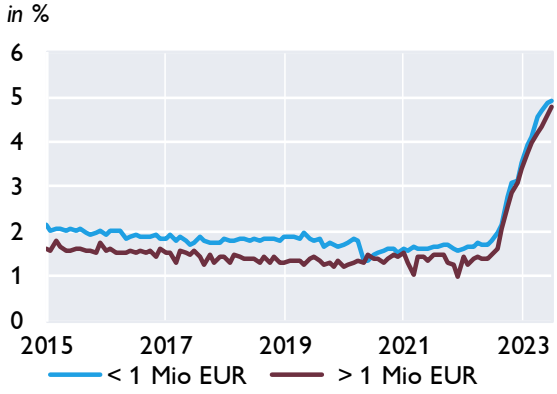
Österreich: Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kreditzinssätze für nichtfinanzielle Unternehmen

Österreich, Deutschland und Euroraum

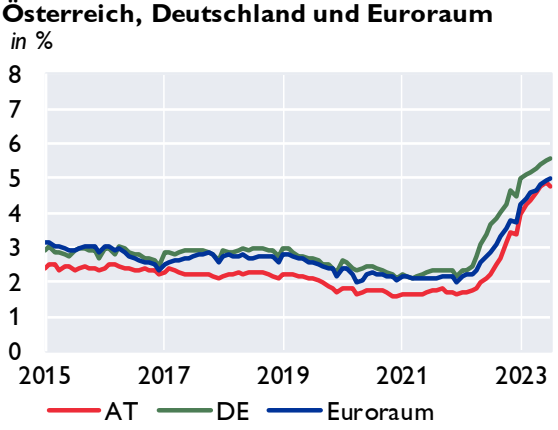


Nach Kredithöhe in Österreich

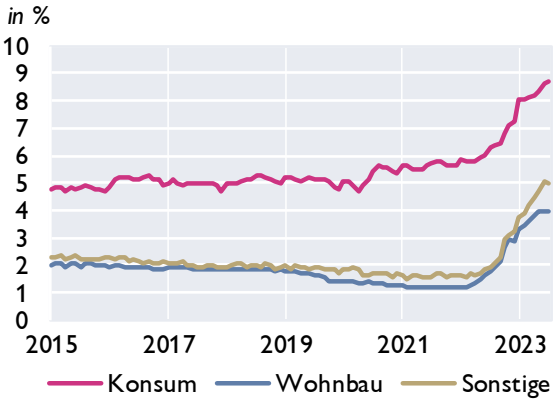


Kreditzinssätze für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum

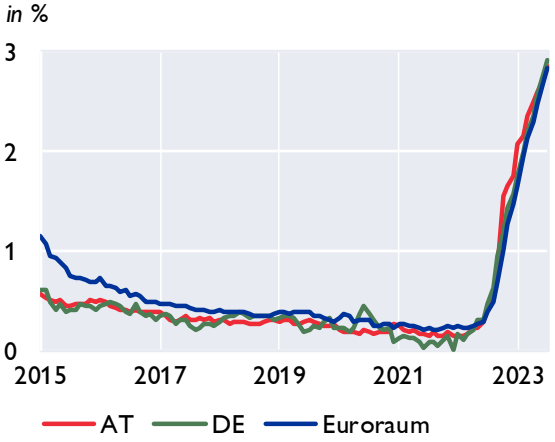


Nach Verwendungszweck in Österreich

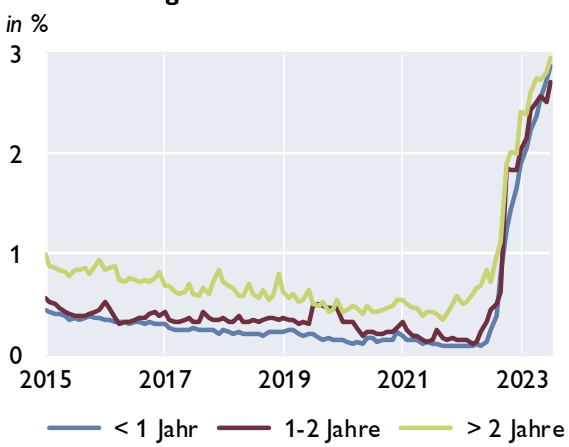


Einlagenzinssätze mit Bindungsfrist für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum



Nach Bindungsfrist in Österreich



Quelle: OeNB, EZB

Aggregierte Ertragslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute[1]

Ertragslage	1. Quartal 2022	1. Quartal 2023	Differenz zur Vergleichsperiode	
	in Mio EUR			in %
Zinsergebnis, netto	4 164	6 022	1 858	44,6
*hievon: Zinsen und ähnliche Erträge	*6 165*	*12 431*	*6 266*	*101,6*
*hievon: (Zinsen und ähnliche Aufwendungen)	*2 001*	*6 409*	*4 408*	*220,3*
(Auf Anforderung rückzahlbare Aufwendungen für Aktienkapital)[2]	0	0	-	-
Dividendenerträge	96	121	25	26,0
Provisionsergebnis, netto	2 285	2 576	291	12,7
*hievon: Provisionserträge	*2 910*	*3 182*	*272*	*9,3*
*hievon: (Provisionsaufwand)	*625*	*606*	*−19*	*−3,0*
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung von nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto	−8	5	13	A
Gewinne oder (-) Verluste aus Ausbuchungen von Anteilen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, netto	−18	0	18	A
Gewinne oder (-) Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto	−286	−213	73	A
Gewinne oder (-) Verluste aus nicht zum Handelsbestand gehörenden finanziellen Vermögenswerten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind, netto[2]	−159	60	219	A
Sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS und nGAAP FINREP	574	252	−322	−56,1
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung nicht finanzieller Vermögenswerte, netto	12	14	2	16,7
Sonstige betriebliche Erträge	858	934	76	8,9
(Sonstige betriebliche Aufwendungen)	649	733	84	12,9
Betriebserträge, netto	**6 869**	**9 038**	**2 169**	**31,6**
(Verwaltungsaufwendungen)	3 412	3 864	452	13,2
*hievon: (Personalaufwendungen)	*2 093*	*2 324*	*231*	*11,0*
*hievon: (Sachaufwendungen)	*1 319*	*1 540*	*221*	*16,8*
(Barbeiträge zu Abwicklungsfonds und Einlagensicherungssystemen)[3]	358	565	207	57,8
(Abschreibungen)	348	351	3	0,9
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nicht finanziellen Vermögenswerten)	53	1	−52	−98,1
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen)	962	112	−850	−88,4
Betriebsergebnis	**1 737**	**4 145**	**2 408**	**138,6**
(Zahlungsverpflichtungen gegenüber Abwicklungsfonds und Einlagensicherungssystemen)[3]	422	80	−342	−81,0
(Rückstellungen oder (-) Wertaufholung für Kreditrisiko)	6	−38	−44	R
(Sonstige Rückstellungen)	55	96	41	74,5
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung für mit Anschaffungskosten bewerteten Darlehen, Kredite und Schuldtitel)	634	360	−274	−43,2
(Sonstige Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert und nicht zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten)	77	−1	−78	R
Erfolgswirksam erfasster negativer Geschäfts- oder Firmenwert	0	0	-	-
Anteil des Gewinns oder (-) Verlusts aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert sind	224	560	336	150,0
Gewinn oder (-) Verlust aus als zur Veräußerung gehalten eingestuften langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen, die nicht die Voraussetzungen für eine Einstufung als aufgegebene Geschäftsbereiche erfüllen[2]	−1	−1	-	-
Änderungsgewinne oder -verluste (-), netto für IFRS[2]	6	20	14	233,3
Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	**771**	**4 227**	**3 456**	**448,2**
(Ertragssteuern)	369	670	301	81,6
Periodenergebnis nach Steuern und vor Minderheitenanteilen	**402**	**3 557**	**3 155**	**>500%**
Außerordentlicher Gewinn oder (-) Verlust nach Steuern für UGB/BWG Melder	5	4	−1	−20,0
Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern[2]	−191	0	191	A
(Den Minderheitenanteilen zurechenbar)	24	278	254	>500%
Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	**192**	**3 283**	**3 091**	**>500%**

Werte für das gesamte bisherige Geschäftsjahr in Mio Euro - Abzugsposten sind in Klammern dargestellt

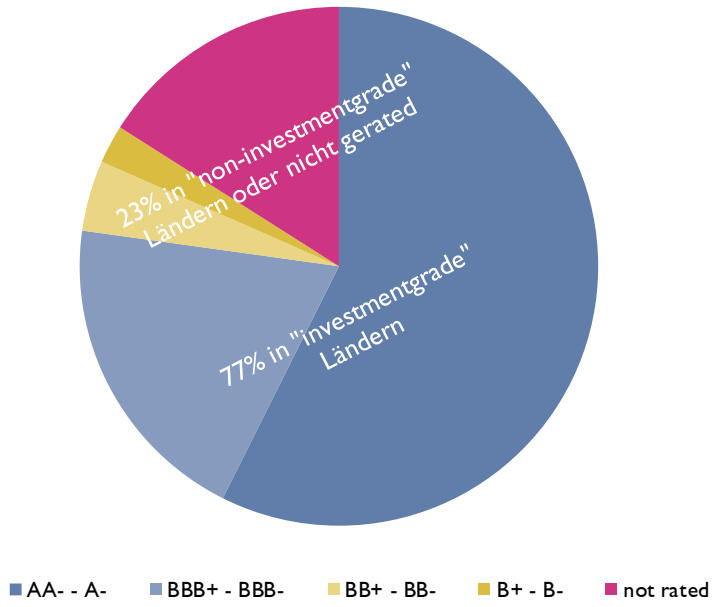
Quelle: OeNB.

Ab Berichtstermin März 2021 sind Unternehmen, die bloß nach BWG (aber nicht nach CRR) Kreditinstitute sind (u.a. Kapitalanlagegesellschaften, Immobilien-Kapitalanlagegesellschaften und Betriebliche Vorsorgekassen) nicht mehr enthalten.

1) Zusammenführung von Meldedaten von konsolidierten Kreditinstitutsgruppen und von unkonsolidierten Einzelkreditinstituten unter Berücksichtigung von Verflechtungen aufgrund regulatorischer Konsolidierung. Die im obenstehenden Schema ausgewiesenen Positionen können im Zeitablauf der Veröffentlichung zu Meldeterminen vor Q1/2018 anders benannt gewesen sein bzw. kann es bei der Definition einzelner Positionen über die angeführten Differenzen hinaus zu Abweichungen zwischen verschiedenen Meldestichtagen kommen. - 2) Für diese Positionen werden lediglich Daten von nach IFRS bilanzierenden Kreditinstitutsgruppen dargestellt.. - 3) In dieser Position sind nur Daten von Kreditinstitutsgruppen bzw. Einzelkreditinstituten, die gemäß Artikel 9 der Durchführungsverordnung 680/2014 oder Artikel 5, 7 und 11 der EZB-VO 2015/534 (mit Ausnahme jener nach Artikel 11 Absatz 6) melden, enthalten.

Seite 34

Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE



	2019	2020	2021	2022	2023Q1	2023Q2
	in Mio EUR					
Tschechische Republik	77 843	78 868	93 192	98 762	110 525	111 807
Slowakei	35 985	40 627	46 542	49 013	50 488	50 363
Rumänien	27 531	30 367	32 721	36 903	37 727	38 901
Ungarn	18 590	21 240	25 404	26 447	28 814	29 522
Kroatien	17 811	19 202	20 446	24 160	21 985	22 319
Republik Serbien	5 344	5 387	9 117	11 396	11 563	11 672
Polen	8 460	8 446	7 858	8 123	8 319	8 190
Slowenien	6 155	7 227	6 238	6 525	6 658	6 392
Bosnien Herzgowina	3 800	3 990	4 156	4 198	4 117	4 096
Mazedonien	1 107	1 237	1 327	1 559	1 483	1 561
Republik Montenegro	954	964	946	1 031	1 047	1 075
Bulgarien	4 624	4 931	5 622	584	640	590
Türkei	253	318	331	430	426	552
Lettland	642	616	385	356	371	295
Litauen	148	317	365	345	384	371
Aserbeidschan	37	46	100	73	56	190
Estland	213	149	83	60	80	122
Andere	23 778	19 636	24 069	23 196	22 369	21 313
Gesamt	233 275	243 569	278 902	293 160	307 050	309 330

Nur Forderungen von Banken in mehrheitlich österreichischem Besitz dargestellt.

Quelle: OeNB, Bloomberg.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen

im 1. Quartal 2023	Nichtfinanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	*davon Monetäre Finanzinstitute*	*davon Investmentfonds*	*davon sonstige nichtmonetäre Finanzinstitute*	*davon Versicherungen*	*davon Pensionskassen*	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Geldvermögen	*Bestände in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR	x	23 398	*23 398*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	6 811
Bargeld	2 589	3 635	*3 586*	*0*	*48*	*1*	*0*	27 861	0	9 783
Täglich fällige Einlagen	70 731	203 833	*184 473*	*6 493*	*9 652*	*2 524*	*691*	202 371	7 147	115 876
Sonstige Einlagen	33 823	225 761	*208 737*	*1 203*	*14 766*	*835*	*220*	94 377	1 699	64 274
Kurzfristige Kredite	36 109	70 474	*60 820*	*49*	*7 338*	*2 265*	*3*	2 003	0	32 744
Langfristige Kredite	140 614	508 804	*473 936*	*249*	*28 641*	*5 943*	*35*	367	0	95 896
Handelskredite	44 492	24	*18*	*0*	*0*	*5*	*0*	22	24	25 528
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	75	5 249	*4 490*	*706*	*9*	*44*	*0*	444	2	27 835
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	4 731	331 424	*208 654*	*76 702*	*4 095*	*41 180*	*793*	22 916	848	303 309
Börsennotierte Aktien	43 737	65 977	*5 115*	*42 517*	*17 017*	*1 328*	*0*	40 338	1 101	49 972
Nicht börsennotierte Aktien	50 727	67 614	*24 199*	*112*	*33 329*	*9 922*	*52*	5 070	63	21 809
Investmentzertifikate	17 600	160 366	*13 591*	*65 831*	*23 532*	*33 474*	*23 938*	83 377	3 201	27 131
Sonstige Anteilsrechte	198 308	112 647	*39 909*	*3 152*	*62 977*	*6 583*	*25*	166 918	2 565	154 873
Lebensversicherungsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*x*	63 722	x	1 485
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	3 171	3 368	*0*	*0*	*0*	*3 368*	*0*	4 036	0	1 530
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*0*	47 955	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	0	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	16 439	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	11 533	51 398	*41 511*	*163*	*7 518*	*2 150*	*57*	12 957	298	35 311
Finanzvermögen in Summe (Bestände)	658 242	1 833 973	*1 292 436*	*197 176*	*208 924*	*109 624*	*25 814*	791 173	16 947	974 167
Geldvermögensbildung	*über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR	x	130	*130*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	0
Bargeld	1 791	-11 360	*-11 364*	*0*	*4*	*0*	*0*	1 480	0	5 618
Täglich fällige Einlagen	-11 433	3 514	*7 036*	*-2 569*	*-800*	*-373*	*220*	684	-178	17 880
Sonstige Einlagen	14 584	-14 385	*-16 408*	*69*	*1 725*	*198*	*31*	5 227	569	19 593
Kurzfristige Kredite	-211	3 905	*2 773*	*59*	*674*	*401*	*-2*	-737	0	-2 231
Langfristige Kredite	8 164	20 370	*20 482*	*6*	*-533*	*420*	*-5*	81	-1	-3 457
Handelskredite	-10 976	-10	*-10*	*0*	*0*	*0*	*0*	-9	6	-3 484
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	49	-4 070	*-4 443*	*341*	*7*	*25*	*0*	-75	2	913
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	235	15 668	*13 235*	*781*	*841*	*808*	*3*	5 148	39	28 567
Börsennotierte Aktien	6 976	1 111	*292*	*1 210*	*-347*	*-44*	*0*	1 646	-6	-989
Nicht börsennotierte Aktien	208	-1 501	*-431*	*-21*	*-1 018*	*-64*	*32*	168	0	2 940
Investmentzertifikate	-999	-2 220	*-183*	*-1 382*	*80*	*-611*	*-123*	4 143	99	142
Sonstige Anteilsrechte	-5 939	241	*-28*	*341*	*-175*	*103*	*0*	333	3	-1 440
Lebensversicherungsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*x*	-1 897	x	-159
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	-156	-223	*0*	*0*	*0*	*-223*	*0*	-198	0	126
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*0*	223	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	0	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	1 358	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-235	-7 748	*-7 244*	*172*	*-796*	*180*	*-60*	-3 344	11	-6 693
Geldvermögensbildung in Summe (Transaktionen)	2 059	3 421	*3 837*	*-993*	*-338*	*820*	*96*	14 230	545	57 326
Nettogeldvermögen	-319 078	11 522	*37 282*	*-7 025*	*-34 837*	*15 386*	*716*	574 037	14 499	-80 038
Finanzierungssaldo	119	-3 877	*-4 409*	*-1 858*	*92*	*2 358*	*-60*	11 238	508	8 991

Quelle: OeNB.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten

im 1. Quartal 2023	Nichtfinanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	*davon Monetäre Finanzinstitute*	*davon Investmentfonds*	*davon sonstige nichtmonetäre Finanzinstitute*	*davon Versicherungen*	*davon Pensionskassen*	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Verbindlichkeiten	*Bestände in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR[1]	x	6 811	*6 811*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	23 398
Bargeld	x	43 412	*43 412*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	520
Täglich fällige Einlagen	x	601 353	*601 353*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	26 186
Sonstige Einlagen	x	303 969	*303 969*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	129 997
Kurzfristige Kredite	49 287	19 538	*0*	*440*	*18 149*	*947*	*2*	7 320	250	63 709
Langfristige Kredite	345 522	38 435	*0*	*595*	*35 675*	*2 158*	*7*	206 361	1 849	147 351
Handelskredite	35 013	160	*5*	*0*	*135*	*21*	*0*	127	10	31 782
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	354	7 445	*7 414*	*x*	*31*	*0*	*0*	x	x	5 008
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	34 842	173 250	*155 281*	*0*	*12 749*	*5 220*	*0*	x	x	184 386
Börsennotierte Aktien	103 057	33 748	*24 453*	*x*	*3 702*	*5 593*	*x*	x	x	87 989
Nicht börsennotierte Aktien	48 278	49 755	*41 034*	*172*	*2 239*	*6 309*	*0*	x	x	64 871
Investmentzertifikate	x	202 824	*0*	*202 824*	*0*	*0*	*x*	x	x	101 194
Sonstige Anteilsrechte	326 871	172 514	*20 070*	*74*	*152 289*	*80*	*0*	x	13	146 290
Lebensversicherungsansprüche	x	60 045	*x*	*x*	*0*	*60 045*	*x*	x	x	5 162
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	9 790	*x*	*x*	*0*	*9 790*	*x*	x	x	2 314
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	13 778	34 075	*6 404*	*x*	*0*	*2 580*	*25 090*	x	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	16 439	*0*	*0*	*16 439*	*0*	*0*	0	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	20 319	48 885	*44 946*	*95*	*2 352*	*1 493*	*0*	3 328	325	34 049
Verbindlichkeiten in Summe (Bestände)	977 320	1 822 450	*1 255 153*	*204 201*	*243 760*	*94 237*	*25 098*	217 137	2 448	1 054 205
Finanzierung	*über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR[1]	x	0	*0*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	130
Bargeld	x	-706	*-706*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	-1 761
Täglich fällige Einlagen	x	-4 139	*-4 139*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	-59
Sonstige Einlagen	x	-14 616	*-14 616*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	48 232
Kurzfristige Kredite	2 918	-4 249	*0*	*-48*	*-4 218*	*17*	*0*	-974	-17	2 936
Langfristige Kredite	21 137	-2 084	*0*	*418*	*-2 870*	*368*	*-1*	3 794	-12	2 270
Handelskredite	-10 290	45	*1*	*0*	*42*	*2*	*0*	-83	9	-4 409
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	-160	-573	*-604*	*x*	*31*	*0*	*0*	x	x	-3 633
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-4 380	32 108	*31 686*	*x*	*0*	*422*	*0*	x	x	9 447
Börsennotierte Aktien	64	-214	*114*	*x*	*-328*	*0*	*0*	x	x	8 881
Nicht börsennotierte Aktien	683	3 422	*767*	*x*	*2 798*	*-149*	*0*	x	x	-1 748
Investmentzertifikate	x	243	*0*	*243*	*0*	*0*	*0*	x	x	1 032
Sonstige Anteilsrechte	-4 319	3 447	*12*	*-5*	*3 473*	*-33*	*0*	x	2	-6 003
Lebensversicherungsansprüche	x	-2 092	*0*	*x*	*0*	*-2 092*	*0*	x	x	36
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	-247	*0*	*x*	*0*	*-247*	*0*	x	x	-204
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	-5	241	*80*	*x*	*0*	*4*	*157*	x	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	1 358	*0*	*0*	*1 358*	*0*	*0*	0	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-3 707	-4 646	*-4 350*	*251*	*-715*	*168*	*0*	254	55	-6 808
Finanzierung in Summe (Transaktionen)	1 940	7 298	*8 246*	*864*	*-430*	*-1 538*	*156*	2 992	37	48 335
Nettogeldvermögen	-319 078	11 522	*37 282*	*-7 025*	*-34 837*	*15 386*	*716*	574 037	14 499	-80 038
Finanzierungssaldo	119	-3 877	*-4 409*	*-1 858*	*92*	*2 358*	*-60*	11 238	508	8 991

Quelle: OeNB.

[1] *Auslandsposition der OeNB inklusive Barrengold, dem eine imputierte Verbindlichkeit des Auslandes gegenübergestellt wird.*